

Erscheint täglich außer Montags. Abonnements-Preis pränum.: Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-Nummer mit Illustration 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1896 unter Nr. 777.

# Vorwärts

Inserions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Zeitungs- oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Insetats für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Ant. I. Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Straße 2.

Freitag, den 16. Oktober 1896.

Expedition: SW. 19, Bentz-Straße 3.

#### Aus England.

London, den 12. Oktober.

(Das Meeting im Hydepark für die Armenier. — Rosebery's Rede und ihre Aufnahme in London. — Meine Antwort auf die Einwände des „Vorwärts“. — Deutschlands Orientpolitik.) Gestern erst hat das große Meeting im Hydepark stattgefunden, das ich in meinem Brief vom 3. Oktober irrtümlich für den Sonntag vorher meldete. Veranlaßt unter dem Antrieb des Londoner Radikalismus, brachte es auch im wesentlichen dessen Ansichten über die armenisch-türkische Frage zum Ausdruck. Der Londoner Radikalismus besteht zu einem großen Theil aus Vertretern des protestantischen Dissentertums bzw. Nonkonformismus, und verschiedene nonkonformistische Geistliche führten auch auf dem Meeting das große Wort. Vor allem der Methodistprediger Hugh Price Hughes, ein Kanzelredner von nicht gewöhnlicher Kraft. Hughes, der schon von lange her mit Rosebery wegen dessen Verbindungen mit dem Turz unzufrieden ist, zog gewaltig gegen dessen Edinburgher Rede vom Jänner, die allerdings wenig nach dem Geschmack der Ranzeldemagogie ist. Die energische Weigerung Rosebery's, einen europäischen Krieg heraufzubeschwören, so lange nicht Englands eigenes Interesse ihn unvermeidlich mache, wurde als schmutziger Geldsack-Egoismus gebrandmarkt, unter allerhand Auspielungen auf Rosebery's Verwandtschaft mit den Rothschild's. In gleicher Tonart sprach auch John Burns, während der Baptistenprediger Clifford und eine Reihe von Gewerkschaftsführern und Mitgliedern der Independent Labour Party, sich mehr auf die Demagogie der Miswirthschaft in der Türkei und die Verantwortung einer energischen, gegen dieses Regiment gerichteten Politik beschränkten. Deutlich ließen sich diese zwei Strömungen unterscheiden, wie sie ja durch die ganze liberale und radikale Presse gehen. Die einen toben und predigen eine Art Kreuzzug, die anderen begnügen sich mit dem Verlangen, England solle jedes mögliche Opfer bringen, um ein gemeinsames energisches Einschreiten der Mächte zu gunsten der Armenier und zur Beendigung der unerträglichen Pashawirthschaft in der Türkei herbeizuführen.

Dabei laufen aber auch noch allerhand Uebertreibungen unter, namentlich insonderheit es sich um die Annäherung an Rußland handelt. Ginge es nach dem Willen oder den Vorschlägen vieler dieser Leute, so müßte sich England bedingungslos vor Rußland zu Boden werfen und dem Jaren absolute Vollmacht geben, die Dinge in der Türkei nach seinem Willen zu regeln. Gegen dieses unflinige Gesehrichte richtete sich ein Theil — und es ist nicht der schlechteste — der Rede Rosebery's in Edinburgh. Ich glaube die Stelle ist werth, hier reproduziert zu werden. Sie lautet:

„Wohlan, es giebt eine andere Politik, die, soweit ich sie verstehe, darin besteht, Rußland entweder die Dardanellen oder die Verwaltung der Türkei auszuhandigen. Gegen diese Vorschläge habe ich nur eine vorläufige Bemerkung zu machen, nämlich daß die Dardanellen nicht unter unserer Kontrolle sind und daß das türkische Reich nicht uns gehört. Es ist keine unbeliebte Politik in gewissen Jirkeln, andere zu schenken, was einem gar nicht gehört (Heiterkeit), aber sie ist meines Wissens unter dem gegenwärtig in Europa herrschenden System nicht leicht auszuführen, und ich bin daher geneigt zu glauben, daß sie im vorliegenden Falle nicht sehr wirksam sei würde. (Zustimmung.) Aber das ist nur ein Einwand, den ich mir erlaube. Wie die vorige Regierung außerordentlich ängstlich bemäht war, eine Verständigung mit Rußland zu Stande zu bringen, und die englische Panir-Frage beizulegen (Große Heiterkeit), waren wir bereit, zur Versöhnung von Rußlands und Englands Politik im Orient ein gutes Stück nachzugeben, und ich möchte alle meine Wünsche und Hoffnungen für die Erzielung eines leistungsfähigen Einvernehmens mit Rußland zum Ausdruck bringen. Aber wenn man von mir verlangt, weite Distrikte der russischen Verwaltung anzuliefern, so möchte ich eine Bemerkung machen, die mehr eine Erinnerung als mein eigener Einwand ist. Ich erlaube mir nie, die innere Regierung anderer zivilisierter Länder zu kritisieren — das ist der letzteren eigene Sache und nicht die meine — und ich bin der Ansicht, daß jede zivilisierte Nation schließlich doch die Regierung bekommt, die für sie paßt und ihr am meisten zusagt. Aber es ist nicht zu allen Zeiten die Passion von Engländern gewesen, die russische Regierungsweise bis zu dem Punkte zu vertheidigen, daß man eifrigst danach drängte, alle Theile der Welt gerade dieser Behörde zu überliefern. (Heiterkeit und Beifall.) Es ist noch nicht so lange her — und das bringt mich darauf, daß das Land etwas schnell seine Meinung ändert — daß wir die russische Regierungsweise gegenüber den Juden und verschiedenen religiösen Sekten beklagt haben. Ich wünsche nun nicht, diese Methoden zu kritisieren, weil, wie ich sage, dies nicht meine Aufgabe ist, aber ich sage soviel, daß diejenigen, die es als den Gipfel, das Ziel und das Paradies ihrer Politik betrachten, alles der russischen Verwaltung zu überweisen, sich an diese Dinge wenigstens erinnern und sie zu Herzen nehmen mögen.“

Man sollte es kaum für möglich halten, und doch ist es Thatsache, daß gerade diese Ausführungen gestern von einigen Rednern scharf angegriffen wurden. Durch sie habe Rosebery der Regierung die notwendige Verständigung mit Rußland sehr erschwert, meinte der radikale Ex-Abgeordnete Rowlands. Wertwändig, daß das konservative Hauptorgan, der „Standard“, das doch am ehesten dazu berufen wäre, keine Silbe eines solchen Vorwurfs geduldet, sondern nur Lob für Rosebery's Erklärung gehabt hat. Vergleichen die „Times“ und andere Blätter von Bedeutung. Nur eine gewisse Demagogie ist wegen dieser und ähnlicher Stellen von Rosebery's Rede über denselben hergefallen und hat es als an Hochverrath grenzend hingestellt, daß er nicht kurzerhand den Jaren als den absoluten Schiedsrichter im Orient proklamirte. Es liegt mir fern, in allen

diesen Fällen direkte Einflüsse des Rubels auf Reisen zu untersuchen, Fanatiker und Demagogen brauchen nicht immer erst gekauft zu werden, um das Spiel der Reaktionsmächte zu spielen. Aber wenn etwas geeignet ist, Lord Salisbury das Verhandeln mit Rußland zu erschweren, so sind es diese Pronunciamentos der unbedingten Vertrauenswürdigkeit der zarischen Regierung. Die englische Regierung ist offenbar bereit, Rußland große Zugeständnisse zu machen, aber ihm alles bedingungslos vor die Füße zu werfen, dazu ist Lord Salisbury so wenig zu haben wie Lord Rosebery. Des letzteren Rede hat übrigens vielen Liberalen die Augen geöffnet, und selbst Leute, die sonst seine Gegner sind, erklären sie für ein Meisterwerk, das nur den Fehler habe, daß es der Partei zu lange vorenthalten worden sei. Wie ich schon in meinem letzten Briefe sagte, ist es seine übergroße Zurückhaltung, die Rosebery vornehmlich bei seiner Partei geschadet hat.

Da ich gerade diesen Brief erwähne, sei es mir auch gestattet, auf die Bemerkungen zurückzukommen, welche die Redaktion des „Vorwärts“ an ihn geknüpft hat. Insofern die Redaktion eine andere Auffassung von der Sachlage im Orient entwickelte, als die von mir angedeutete, liegt es mir fern, mich dagegen aufzulehnen. Aber einige thatsächliche Irrthümer glaube ich berichtigen zu müssen. Ich habe nicht gesagt, daß die englische Regierung bereit sei, den Russen „die Türkei“ zu überlassen, noch habe ich von einer Ueberlassung der Dardanellen an Rußland gesprochen. Ich habe nur der Vermuthung Ausdruck gegeben, und ich stütze mich dabei auf öffentliche Aeußerungen verantwortlicher englischer Politiker, daß England, wenn die mitteleuropäischen Mächte bei der Politik der Ausrechterhaltung des Status quo in der Türkei verharren, schließlich sich dazu entschließen wird, Rußland offiziell diejenige Machtstellung am Bosphorus einzuräumen, die es dort derselben dort de facto heute schon besitzt. Heute schon ist der Sultan das willige Werkzeug des Jaren, und letzterer hat nur den Vortheil, daß zwar geschieht, was er will, daß er aber keine offizielle Verantwortung trägt, was geschieht. England sucht eine Annäherung an Rußland, und der Preis, den es dafür zu bezahlen haben wird, hängt von dem Höhegrad der Gefügigkeit der mitteleuropäischen Mächte Rußland gegenüber ab.

Unter diesen Umständen schien und scheint es mir notwendig — und ich glaube, die Redaktion des „Vorwärts“ wird mir soweit bestimmen — der geistlich vom Sachverstand aus verbreiteten Anschauung entgegenzutreten, als ob es sich im Orient nur um England kontra-Rußland handle. Kein Zweifel, daß es für England nicht gleichgültig ist, ob Rußland den Schlüssel zu den Dardanellen in die Hand bekommt oder nicht. Wenn es dazu sein Jawort giebt, so wird es dies nur unter der Bedingung thun, daß ihm in Egypten, am Suez-Kanal freie Hand gelassen wird. Dies durchgesetzt, hat es kein eiteltes Interesse mehr daran, Rußland am Bosphorus entgegenzutreten. Aber die Stärkung Rußlands am Bosphorus und Kleinasien ist ebensoviele und noch weniger, als für England, gleichgültig für Deutschland. Rußlands Position gegenüber Deutschland ist schon heute bedrohlich genug, sie wird es aber noch viel mehr, wenn Rußland das Ziel seiner Bestrebungen im Südosten erreicht hat. Die Engländerhebe der von Friedrichsruhe inspirirten Presse und das England feindliche Verhalten der deutschen Diplomatie haben soviel erreicht, daß es die Engländer satt bekommen haben, für Mitteleuropa, d. h. Deutschland, im Orient die Kasernen aus dem Feuer zu holen. Was die deutsche Politik im Orient heute gegen England thut, thut sie in Wirklichkeit, ob sie es will oder nicht, gegen die Interessen und die freiheitliche Entwicklung Deutschlands. Die Preisgabe der türkischen Armenier, die Unterstützung des Sultans und seiner Kreaturen in ihrem Widerstand gegen die Durchführung der versprochenen Reformen sind nicht einmal vom Standpunkt der nationalen Interessen Deutschlands aus zu rechtfertigen, von höheren Gesichtspunkten ganz zu schweigen.

Darauf habe ich hinweisen wollen, und es ist mir nicht recht verständlich, wie man anderes aus meiner Korrespondenz herauslesen konnte. Ueber die thatsächlichen Voraussetzungen kann man natürlich differieren. So wenig wie die Redaktion des „Vorwärts“ halte ich es für eine befriedigende Lösung, wenn türkisch-Armenier unter russische Schutzherrschaft kommt. Ich wende mich vielmehr gegen eine Politik, die dahin treibt, daß aber die Armenier, wenn ihnen nur die Alternative bleibt, Sultan oder Jari, den letzteren vorziehen, steht außer allem Zweifel. Selbst wenn wir es mißbilligen, können wir es nicht ändern. —

#### Politische Ueberflüssig.

Berlin, 15. Oktober.

Der Herzog von Saxe-Coburg hat wieder ein geheimes Aktenstück veröffentlicht. Die von den „Hamburger Nachrichten“ unter Chiffre H. K. dem Aktenstücke vorausgeschickte Einleitung behauptet zuerst, daß bis 1875, also bis in die Zeit, wo Bismarck ausschließlich die auswärtige Politik leitete, die Anfänge des französisch-russischen Einvernehmens zurück zu verfolgen sind. Aber im nächsten Absätze heißt es schon:

Zu einer französisch-russischen Intimität ist es in den Tagen des alten Kurzes nicht gekommen, es blieb der Kera Caprivi vorbehalten, die Keime von 1875 zu kräftiger Entwicklung zu bringen.

Wichtiger aber als diese Einleitung mit ihren Widersprüchen ist das Aktenstück, ein hochpolitisches Schreiben Bismarck's an Kaiser Wilhelm I. Sowohl zur Beurtheilung der inneren wie der äußeren Politik Bismarck's ist dieses Schreiben werthvoll. Geschrieben ist der Brief am 11. August 1877, also zur Zeit des russisch-türkischen

Krieges und der Vorbereitungen des 1879 eingetretenen vollkommenen Umschwungs unserer Handelspolitik.

Seine Bedeutung für die äußere Politik besteht darin, daß es beweist, daß Kaiser Wilhelm und Bismarck trotz des Hochmuths der russischen Politik Deutschland gegenüber, voller Sorge für das Waffenglück der vor Plewina gedemüthigten russischen Armee sind. Bismarck schreibt so, daß er schon damals den Namen des russischen Bevollmächtigten verdient hatte, den er sich auf dem Berliner Kongresse selbst beilegte. Es ist ein Glück für die französischen Staatsmänner, die sich heute vor Nicolaus II. demüthigen, daß Bismarck nicht mehr am Ruder ist, wäre er ihnen doch im Weltkrieg vor dem Selbstherrscher aller Neuen über.

Für die Beurtheilung der inneren Politik Bismarck's ist das erwähnte Schreiben deshalb von so großer Bedeutung, weil es offener als dies sonst von ihm geschehen ist, bekundet, daß sich der erste Reichskanzler als Vertreter und Beauftragter der Großkapital's fühlte. Die charakteristische Stelle des Briefes lautet:

„Gefehentwürfe, die ich der Industrie schädlich oder unpraktisch halte, entstehen in meiner Abwesenheit, und der Kampf dagegen macht mir viel eigene Arbeit, noch mehr das Verlangen, in unseren Zoll- und Steuergesetzen und im Eisenbahnwesen die Reformen anzubahnen, die ich notwendig glaube, für die ich aber keinen Beistand finde. Ich bin eben unter Eurer Majestät Ministern, allenfalls mit Friedenthal, der einzige, der vermöge seines Vermögens zugleich zu den „Regierten“ gehört und mit diesen empfindet, wo und wie die Schuße drücken, die uns vom grünen Tische der Gesetzgebung her angemessen werden. Die Minister, ihre Rätthe, die Mehrzahl der Abgeordneten sind gelehrte Leute, ohne Besitz, ohne Gewerbe, unbetheilig an Industrie und Handel, außerhalb des praktischen Lebens stehend; ihre Gefehentwürfe, überwiegend Juristenarbeit, stiften oft Unheil.“

Wir sehen in diesem Briefe nur das Urtheil bestätigt, das wir von Bismarck stets hatten. Werden die Akten über seine Politik jedermann zur Einsicht vorliegen, so wird niemand gerechtfertigter sein, als die Sozialdemokratie, die im Interesse des deutschen Volkes dem Fürsten Bismarck stets die entschiedenste Opposition gemacht hat. —

Herrn Eugen Richter hat die Art seiner Polemik in so läßlichen Nu unter allen, und nicht am wenigsten in seiner eigenen Partei gebracht, daß selbst die antisemitische Partei von ihm um etliche Herbelängen geschlagen wird. Zu befehlen ist er nicht, und wird er in der Diskussion geschlagen, so hist er sich mit Entstellungen und Verzerrungen des vom Gegner Gesagten und schimpft. Das sind wir und andere gewohnt, und halten es daher kaum noch der Mühe werth, auf Angriffe seinerseits zu antworten. Heute müssen wir ihn aber doch am Ohrlöffel nehmen, damit er sich nicht zu tief in eine alte von ihm kultivirte Lage hineinspinnt. Herr Eugen Richter bringt heute einen Leitartikel „Wachung des Versammlungsrechts“, in welchem er die lägerliche Behauptung aufstellt, die Sozialdemokraten hätten das Versammlungsrecht allen anderen Parteien illusorisch gemacht, und hierin seien sie von der Regierung unterstützt. Die letztere Behauptung fällt in die Kategorie einer ähnlichen Richter'schen Behauptung, wonach Bismarck die Sozialdemokratie erst geschaffen und großgezogen habe. Thatsächlich hatten in Berlin und den anderen großen Städten die fortschrittler zur Zeit, als Lassalle austrat, das Versammlungsrecht den anderen Parteien vollständig illusorisch gemacht. Wo sie Gegnerschaft fürchteten, hatten sie schon vor der Versammlung Sorge getragen, den Gegner mundtot zu machen; derselbe wurde entweder niedergeschrien oder es wurden schon vorher bestimmte und vorher auf die Rednerliste gestellte Fortschrittler gegen ihn losgelassen, so daß der Gegner nie dazu gelangen konnte, Entstellungen derselben richtig zu stellen. Diesen fortschrittlichen Randosen entgegenzutreten, mußte also die Aufgabe der Sozialdemokraten sein. Wie weit der fortschrittliche Uebermuth ging, hatte Lassalle zu erfahren, den man selbst handgreiflich niederzuhalten versuchte. Ein Beispiel von Versammlungssprengung, wie sie Herr Eugen Richter den Sozialdemokraten schuld giebt, war jene berühmte Versammlung, in welcher Johann Jacoby referiren sollte und in welcher Schweiger zum Vorsitzenden gewählt wurde. Als die Wahl erfolgt war, verließ das fortschrittliche Bureau sofort das Lokal und erwartete von Jacoby das gleiche. In Jacoby aber hatte sich die fortschrittliche Aliane getäuscht; das demokratische Prinzip achtend, ließ er sich nicht durch die Bureauwahl fügen, sondern hielt ruhig und ununterbrochen seine berühmte Rede, in welcher er die Gründung des kleinsten Arbeitervereins als eine größere Kulturthat hinstellte, als die Schlacht von Sadowa. Die Macht der Fortschrittler auf die anschließliche Beherrschung des Versammlungsrechts und Terrorisirung der Versammlungen war allerdings gebrochen; in ihrem engen Kreise mögen sie sich versammeln und sind vor Störungen durch Sozialdemokraten sicher, wo sie aber immer sich den Anschein geben wollen, als stellten sie eine Volksversammlung dar, da werden auch Genossen zur Stelle sein, um den Trug aufzudecken, indem sie an die Versammlung selbst durch die Forderung einer Bureauwahl appelliren. Die „Wachung des Versammlungsrechts“ zeigt sich vor allem an den Saalabtreibern, die gegen die Sozialdemokratie an der Tagesordnung sind, und an denen die Freisinnigen doch gewiß nicht so unschuldig sind, und noch mehr, wo die „Freisinnigen“ selbst obrigkeitliche Autorität üben wie in Nürnberg, wo den scharfen Beschränkungen des bayerischen Vereinsgesetzes noch enger ge-

halten Grenzen gezogen werden. Sollte freilich Herr Eugen Richter Polizeigewalt, dann würde das Volk sehr bald die Freiheit unter Koller und Buttamer herbeiführen.

**Von innen her.** Der Erlaß des preussischen Oberkirchenraths, in welchem den Geistlichen aufgegeben wird, sich der sozialpolitischen Bestrebungen zu enthalten, und ihr Hauptaugenmerk auf der Seelen Noth zu richten, hat natürlich im Königreich Sachsen nicht ohne Nachfolger bleiben können. Das evangelisch-lutherische Landeskonsistorium des Königreichs Sachsen hat sich in einem Erlaß an die Synode des Königreichs über die Betheiligung der Geistlichen an sozialpolitischen Tageslämpfen ausgesprochen. In dem Erlaß heißt es:

Die sächsischen Geistlichen haben, wie ausdrücklich anerkannt wird, im großen und ganzen die durch ihre Stellung geniesenen Grenzen innegehalten und die Frage vom seelsorgerischen Standpunkte aus behandelt, in der richtigen Erkenntnis, daß es die Aufgabe der Kirche ist und allein sein kann, nicht sowohl die äußerlichen bürgerlichen Ordnungen zu ändern, als vielmehr, wie alle Noth, so auch die sozialen, von innen heraus zu heilen.

Das Gleichniß im Evangelium von der Speisung der Hungrigen, der Weberbergung der Obdachlosen, der Kleidung der Nackten, dem Besuch der Kranken und Gefangenen dürfte hierzu wohl eine kleine Aenderung vortragen. Der Phariseer wird sich einfach darauf berufen können, daß er dem Hungrigen zwar kein Brot und dem Nackten kein Kleid gegeben habe, daß er aber von innen heraus seiner Seele Noth abgeholfen habe; so wird er der „ewigen Pein“ entgehen und mit den „Gerechten“ in das ewige Leben eingehen. Freilich wird, wie es ja in Sachsen jumeist der Fall ist, der Arbeiter, der in seines Leibes Noth von seinem Geistlichen nur den Hinweis auf das Jesu'sche empfängt, bald aufhören, demselben seiner Seele Noth zu klagen, und wer bis heute noch nicht soweit ist, wird es morgen gewiß sein. Die Religion soll dem Volke erhalten bleiben, aber der Erlaß des preussischen Oberkirchenraths und des sächsischen Landeskonsistoriums dürfte das ihrige dazu thun, die Arbeiter vollends der Kirche zu entreißen.

**Ans dem Reiche des Herrn v. Stephan.** Als vor nicht langer Zeit die Nachricht durch die Presse lief, daß ein gelegentlich eines Festmahls in den Vereinigten Staaten ausgegebenes Telegramm schon in wenigen Minuten den Erdball umlaufen hatte, da war Staunen und Bewunderung bei allen — die nicht alle werden. Denn was hier dem gutgläubigen Publikum geboten wurde, war keine Praxis, es war gewissermaßen nur Theorie. In der Praxis gestaltet sich die Beförderung von Telegrammen eben ganz anders. Das wissen aber nur sehr wenige. Denn nicht alle verglichen in dem erhaltenen Telegramm die Aufgabezeit mit der Ankunftszeit, ebensowenig wie dies bei den Briefsendungen zu geschehen pflegt. Würde diese Kontrolle ausgeübt werden, dann würde man manchmal sein blaues Wunder erleben; dann würde sich herausstellen, welche Fahrten die Briefsendungen infolge falscher Expedition, unzureichender Kräfte und Räume vor Erreichung ihres Zieles in der Welt gemacht haben, wie Telegramme auf kurzen Strecken stundenlang unterwegs sind.

In dem „Fall Washford“ zeigte Herr v. Stephan, daß der „Kladderadatsch“ recht hatte, als er vor einigen Jahren behauptete, daß sich bei ihm mit der Zeit, eine ganz besondere Passion, die „Fingerringe“, herausgebildet hätte: er führte an, daß der erste, 500 Worte umfassende Theil des Telegramms bereits in London hätte sein müssen, als die Fortsetzung noch im Schalterraum geschrieben wurde. Die Zeitdifferenz zwischen Annahme und Weitergabe des ganzen, 1500 Worte zählenden Telegramms betrug aber nur 23 Minuten.

Mit dieser amtlichen Erläuterung der an den telegraphischen Beförderungsdienst zu stellenden Anforderungen vergleiche man die Behandlung unserer Privat-Telegramme, die uns über die Parteitag-Debatten in Gotha von dort zu gehen. Einige Beispiele:

I. Ausfertigung eines Telegramms von 340 Worten in Gotha am 12. Oktober 8 Uhr, Ankunft in Berlin (Haupt-Telegraphenamt) 9,40; Beförderungszeit: 1 Stunde 40 M.

II. Ankunft eines anderen Telegramms in Berlin, Haupt-Telegraphenamt 8,26, Ankunft per Hochpost auf dem bestellenden Postamt 19 8,50; Beförderungszeit: 24 Minuten, während man den Weg bequem in 10 Minuten zurücklegt.

III. Telegramm von 330 Worten, Aufgabe Gotha 5,35, Ankunft Berlin, Haupt-Telegraphenamt 8,37; Beförderungszeit 3 Stunden 2 Minuten.

IV. Telegramm von 250 Worten, Aufgabe in Gotha 8,5, Ankunft in Berlin 7,16; Beförderungszeit: 4 Stunden 11 Minuten.

So erscheint die Abwicklung des Depeschendienstes unter der Leitung des Herrn v. Stephan in der Praxis. Man sieht, daß das Alter des Leiters der Telegraphen macht sich genau so wie das Alter des Leiters der Post in allen Zweigen der Verwaltung immer mehr und mehr bemerkbar.

Das hat sich der alte Hughes, als er 1855 seinen Typendruck-telegraphen dem Verkehr übergab, der nun bereits seit 31 Jahren in Deutschland eingeführt ist, wohl nicht träumen lassen, daß heute ein Telegramm auf verhältnismäßig kurzen Strecken noch 4 1/2 Stunden allein in Beförderungsgangzeit, ausschließlich der Expeditionzeit, gebraucht, um ans Ziel zu kommen. Gotha, eine Stadt von 30 000 Einwohnern, Sitz von Regierung, Residenz, mit Fabriken, regem Handel und Wandel, Gotha, das im Jahre 1894 nach amtlicher Statistik 33 284 ausgegebene und 34 593 angekommene Telegramme hatte: Gotha hat noch heute nur Morsebetrieb und kennt den Typendrucktelegraphen, der das gewünschte schafft, nur vom Hörensagen. Selbst mit Berlin ist es nur auf Morseleitung verbunden! Da ist es denn kein Wunder, wenn diese „Klapperlasten“, die auf Postämtern 2. Klasse manchmal kaum den Verkehr bewältigen können, die Arbeit nicht schaffen können, wenn der größte Theil der Telegramme auf Umwegen und zwar auf Morse nach Halle, Erfurt und Frankfurt am Main und von da auf Hughes nach Berlin geleitet werden muß! Daß der Leiter der Telegraphie, aus den Zeitungen vom Stattfinden unseres Kongresses verständigt, für Abhilfe sorgt, Gotha während 8 Tagen mit 1 oder 2 Hughes-Apparaten ausgerüstet — das fällt ihm gar nicht ein. Das Publikum muß ihm ja kommen. Die gelben Depesch-Manuskripte des Wolff'schen Bureaus aber und der höfliche Herr Washford — ja, die werden anders behandelt, sind sie doch „gute Kunden“...

### Deutsches Reich.

Der Bundesrath hat in seiner am 14. d. M. abgehaltenen Plenarsitzung den Antrag Badens, betreffend die Errichtung zweier weiteren Schiedsgerichte für den Bezirk der badischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft, sowie den Antrag Anhalts, betreffend die Ermächtigung der Zollabfertigungsstelle zu Wollwischen zur Eingangsbefreiung von hartem Kammergut aus Ganzwolle, den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Den Ausschüssen übertragen, betreffend die Zollbefreiung der aus dem hamburgischen Freieisengebiete mit der Post eingehenden Theerproben, betreffend die Verwendung der Brennfeuer-Überschüsse, betreffend die Vorlage über die zollfreie Ablassung von Kapselmaschinen bei der Verwendung zum Schiffbau, sowie betreffend die Vorlage über die nochmalige Erhebung der Stempelabgabe für konvertirte Pfandbriefe der Frankfurter

Hypothekbank zu Frankfurt a. M., wurde die Zustimmung ertheilt.

Zum Reichsetat. Die Verathung des Etats der einzelnen Reichsämtler ist, laut der „Nordd. Allg. Ztg.“, so ziemlich zum Abschluß gebrungen, so daß die Etats in allernächster Zeit dem Bundesrath zugehen werden.

Der Entwurf der Militär-Strafprozess-Reform soll nach der „Berliner Zeitung“ fertig gestellt sein und noch in dieser Woche dem Bundesrath zugehen.

Uns Klingt die folgende Zeitungsnachricht viel wahrscheinlicher:

Wie jetzt verlautet, befindet sich der Entwurf einer Militär-Strafprozess-Ordnung im Stadium einer nochmaligen Umarbeitung durch den Kriegsminister v. Goltz. In diese vollendet, so gelangt er dann reformativ wieder an das preussische Staatsministerium, sodann an die Kriegsminister der anderen Bundesstaaten und erst hierauf an den Bundesrath. Das kann also noch recht lange dauern! —

Erhöhung der Beamtengehälter. Die „Münch. Allgemeine Zeitung“ läßt sich aus Berlin melden, daß bei der in Aussicht genommenen Erhöhung der Beamtengehälter die vorzutragenden Räte an den Ministerien mit einer Verbesserung ihres Gehalts um 10 bis 12 pCt. bedacht werden sollen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt so gewunden, daß es nur offiziell sein kann, das folgende:

Zunächst ist die Annahme, daß die geplante Fortführung der Gehälterverbesserung den mittleren Beamten im Gegensatz zu den höheren nicht wesentlich zu gute kommen werde, eine unrichtige. Der Prozentsatz der Aufbesserung würde vielmehr im großen und ganzen der gleiche sein. Nach dem jetzigen Stande der Angelegenheit würden auf die mittleren Reichsbeamten der V. Tarifklasse des Wohnungsgeldzuschusses, soweit die Gehälter nicht schon aufgebessert sind und die Betheiligten also diesmal auscheiden, etwa 1 800 000 M., auf die Beamten der Tarifklasse III. des Wohnungsgeldzuschusses dagegen etwa 1 050 000 M., auf die höher bezahlten Beamten (Tarifklasse II) aber der geringeren Zahl wegen nur etwa 110 000 M. entfallen.

Es ist auch nicht richtig, daß die jüngeren Beamten in der Hauptfache leer ausgehen werden. Die Aufbesserung der Gehälter sollen allerdings nur ausnahmsweise bei einzelnen Kategorien, und zwar vorwiegend gerade unter den mittleren Beamten eine Erhöhung erfahren. Die Aufbesserung der Gehälter aber wird, weil danach die Altersstufen bis unten hin sich mehr oder weniger erhöhen würden, keineswegs bloß die ältesten, sondern auch noch einen großen Theil der jüngeren Angehörigen einer und derselben Kategorie treffen, bis ausschließlich der allerjüngsten.

Ferner liegt es nicht in der Absicht, die Gratifikationsfonds fortzuführen zu lassen; es wird nur diejenige sachgemäßere Vertheilung angestrebt, welche auch in der Volksvertretung wiederholt gewünscht worden ist. Unzutreffend ist übrigens auch die Annahme, daß seinerzeit durch die Einführung der Dienst-Alterszulagen Millionen von Mark jährlich erspart sind. Im Gegentheil sind dadurch sowohl im Reich als in Preußen Mehrausgaben erwachsen. Nur in denjenigen Verwaltungszweigen, die einen ungewöhnlich zahlreichen Stellenzugang oder ungewöhnlich raschen Durchgang aufweisen, rücken die Betheiligten vorübergehend nicht mehr so schnell wie früher, sondern nur gleichmäßig wie in anderen Verwaltungszweigen auf. Dem jetzt durch die Gehaltserhöhung in Aussicht genommenen Mehraufwand aber steht bei keiner Kategorie ein Ausgleich gegenüber.

Damit ist zugestanden, daß die unteren Beamtenstellen fast ganz leer ausgehen und die mittleren weniger berücksichtigt werden als die höheren. Doch was sich hierüber erlauben, entspricht doch auch diese Maßnahme der Sozialpolitik des neuesten Kurses, ebenso wie die schwächliche Rentenreform.

Der Rücktritt des Kolonialdirektors Dr. Kayser wird nun auch von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ bestätigt. Das offiziöse Blatt ist auch in der Lage mitzutheilen, daß das Demissionsgesuch angenommen wurde. Eine Thronrede wird Herr Kayser nachweinen. Wird aber ein besserer nachkommen? Werden Garantien gegen die Wiederkehr der Thaten von Leuten wie Veit, Wehlan, Peters und Schröder geschaffen werden? —

Der deutsche Handelstag ist am Donnerstag in Berlin im Hofjünglingsgebäude zu einer außerordentlichen Plenarversammlung zusammengetreten, um Stellung zu dem Entwurf des neuen Handels-Gesetzbuchs zu nehmen. Staatssekretär des Reichs-Justizamts Dr. Nieberding begrüßte die Versammlung namens der Reichsregierung.

Aus den Verhandlungen theilen wir bloß das auf die Regelung der Verhältnisse der Handelsangestellten bezügliche mit:

Der Entwurf beschränkt die Vertragsfreiheit in bezug auf die Festsetzung der Kündigungsfristen, die von dem Prinzipal und dem Handlungsgehilfen bei der Auflösung des Dienstverhältnisses einzuhalten sind. Der Entwurf setzt eine Minimal-Kündigungsfrist von einem Monat zum Schlusse eines jeden Kalendermonats fest. Von Frankfurt a. M. sind hierzu Anträge gestellt, welche die Einführung einer obligatorischen, mindestens sechswöchentlichen Kündigungsfrist zum Quartalschluß bezwecken. Diese Anträge werden abgelehnt und die Fassung des § 61 in der Form des Entwurfes genehmigt.

§ 67, der die Frage der Zulässigkeit und Gestaltung der Konkurrenzklause regelt, ist am meisten umstritten und hat in der Unterkommission und im Ausschusse am meisten Anlaß zur Diskussion gegeben. Der Gesetzentwurf erklärt eine derartige Vertragsklausel nur insoweit für verbindlich, als die Beschränkung noch Zeit, Ort und Gegenstand nicht die Grenzen überschreitet, durch welche eine unbillige Erschwerung des Fortkommens der Handlungsgehilfen ausgeschlossen wird; der Gesetzentwurf hat ferner Ansprüche des Prinzipals aus der Klausel in dem Falle ausgeschlossen, als derselbe ohne genügenden Grund in der Person des Handlungsgehilfen das Dienstverhältnis auflöst, oder durch vertragswidriges Verhalten zu dessen Auflösung Anlaß giebt.

Es liegen von einer Anzahl von Handelskammern Änderungsanträge vor.

Referent M. Seligmann beantragt, diese sämtlichen Anträge abzulehnen und nach dem Vorschlage der Unterkommission den § 67, alinea 1, wie folgt zu fassen: „Eine Vereinbarung zwischen dem Prinzipal und dem Handlungsgehilfen, durch welche dieser nach Beendigung des Dienstverhältnisses in seiner Erwerbsthätigkeit beschränkt wird, ist, in so weit die Beschränkung nach Zeit, Ort oder sonstigem Inhalt diejenigen Grenzen überschreitet, durch welche eine unbillige Erschwerung des Fortkommens des Handlungsgehilfen ausgeschlossen wird, auf Klage des Handlungsgehilfen durch Urtheil unter Berücksichtigung der beiderseitigen Verhältnisse und Bedürfnisse einschränkend abzuändern.“

Syndikus Dr. Hatzel-Frankfurt a. M. begründet die von der Handelskammer Frankfurt a. M. gestellten Anträge. Dieselben gehen davon aus, daß ein Verbot der Konkurrenzklause unbillig sei, da sie für gewisse Zweige und unter gewissen Voraussetzungen zum Schutze gegen Unlauterkeit geradezu unentbehrlich sei.

Nach kurzer Debatte beschließt die Versammlung, positive Anträge überhaupt nicht zu stellen und das gesamte vorliegende Material dem Reichsjustizamt zur Kenntnisaufnahme mitzutheilen.

Ohne jede Debatte erklärt die Versammlung nach dem Antrage des Ausschusses die Vorschriften des § 68 al. 2 u. 3 in Verbindung mit denen des § 73, welche den kaufmännischen Lehrherren in bezug auf die Erfüllung seiner Pflichten gegen den Lehrling unter strafrechtliche und polizeiliche Kontrolle stellen, für den Handelsstand unannehmbar.

Die Verathung der weiteren Paragraphen führt zu keinen wesentlichen Aenderungen. Die Verhandlung wurde auf Freitag vertagt.

Der deutsche Gewerbekammertag tritt am 20. d. Mts. in Weimar zusammen, um gegenüber der Zwangsorganisation des Handwerks Stellung zu nehmen.

Ein kaiserliches Institut zur Erforschung der Viehseuchen. Dem Landwirtschaftsminister ist von der Landwirtschaftskammer in Posen ein Gesuch betreffs Gründung eines besonderen kaiserlichen Instituts für Forschungen auf dem Gebiete der Vieh-Infektionskrankheiten unterbreitet worden.

Das Organ des Bundes der Landwirthe sucht das „sehr vertrauliche“ Schreiben, das wir gestern unseren Lesern mittheilten, natürlich sehr harmlos zu deuten. Wir wollen dem Blatte verrathen, daß ein weit harmloseres Zirkular des sozialdemokratischen Parteivorstandes, in dem gleich nach Schaffung unserer Organisation der Parteivorstand Vereine auffordert, nicht mit ihm in Verbindung zu treten, von Polizeibeamten, dem Staatsanwalt und dem Untersuchungsrichter als schwer belastendes Material bezeichnet wurde. Würden die Herren v. Böttg und Mörike eine sozialdemokratische Organisation leiten, so hätten sie von dem preussischen Vereinsgesetz eine ganz andere Meinung.

Für die Nothwendigkeit der Abschaffung der Gesinde-Ordnungen, wonach in Deutschland den „Herrschäften“ das Recht zusteht, den „Dienstboten“ zu prügeln, bringt die „Volkzeitung“ einen neuen Beleg. Es handelt sich um einen Prozeß, der sich vor der Strafkammer in Neuwied in Westpreußen abspielte. Die „Volkzeitung“ schreibt darüber:

Eine schändliche Behandlung hat das 15jährige Dienstmädchen Pauline M. von ihrer Dienstherrin, der Besitzfrau Katharina Böhne und ihrer Tochter Bronislawka, in Jesevitz erfahren. Da ihr der Dienst zu schwer war, sie auch öfter mißhandelt wurde, verließ die Pauline M. ihre Stelle, wurde aber durch den Gemeindevorstand wieder zurückgebracht, worauf sie eine tüchtige Tracht Prügel bekam. Gleich darauf entließ die M. wieder. Frau Böhne rief nun dem Dienstherrin M. zu, die M. festzuhalten. M. lief ihr nach, ergriff sie und band ihr mit dem Leibriemen die Hände zusammen. Nun kam die Bronislawka B. hinzu, erfaßte den Riemen und schleifte die M. ins Haus, während der Dienstherrin M. ins Gesicht in den Rücken versetzte. Sie erhielt nun abermals eine tüchtige Tracht Prügel und entließ deshalb zum dritten Male. Nun besah Frau B. dem Dienstherrin, er solle sich auf Pferd setzen, und die M., wenn er sie eingeholt hätte, ans Pferd binden und zurückbringen. Diesen Befehl führte der Junge buchstäblich aus. Er ergriff die M., band ihre Hände mit dem Riemen wieder zusammen, bestieg sie dann den Riemen an dem Pferde und ritt so zu seiner Herrin zurück. Ein strafunmündiger Sohn der würdigen Frau leistete nicht nur Gelferdienste, sondern schlug das arme Opfer während des Transportes noch mit der Peitsche. Ein vorüberkommender Gasmirch machte dem grausamen Spiel ein Ende, zerschchnitt die Fesseln des Mädchens und ermahnte dieses, ruhig zum Dienst zurückzukehren. Die gefühllose Herrin wurde von der Strafkammer zu 80 Mark Geldstrafe verurtheilt, mit Rücksicht darauf, daß sie durch das Verhalten der M. gereizt worden war und ein Schaden nicht entstanden ist.

Es ist ein schlechter Trost, daß diese Geschichte in Ostelbien passirte, daß mit Ostafrika ja mehr wie einen Zug gemeinsam hat. Ueberall in Deutschland kommen infolge des Prügelrechts, das die Gesinde-Ordnungen der „Herrschäften“ geben, ähnliche schensliche Behandlungen der weissen Sklaven vor, und das wird so bleiben, bis die Gesinde-Ordnungen und mit ihnen das Prügelrecht aufgehoben sind. Die Anstrengungen unserer Fraktion im Reichstage, die rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern und demgemäß die Befreiung der Gesinde-Ordnungen zu erreichen, sind bisher leider vergeblich gewesen. Die Schuld trägt neben dem Junkerthum das in Selbstsucht verwickelte Bürgerthum, das in demselben Maße, als es nach oben hin kriechend, gegen das arbeitende Volk aber brutal den Herrn spielen will, und zu dessen Diebstahlsbeschäftigungen beim Kaffeeklatsch und in der Kneipe es gehört, über „unsere Dienstboten“ das bildsinnigste Zeug zu schwören. Aber daß der Zeitpunkt nicht mehr fern ist, wo die Gesinde-Ordnungen ins Reich der Vergangenheit gehören, dafür bürgt das Anwachsen der Sozialdemokratie, die auf dem Lande mehr und mehr als die Partei erkannt wird, von der allein noch Erlösung aus den unheilvollen Verhältnissen der Gegenwart zu hoffen ist.

Neffel, 14. Oktober. („Frank. Kur.“) In der Garnison haben in den letzten Tagen strenge Durchsuchungen nach sozialistischen Schriftstücken stattgefunden. Das Ergebnis und die Veranlassung sind unbekannt.

Odenburg, 15. Oktober. Im Großherzogthum Odenburg siegten bei den Landtagswahlen die liberalen Kandidaten.

Zwickau, 14. Oktober. (Eig. Ber.) In der neuesten Nummer des hiesigen Amtsblattes werden 71 junge Leute aus dem hiesigen Landgerichtsbezirk wegen Unterziehung der Wehrpflicht zum 26. November vor die Strafkammer III geladen; von den meisten ist der Aufenthaltsort unbekannt, nur einige sind als in Amerika anhaltend, angegeben; da die Gesuchten hauptsächlich den Jahrgängen 1871 und 1872 angehören, so werden sie schon seit 4 Jahren vermisst. Wie viele werden wohl kommen? —

Meiningen, 13. Oktober. Der Landtag des Herzogthums wird seine letzte Sitzung im nächsten Monat beginnen, um eine neue Gemeinde-Ordnung zu beraten. Im nächsten Jahre finden Neuwahlen statt.

Waffengebrauch des Militärs. Eine vom bayerischen Kriegsministerium zur Garnisonsdienstvorschrift erlassene Erläuterung über den Waffengebrauch des Militärs ordnet, der „Allgem. Ztg.“ zufolge, an: „Dem zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, Ruhe und Sicherheit auftretenden Militär ist auf Wache und Posten, bei Patrouillen, Transporten und Kommandos der Gebrauch der Waffen aus eigenem Rechte zu jeder Zeit gestattet: a) Wenn dasselbe bei einer dieser Dienstleistungen angegriffen oder mit einem Angriff gefährlich bedroht wird, oder durch thätliche oder gefährliche Drohungen Widerstand findet — um den Angriff abzuwehren oder den Widerstand zu bewältigen. — b) Wenn es bei einer solchen Dienstleistung zur Ablegung der Waffen oder anderer zum Angriff oder zum Widerstand geeigneter oder sonst gefährlicher Werkzeuge auffordert, oder dieser Aufforderung nicht sofort Folge geleistet wird, oder die abgelegten Waffen oder Werkzeuge wieder aufgenommen werden — um den schuldigen Gehorsam zu erzwingen. — c) Wenn bei Arrestationen (sörmlicher Verhaftung, wie vorläufiger Ergreifung und Festnahme) der bereits Verhaftete oder ein dem Militär zur Abführung oder Bewachung anvertrauter Gefangener entspringt, oder auch nur einen Versuch dazu macht. d) Zum Schutz der seiner Bewachung anvertrauten Person oder Sache. In den bezeichneten vier Fällen ist der Waffengebrauch von einer Requisition der Zivilbehörde nicht abhängig; selbst einzelne Posten können in diesen vier Fällen zum Waffengebrauch greifen. Weiter wurde festgesetzt, als verhaftet gilt erst dann eine Person, wenn ihr unter Handauflegen oder Bedrängen mit der Waffe ausdrücklich eröffnet ist, daß sie verhaftet sei. Der bloße Haltgruß oder der Ruf: „Sie sind arretrirt oder verhaftet“ und dergl. genügt nicht. Auch ist dem Verhafteten sofort nach der Verhaftung oder bei der Ueber-

nahme zur Bewachung u. s. w. zu erklären, daß bei einem Plünderungsvorgang von der Waffe Gebrauch gemacht wird. Sämtliche Heeresangehörige sind hierüber eingehend zu belehren."

Von Schutzmäßigkeiten für das Publikum, die, wie der traurige Vorfall in Mannheim beweist, dringend nötig wären, scheint in der Verordnung nichts zu stehen.

Mainz, 14. Oktober. (Eig. Ber.) Heute traten die Wahlmänner beim Wahl der beiden Abgeordneten der Stadt Mainz zur Zweiten Kammer des hessischen Landtages im Stadthaus zusammen. Von 155 Wahlmännern erschienen 121, wovon 118 ihre Stimme abgaben für die Genossen Medaltour Dr. Eduard David und Schriftsetzer Philipp Haas. Beide sind somit auf sechs Jahre als Vertreter der Stadt Mainz im hessischen Landtag gewählt.

Mainz, 14. Oktober. (Berliner Tageblatt.) Von der Glaubwürdigkeit der Eide einzelner Mainzer Schulleute.

Der oberste Beamte der Mainzer Polizeiverwaltung, Polizeirat Dr. Travers, hat in einem gestern an Gerichtsstelle verlesenen Briefe erklärt, daß den Zeugnisausfagen eines Teiles der Mainzer Schulumannschaft kein Glauben beizumessen sei. Diese Erklärung hat in gewissen wie in behördlichen Kreisen sensationell gewirkt, und es dürften noch eigenartige Nachspiele zu erwarten sein. Veranlaßt wurde der Brief des Polizeirats, der wirklich den „Rath seiner Meinung“ hat, durch eine Anklage wegen Beleidigung von Schulleuten. Ein Arbeiter hat nämlich behauptet, daß auf einer Polizeiwache Mißhandlungen von Polizeibeamten vorgekommen seien. Die Sache schwebt noch.

— Aus Offenbach a. M. wird unter gleichem Datum der „Frankf. Ztg.“ gemeldet:

Bei der heutigen Landtagswahl in Offenbach-Land wurden für den sozialdemokratischen Kandidaten Ulrich 28, für den ultramontanen Gegenkandidaten Rechtsanwalt v. Brentano 19 Stimmen abgegeben. Letzterer ist somit gewählt, wird aber, falls er morgen von Offenbach-Stadt gewählt wird, was nicht zweifelhaft ist, in letzterem Wahlkreise das Mandat annehmen, so daß in Offenbach-Land ein neuer Wahlgang stattzufinden hat.

### Oesterreich.

Wien, 14. Oktober. Die „Arbeiter-Zeitung“ wurde wegen Verletzung des letzten Knacksbundes konfisziert. Dies steht zwar im Widerspruch mit den Bestimmungen des österreichischen Pressgesetzes und selbst mit den Anweisungen des Justizministers an die Staatsanwälte, entspricht aber einer oben wahrscheinlich gern gesehenen und deshalb häufig geübten Praxis.

### Frankreich.

Paris, 15. Oktober. Der „Matin“ erfährt, Rußland habe im Jahre 1890 an den damaligen Kriegsminister Freycinet offiziell das Ansuchen um Ueberführung zweier Feldgeschütze gestellt. Dem Ansuchen sei entsprochen worden, nachdem Rußland den Abschluß einer Militärkonvention angestrebt habe. Die Militärkonvention sei im Jahre 1894 durch ein diplomatisches Protokoll komplettiert worden.

Paris, 14. Oktober. Die französische Arbeiter-Gesellschaft hat in einer Versammlung einstimmig den Beschluß angenommen, daß die Exportprämien für den französischen Zucker zum mindesten in der Höhe der fremden Prämien, namentlich der deutschen und österreichisch-ungarischen, zu bewilligen seien. Die Versammlung ernannte unverzüglich eine Kommission mit dem Auftrage, die Interessen der französischen Zuckerproduzenten vor den Staatsgewalten zu vertreten.

Boulogne, 15. Oktober. Der Genier Lyman ist heute in Freiheit gesetzt worden.

### England.

London, 14. Oktober. Das Exekutiv-Komitee der liberalen nationalen Vereinigung nahm eine Resolution an, in welcher dem Bedauern über den Rücktritt Lord Rosebery's Ausdruck gegeben und Rosebery gleichzeitig Dank ausgesprochen wird für die von ihm, als Führer der liberalen Partei, geleisteten Dienste. Das Komitee sprach sich indessen dahin aus, daß es bei der gegenwärtigen Lage am besten sein würde, von definitiven Schritten hinsichtlich des zukünftigen Führers der Partei Abstand zu nehmen.

Glasgow, 14. Oktober. Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Curzon erklärte in einer Rede, die er heute Abend hier hielt, die Nil-Expedition verfolge drei Ziele, nämlich, den drohenden Angriff der Derwische zurückzuweisen, den Italienern in Kassaia zu Hilfe zu kommen und die Wiedereroberung der früheren Sudan-Provinz für England anzubahnen. Obgleich die Expedition gegenwärtig aus finanziellen Gründen gehemmt sei, könne man darauf rechnen, daß die ägyptische Fahne eines Tages in Khartoum gehißt werde.

Im weiteren Verlaufe seiner Rede sprach der Untersekretär des Auswärtigen Curzon über Armenien und bekräftigte, daß die Agitation die Regierung gefährde; er sprach sich lobend über die von Lord Rosebery in Edinburgh gehaltenen Rede aus und bemerkte, England sei zwar zu jeder rechtmäßigen Bemühung, um die Armenier zu schützen, berechtigt, es habe aber kein Recht, um Armeniens willen zum Kriege zu schreiten. Die Interessen Englands seien größer als die Armeniens; die Interessen Englands seien der Friede und die Wohlfahrt für alle britischen Unterthanen und, wenn auch nicht in gleichem Maße, sei das Interesse Englands auch der europäischen Friede. Der Redner führte dann aus, nur durch ein vereinigtes Vorgehen könne der Widerstand des Sultans gebrochen werden. Redner wandte sich gegen die Behauptung, daß England berechtigt sei, aus humanitären Gründen einzuschreiten. Obwohl Europa dem Sturm aushalten könne, wenn es sich zur rechten Zeit dazu rüste, so könne, wenn Europa dies veräume, er wohl begreifen, daß der Sturm einen Umfang annehme, der nicht zu bewältigen sei, bis Königreiche und Provinzen in Stücke zerrissen seien. „Unsere erste Pflicht“, fuhr der Redner fort, „ist die Loyalität gegenüber dem europäischen Kontinent; wir müssen die Mächte überzeugen, daß unser Ziel uneigennützig ist.“ Die Beziehungen Englands zu Rußland seien die der Herzlichkeit und Freundschaft; kein unehrlicher Beweggrund habe das Verhalten der Regierung gegenüber Rußland bestimmt und England glaube, daß auch Rußland von weitergehenden Beweggründen frei sei. Redner bekräftigt, daß England durch ein habfüchtiges Streben geleitet sei. Das erste und beständige Ziel dieses Landes sei vielmehr der Friede.

### Italien.

Venedig, 15. Oktober. In den Filialen der Banca di Napoli zu Bologna, Goggia und Potenza sind, wie die „Gazzetta“ feststellt, große Unregelmäßigkeiten vorgekommen, sodas eine strafgerichtliche Untersuchung eingeleitet werden wird. Ein neuer Banksturz scheint bevorzulehen, da mehrere politische Persönlichkeiten, welche schon in dem Prozeß der Banca Romana eine Rolle gespielt haben, auch in dieser Angelegenheit stark kompromittiert sein sollen.

### Spanien.

Madrid, 15. Oktober. (M. L. B.) Nach amtlichen Tepefchen aus Manila wurde die Abtheilung Jollifay von den Rebellen angegriffen. 400 Soldaten wurden zur Hilfe geschickt, mußten aber der Uebermacht weichen;

dieselben hatten einen Verlust von 18 Todten, unter ihnen 2 Offiziere, und 23 Verwundeten. Zwei Bataillone unter General Blanco gingen zur Unterstützung ab.

### Asien.

Bombay, 15. Oktober. Die Station Sanari an der Eisenbahn nach Auetta wurde von Angehörigen des Marri-Stammes angegriffen. Alle Beamten mit Ausnahme des Stationsmeisters, der einen Arm verlor, wurden getödtet. Auch ein europäischer Bahnarbeiter kam ums Leben. Eine Truppenabtheilung steht zur Abfendung bereit, um Sanari zu besetzen.

Sima, 15. Oktober. (M. L. B.) In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Rathes bekräftigte der Vizekönig, daß in einem großen Theile Indiens ein Nothstand zu erwarten sei. Die Regierung habe indessen bereits Maßregeln getroffen, um den Bedürftigen Arbeit und Unterstützung zu gewähren. Die im Eisenbahn- und Kanalverkehr erzielten Verbesserungen und die Weizenexporte aus Kalifornien und anderen Märkten würden einer akuten Hungersnoth vorbeugen.

### Afrika.

Buluwato, 13. Oktober. Die Führer der Ausländischen in den Matoppo-Bergen haben sich endgiltig unterworfen.

Pretoria, 15. Oktober. Das Amtsblatt veröffentlicht heute die beiden neuen Gesetze, betr. die Ausweisung gefährlicher Ausländer.

### Australien.

Wellington, 20. August. (M. L. B.) Die Kolonie Neuseeland, das „politische Probiersteinchen“, lenkt wieder einmal durch einen Versuch aller Augen auf sich: Die Regierung hat eine Gesetzesvorlage eingebracht, welche die Abschaffung des Verfassungsparagraphen zum Zweck hat, wonach ein Theil der Oberhaus-Mitglieder auf Lebenszeit gewählt oder ernannt wird. Um sofort einen Anfang mit dieser durchgreifenden Aenderung zu machen, bestimmt der Entwurf, daß die jetzt im Hause befindlichen Peers abtheilungsweise von Beginn des nächsten Jahres ab auszuschreiben haben. An der Annahme des Gesetzes ist nicht zu zweifeln.

Das Unterhaus hat den Regierungsvorschlag, daß jeder asiatische Einwanderer in Zukunft 2000 M. (bisher die Hälfte) Kopfsteuer zu zahlen hat, angenommen. Man will überhaupt in den australischen Kolonien mit allen Mitteln sich die Asiaten vom Hals halten; vor kurzem fahte eine Konferenz sämtlicher Premierminister dahingehende Beschlüsse, daß die Hindurasse, die das Gesetz von 1888 über die chinesische Einwanderung schafft, auf alle „Farbigen“ ausgedehnt werden sollen. Nach diesem Gesetz dürfte unter andern ein Schiff nur einen Chinesen auf je 500 Tonne seines registrierten Gehalts in die Kolonien bringen.

## Partei-Nachrichten.

Der Parteigenosse Ludwig Schröder, eines der Opfer des Spruchs der Eisener Geschworenen, ist am 13. Oktober im Zuchthaus zu Werden vom Abgeordneten Dr. Lütgenau besucht worden, der mit ihm wegen des Wiederaufnahme-Verfahrens zu sprechen hatte. Die „Rheinisch-Westf. Arb.-Ztg.“ berichtet über den Besuch: Schröder sieht zwar, wie nicht anders möglich, angegriffen aus und hat an Gewicht wesentlich abgenommen, er fühlt sich jedoch wohl und dürfte bleibenden Schaden an seiner Gesundheit bisher nicht gelitten haben. Er gedachte aller Genossen herzlich und verliert zum Glück Geduld und Hoffnung nicht.

In München ist der Antrag unseres Genossen Virl, die Gemeindevorwahlen an ein und demselben Tage und zwar Sonntags vorzunehmen, von den Stadtverordneten mit großer Mehrheit abgelehnt worden. Dieser Beschluß ist für unsere Parteigenossen weiters schätzbares Material, um darzutun, daß bei den herrschenden Klassen der bayerischen Hauptstadt nicht einmal die denkbar bescheidensten Arbeiterforderungen Gnade finden, und somit der Arbeiter gar nichts Dummeres thun kann, als seine Stimme für die Kandidaten dieser Klassen abzugeben.

### Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Wegen Beleidigung des Lehrers Wurfchmidt durch einen Artikel über die Prügelstrafe in Volksschulen wurde in Dessau Genosse Gebre als verantwortlicher Redakteur des „Volkblatts für Anhalt“ vom Landgericht zu 20 M. Geldstrafe verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte selbst nur 10 M. beantragt.

— Leipzig, 15. Oktober. Am 20. Februar bez. 1. März dieses Jahres hatte der Genosse Paul Schiemann zum Wahlrechtsgesetz ein Flugblatt, betitelt: In Sachsens Volk!, das er nicht verkauft hat, in 100 000 Expl. hergestellt und verbreiten lassen, und der Genosse Louis Vorlmann verbreitete auch einige Exemplare dieses Flugblattes. Durch den Inhalt des Flugblattes fühlten sich die sächsischen Minister beleidigt und wurden beide Genossen vom Landgericht Leipzig am 29. Juni deshalb zu je vier Monaten Gefängniß verurtheilt. Die gegen das Urtheil eingelegte, vom Rechtsanwalt Dr. Herzfeld-Berlin vertretene Revision rügte prozessuale Verstöße und falsche Anwendung des § 198 des St.-G.-B. und der Bestimmung der sächsischen Verfassung über das Zustandekommen von Gesetzen. Der III. Strafsenat des Reichsgerichts verwarf die Revision.

— Genosse Redakteur Heinrich Wilhelm Stenzel war als Verantwortlicher des „Hamburger Echo“ wegen Richterbeleidigung am 20. Juli d. J. zu einem Monat Gefängniß verurtheilt worden. Seine Revision hielt selbst der Reichsanwalt Schumann für begründet, soweit die Bestrafung nach § 186 des Strafgesetzbuchs erfolgt sei. Der III. Strafsenat des Reichsgerichts hob das Urtheil auf und verwies die Sache in die Vorinstanz zurück. Die Revision gegen ein Urtheil vom 17. Juli wurde verworfen.

## Der neueste „Weber“-Prozeß.

Im August vorigen Jahres beantragte der Theater-Direktor H. Jäger bei der Polizeidirektion von Hannover, ihm die öffentliche Aufführung der „Weber“ im Stadt-Theater in Hannover zu erlauben. Das Gesuch fand natürlich vor dem strengen Herrn Polizeidirektor keine Gnade; der Herr sah vielmehr eine Gelegenheit gekommen, zu Ruhm und Frommen der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit in Aktion zu treten. Die öffentliche Aufführung wurde untersagt. Eine Beschwerde an den Regierungspräsidenten machte nichts. Dieser drückte in dem ablehnenden Bescheide die Befürchtung aus, daß die Aufführung die vorhandene „gebundene“ Neigung zu gewaltthätiger Ausbeutung gegen die öffentliche Ordnung wie gegen die bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse nur fördern könnte. Unter Umständen könnte die Aufführung sogar zu gewaltsamer Bethätigung dieser Neigung anregen, also eine Gefahr für die soziale Ordnung und eine Verunreinigung des Publikums heraufbeschwören. Eine weitere Beschwerde an den Ober-Präsidenten der Provinz Hannover, dem berühmten National-liberalen von Bennigsen, hatte ebenfalls keinen Erfolg. Dieser „liberale“ Regierungsmann führte aus, die Aufführung der „Weber“ sei bei den besonderen Verhältnissen des Stadttheaters in Hannover und dem im hohen Maße aufreizenden Inhalt des Dramas ganz zweifellos geeignet, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu gefährden. Nunmehr klagte Direktor Jäger auf Aufhebung der Verbotsverfügung des Polizeidirektors und der Bescheide des Regierungs- und Ober-Präsidenten beim Ober-Verwaltungsgericht, vor dessen III. Senat die Klage am Donnerstag verhandelt wurde. H. M. Dr. Richard Grelting machte für den Kläger besonders folgendes geltend: Vom Ober-Ver-

waltungsgericht sei der Rechtsgrundsatz aufgestellt worden, daß eine entfernte Möglichkeit, es könne die Aufführung eines Schauspiels zur Störung der öffentlichen Ordnung führen, noch nicht die Verfassung der Erlaubniß zur öffentlichen Aufführung rechtfertige, sondern nur eine wirklich drohende Gefahr. § 10 II. 17 des Allgemeinen Landrechts, der das Zensurrecht der Polizei begründet, beziehe sich nur auf solche wirklichen und nahen Gefahren. Von einer derartigen Gefahr könnte man nun bei „Weber“-Aufführungen im Stadttheater in Hannover ebenso wenig reden, wie bei denen im Berliner „Deutschen Theater“, zumal wenn einige Abänderungen vorgenommen würden. Das Theater werde besonders von den Besserklassierten besucht. Wenn Aufführungen der „Weber“ überhaupt zu der Befürchtung Anlaß böten, daß durch sie die öffentliche Ordnung gefährdet werden könnte, dann läge die Gefahr in Hannover viel weiter entfernt wie in Berlin, einem Zentralpunkt sozialdemokratischer Agitation. Aber die Voraussetzungen des Ober-Verwaltungsgerichts, daß die Aufführung der „Weber“ die öffentliche Ordnung in Berlin nicht gefährden würde, habe sich hier wie auch in Breslau im vollen Maße erfüllt. Das Stück sei oft aufgeführt worden, zum Theil sogar in Nachmittagsvorstellungen zu bedeutend ermäßigten Eintrittspreisen, und keine Störung der öffentlichen Ordnung sei erfolgt. Wie in Berlin und Breslau, so auch in kleineren Städten, zum Beispiel in Erfurt, Apolda und Weimar. Und die Aufführungen in den Volkshäusern seien gleichfalls würdig verlaufen und hätten keine Störung der öffentlichen Ordnung hervorgerufen. Nicht zu vergessen sei ferner, daß das Drama die Arbeiterbewegung in den vierziger Jahren schildere, zu welcher Zeit Verhältnisse bestanden, die mit den heutigen sozialen und politischen Beziehungen nichts gemein hätten. Die Erfahrung spräche dafür, daß das Theaterpublikum Vergangenheit und Gegenwart gut von einander unterscheide. — Der beklagte Ober-Präsident machte vielerlei gegen die Klage und zu Gunsten der angefochtenen Verfassung geltend. Hervorzuheben ist: In den „Webern“ seien die Kaufleute, Gutsherrn, Beamten u. s. w. als hart und roh hingestellt, und die nothleidende Arbeiterschaft könne daraus nur Haß und Erbitterung gegen sie saugen. Es läme ja auch heute noch vor, daß Arbeiter und Arbeiterinnen in unglaublicher Weise von ihren Arbeitgebern ausgenutzt würden, zum Beispiel diejenigen der Konfektion. Aus dem Stücke ergebe sich für die Besitzlosen der Gebante, daß nur Gewalt gegen die besitzenden Klassen und die Regierung den Arbeitern helfen könne. Der Verfasser hebe sogar gegen das Staatsoberhaupt im übrigen Falle ins Gewicht, daß in letzter Zeit die Sozialdemokratie außerordentlich gewachsen sei. Ueberall dränge sie sich ein, zum Beispiel seien Arbeiterbesitzer in den Gewerbebetrieben fast alle Sozialdemokraten. Aber nicht nur in der Arbeiterklasse gewinne die Sozialdemokratie immer mehr Anhänger, sie dringe auch in andere Schichten ein. Es schlossen sich ihr beispielsweise Rechtsanwälte an, Geistliche ständen ihr wohlwollend gegenüber, und sogar von den Beamten mühten sich ihr nicht wenig zugewandt haben: wie erkläre es sich sonst, daß die sozialdemokratische Presse häufig in den Besitz vertraulicher Schriftstücke von Behörden gelange! In Hannover und dem benachbarten Linden läge die Dinge ganz besonders bedenklich. Hannover-Linden habe sich immer mehr zu einem sozialdemokratischen Zentralpunkt entwickelt, die Partei hätte bei der letzten Reichstagswahl dort von 38 000 Stimmen 22 040 erhalten. Es sei Fabrikländ geworden, und seine um sich greifende Industrie ziehe neben ordentlichen Arbeitern auch eine Menge Gesindel an. In Linden speziell wären rohe Gewaltthätigkeiten an der Tagesordnung. Nach alledem sei anzunehmen, daß die öffentliche Aufführung der „Weber“ in Hannover den Ausbruch einer revolutionären Bewegung dortselbst begünstigen würde.

Der Minister des Innern hatte den Geheimrath Siber vom hiesigen Polizeipräsidenten damit betraut, an der Verhandlung als Kommissar zur Wahrnehmung des öffentlichen Interesses theilzunehmen. Er führte aus, das Verbot werde vom Minister immer noch als berechtigt angesehen, und der Minister sei auch der Ansicht, daß das Ober-Verwaltungsgericht in der erwähnten früheren Entscheidung den Begriff „Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit“ zu eng gezogen habe. Dem stellte der Herr Kommissar die Behauptung auf, die Aufführungen der „Weber“ würden von den Sozialdemokraten als Agitationsmittel benützt, das Stück sei zur Parteidichtung geworden. Im „Vorwärts“ werde regelmäßig geschrieben, welche Wirkung seine Aufführung in den verschiedenen Städten erzielt habe, und der Sozialdemokrat Steiger hätte auf dem Solhaer Parteitag Gerhard Hauptmann als den größten Dichter der Jetztzeit bezeichnet und seine „Weber“ ganz besonders gefeiert.

Rechtsanwalt Grelting wies demgegenüber auf die Aufführungen Diebnecht's hin, mit denen dieser Steiger antwortete, und darauf, daß Hauptmann selbst bezeugt habe, er hätte keine sozialdemokratische, sondern eine Dichtung des Mitleids schreiben wollen.

Das Ober-Verwaltungsgericht entschied: Das Verbot der öffentlichen Aufführung der „Weber“ im Stadttheater zu Hannover wird aufgehoben. Seit den Entscheidungen des Gerichts über die Aufführung der „Weber“ im Deutschen Theater in Berlin und im Lobe-Theater in Breslau ist nichts geschehen, was das Gericht von der Unrichtigkeit seiner Ansicht und dieser Freigabe des Stückes hätte überzeugen können. Im Gegentheil haben die Erfahrungen die Ansicht des Gerichts bestätigt. Zugunsten ist, daß unter Umständen aus Ort und Zeit einer beabsichtigten Aufführung eines an sich ungefährlichen Stückes Bedenken genommen werden können. Solche Bedenken sind aber gegenwärtig nicht vorhanden.

## Gewerkschaftliches.

Die Aussperrung der Stuhlmacher, Drechsler, Polsterer in Lutterberg und Umgegend wurde am 13. Oktober in einer Versammlung der Arbeiter für beendet erklärt. Der Kampf ist zu Gunsten der Arbeiter verlaufen, die riesenhafte Opfer, die er erforderte, sind also nicht umsonst gebracht. Wie erinnert wurde in der ersten Mainwoche d. J. an circa 600 Arbeiter und Arbeiterinnen der Stuhlfabriken in Lutterberg, Barbis und Oberfeld von den Fabrikanten das Ansuchen gestellt, schriftlich zu bescheinigen, daß sie aus dem Holzarbeiter-Verband austreten und ohne Genehmigung des Prinzipals auch keiner anderen, sozialen oder politischen Vereinigung wieder beitreten wollten. Auf die Weigerung der Arbeiter, diesem entwürdigenden Verlangen nachzukommen, wurden sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen, die fast ohne Ausnahme dem Verband angehörten, ausgesperrt. Unter der thätigsten Unterstützung des starken und leistungsfähigen Holzarbeiter-Verbandes harrten die Aussperrten bis zum jetzigen Ende des Kampfes wacker aus, kaum ein halbes Dutzend Streikbrecher hat sich gefunden. Aber die Art der Produktion, welche die Anstellung aller möglichen ungelerten Kräfte gestattet, verschuldete es, daß trotzdem eine große Anzahl der Wähe (über 200) von auswärtigen, unter dem Schutze der Behörden und zum Theil im Dunkel der Nacht herbeigezogenen Arbeitern besetzt wurden. Brachten diese Ersatzkräfte den Unternehmern auch wenig Nutzen, so war durch sie doch die Situation für den Verband ziemlich ungünstig beeinflusst. Seit einigen Tagen waren nun drei Vertreter des Verbandsvorstandes — die Genossen Seipart aus Stuttgart, Wolkmann aus Hannover und Hölke aus Hamburg — im Streikgebiet anwesend, und ihnen gelang es, die Fabrikanten zu Unterhandlungen zu veranlassen und die Form zu einer Vereinbarung zu finden, auf Grund deren die Beilegung des Streiks dann erfolgen konnte. Der entscheidende Theil der Vereinbarung erfüllt wohl den ausgeprochenen Wunsch der Fabrikanten, den „offiziellen Sieg“ ihnen zu lassen, aber dieser „offizielle“ Sieg ist so, daß er den tatsächlichen

Erfolg des Verbandes in keiner Weise beeinträchtigen kann, im Gegenteil ihn nur desto erkennbarer hervortreten läßt. Die Streikenden unterschreiben nämlich den betr. Eintrittsbescheid, aber nach Ablauf von 14 Tagen wird jedem Arbeiter der Revers wieder zurückgegeben und die Unterschrift somit kassiert, ferner ist jedem Arbeiter freigestellt, auch während dieser 14 Tage seine Beiträge an den Verband zu entrichten! Also der Zweck des langdauernden Kampfes, die Wahrung des Koalitionsrechtes, ist erreicht, der Holzarbeiter-Verband ist von den Fabrikanten ausdrücklich und durch eigenhändige Unterschrift anerkannt, und somit ist der Sieg tatsächlich auf Seiten der Arbeiter! Daran ändert auch der Umstand nichts, daß der frühere Bevollmächtigte der Holzleute, Genosse Erzurth, seine schon längst wenig beweisenswerthe Existenz eingebüßt hat und den Ort verlassen mußte. Auf diesen ihren „Erfolg“ brauchen die Fabrikanten nicht stolz zu sein. Erzurth geht, und ein anderer wird an seine Stelle treten — die Fabrikanten haben unterschrieben erklärt, fortan die Leiter des Verbandes am Orte weder zu maßregeln, noch ihnen sonst in ihrem Broterwerb Hindernisse in den Weg zu legen, und sie werden wahrscheinlich dies Versprechen halten — andernfalls finden sie den Verband wieder am Plage. Sie dürften aber wohl an der einen Kraftprobe, die sie nur mit Unterstützung des Bundes der Industriellen bestehen konnten, genug haben. Am Morgen des 14. Oktober ist die Arbeit in allen Fabriken zum großen Theil wieder aufgenommen worden. Im Laufe einiger Tage werden jedenfalls alle Streikenden wieder beschäftigt werden können. Immerhin ist es nöthig, den Zugang noch einige Wochen streng fernzuhalten.

Aus Hamburg wird über die Lohnbewegung der Schiffseigenen bei der Hamburg-Amerika-Linie mitgeteilt: Die Arbeiterkommission ist mit dem Inspektor der Reederei in Unterhandlung getreten und hat bis jetzt folgendes Resultat erzielt: Der Lohn von M. 3,30 soll bestehen bleiben, jedoch werden für Nacht- und Sonntagsarbeit M. 3,60 bezahlt. Für Arbeiten auf der Unterseite, soweit sie als Schauermannsarbeiten anzusehen sind, soll ein Lohn von M. 4 bezahlt werden. Auch sollen die Ueberstunden mit 40 Pf. gelohnt werden. In einer Versammlung, in welcher die Lohnkommission Bericht erstatten wird, soll das weitere bestimmt werden.

Zu der Mohr'schen Boykottangelegenheit fand am 10. Oktober vor dem Landgericht in Altona Verhandlung an gegen die Mitglieder der Boykottkommission J. Heine, Max Gery und Otto Stabbert, die der verurtheilten „Explosion“ angeklagt waren, weil sie bei einer Verhandlung mit dem Margarinefabrikanten Mohr diesen durch Drohung mit dem Boykott zu bestimmen gesucht haben sollen, die Forderungen seiner streikenden Arbeiter zu bewilligen. Die Angeklagten bestritten das ihnen zur Last Gelegte. Nachdem am Abend des 9. April eine große öffentliche Versammlung den Boykott beschlossen hätte und sie in die Boykottkommission gewählt worden, seien sie am anderen Tage ohne irgend welchen Auftrag zu Mohr gegangen, um zu versuchen, in Güte den Streit zwischen ihm und seinen Arbeitern zu schlichten. Sie hätten über eine Stunde mit Herrn Mohr verhandelt, ohne daß sie versucht hätten, durch Drohung oder durch Anspielung auf den Boykott die Entscheidung desselben zu beeinflussen. Der Fabrikant Mohr sagte aus, die Angeklagten seien zu ihm gekommen und hätten sich als Boykottkommission vorgestellt. Sodann hätten sie erklärt, daß sie, ehe sie den Boykott in Szene setzten, nochmals mit ihm unterhandeln müßten. Die Verhandlung sei sehr sachlich gewesen und er habe den Eindruck gehabt, daß die Leute bestrebt waren, die Sache in Güte beizulegen. Auf sämtliche Forderungen habe er nicht eingehen können. Daß die Angeklagten einen Druck auf ihn hätten ausüben wollen, sei wohl anzunehmen, jedoch hätte dieser Druck nicht auf ihn gewirkt, weil er im voraus gewußt hätte, daß der Boykott, die einzige den Arbeitern noch zugängliche Waffe, kommen werde. Etwas Schaden habe er durch den Boykott gehabt, namentlich zu Anfang; nachher sei er kaum mehr sichtbar gewesen. Von den Angeklagten wurde auf die Aussagen des Zeugen entgegnet, daß nicht sie von dem Boykott gesprochen hätten, sondern daß der Zeuge, vor dem das „Echo“ gelesen, gleich gesagt hätte, der Boykott sei gegen ihn erklärt, aber er würde ihm nicht schaden, da ihm von anderer Seite Unterstützung versprochen worden sei. Gery habe darauf gesagt, sie seien gekommen, um den Boykott zu verhindern. Der Staatsanwalt führte aus, daß in tatsächlicher und juristischer Beziehung die Anklage begründet sei. Die Angeklagten, welche zwar bescheiden aufgetreten seien, wären nicht zu Mohr gekommen, um mit ihm zu unterhandeln, sondern um ihm ein Ultimatum zu stellen. Nach reichsgerichtlichen Erkenntnissen sei in dem an Mohr gestellten Verlangen, die Arbeiter wieder in Arbeit zu nehmen, widrigenfalls der Boykott wirksam würde, ein rechtswidriger Vermögensvortheil erstrebt worden. Gegen Heine, der wegen Beleidigung vorbestraft ist, beantragte er sechs Wochen und gegen die Mitangeklagten je vier Wochen Gefängnis. Der Verteidiger führte aus: Die Angeklagten hatten den Auftrag, den Boykott in Szene zu setzen. Würden sie das sofort getan haben, so hätte man sagen können, sie hätten frivol und unvernünftig gehandelt. Sie waren aber ausständig und vernünftig und unterhandelten ohne Auftrag mit Herrn Mohr. Wenn man diese Handlungsweise billigt, so könne man auch nicht denken, daß das Strafgesetzbuch sie bestrafen müsse. Sei letzteres doch der Fall, so widerspreche das dem Rechtsbewußtsein des Volkes. Der Verteidiger plädierte auf Freisprechung, da alle Momente der verurtheilten Explosion fehlten und die Reichsgerichtssprüche auf den vorliegenden Fall nicht zuträfen.

Das Urtheil wurde gestern Donnerstag gefällt. Die Angeklagten sind der verurtheilten Explosion für schuldig erkannt und zu Strafen von 1—3 Monaten Gefängnis verurtheilt.

Der Spinnerstreik in Köln mußte deshalb für beendet erklärt werden, weil eine Anzahl Spinner, darunter sogar ein Mitglied der Lohnkommission, die gemeinsame Sache preisgaben und wieder in die Fabrik liefen, während die Arbeiterinnen treu zusammengehalten haben. Am Montag beschloß eine Versammlung der Anständigen unter scharfem Tadel der Handlungsweise der betreffenden Spinner, die Arbeit unter Annahme der Zugeländnisse wieder anzunehmen, die der Direktor der Kölner Baumwollspinnerei vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts gemacht hat. Das Verhalten der getadelten Spinner erklärt sich zum Theil daraus, daß das Personal nicht organisiert war und den Streik unvorbereitet inszenierte.

Beim diesjährigen Maurerstreik in Dresden-Lobtau war der Feiertag durchgehend durchgesehen worden. Auf mehreren Bauten arbeiteten der Böhmen und Polen über diese Arbeitszeit hinaus und stellten so die Erdrungen des Streiks in Frage. Organisirte Maurer zogen deshalb vor die betreffenden Bauten und suchten die fremden Maurer zum solidarischen Handeln zu bewegen. Auf einem dieser Bauten hat nun der Polizei die dort beschäftigten Maurer aufgefordert, sie sollten die vor den Bau gezogenen Dresdner Maurer niederstrecken. Darauf bombardierten die fremden Maurer ihre Kameraden mit Ziegeln, Pfeilen, und diese antworteten im Zorn leider auf dieselbe Weise. Das Ende vom Liede war, daß 80 organisirte Maurer verhaftet wurden. Erst nach zehn Tagen entließ man den größten Theil von ihnen, weil er offenbar unschuldig war. Die Böhmen und Polen, die den Angriff begonnen hatten, blieben in der sächsischen Retropole des „Deutschthums“ auf freiem Fuße. Ein der damals verhafteten Dresdner Maurer mußten ein Vierteljahr in Untersuchungshaft sitzen, obwohl die Anklage gegen sie nur auf Hausfriedensbruch und Nötigung gestellt werden konnte. Das Landgericht, unter

dem Vorsitz des Landgerichts-Direktors Frommhold, hatte jetzt über diese Sache zu verhandeln. Es verurtheilte die Angeklagten zu insgesamt vier Jahren zwei Monaten Gefängnis und rechnete ihnen nur einen Monat der Untersuchungshaft an. Bemerkenswert sei noch, daß zwei Zeugen vor der Verurteilung in Krämpfe verfielen und daß ein Zeuge wegen Verweigerung des Eides in Zwangshaft genommen wurde.

Aus Krimmichau i. S. wird uns geschrieben: Die Situation bei der Firma G. A. Fischer, wo 50 Weber und Weberinnen beschäftigt sind, ist immer noch dieselbe; die Verhandlungen sind abgebrochen und es ist daher aller Zugang von Weibern strengstens fern zu halten. Die Arbeitseinstellung ist proklamiert. Es handelt sich um Abwehr einer Lohnreduktion. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

In Roswein i. S. ist sämtlichen Zwickern der Firma Schulz u. Ulrich gefündigt worden. Näheres durch Otto Andra in Roswein, Am Burggraben. Die Schuhmacher werden gebeten, dies zu beachten.

In Masub in Schweden sind sämtliche 25 Steinmehlen und Bildhauer der Firma Scheller aus-gesperret, weil sie nicht auf eine 25prozentige Lohnreduktion eingehen wollten. Zugang ist streng fernzuhalten. Die Arbeiterpresse wird um Abdruck des vorstehenden gebeten.

Im Hennegau in Belgien ist ein Bergarbeiter-Streik ausgebrochen, an dem bis jetzt 1750 Mann theilhaftig sind.

Der Tischlerstreik in Brüssel wird, wie das Herold'sche Bureau meldet, „vorläufig als beendet betrachtet“.

## Soziales.

Aus Crefeld berichtet die „Köln. Volkszeitung“: Die städtische soziale Kommission, welche neuerdings dem in Handwerkereisen herrschenden Arbeitsmangel ihre Aufmerksamkeit zuwenden mußte, ist bei den Beratungen zu der Ueberzeugung gekommen, daß dessen Hauptursache in dem immer weiter sich vollziehenden Uebergang des Handbetriebes in den mechanischen Betrieb zu suchen ist, und daß die Wiederholung ähnlicher Katastrophen nicht eher aufhören wird, als bis die durch diese Umwandlung in den mechanischen Betrieb überflüssigwerdenden Arbeitskräfte entweder in den mechanischen Betrieben selbst Beschäftigung gefunden haben oder einer andern Erwerbsart zugeführt worden sind. Um diese Entwicklung zu erleichtern, richtet die Kommission in einem Schreiben an die hiesigen Fabrikanten in der Seiden- und Sammt-Industrie die Bitte an dieselben: a) auf Weiblichen Frauen nicht zu beschäftigen, vielmehr an deren Stelle die aus der Arbeit gekommenen Handweber möglichst heranzuziehen; b) bei Ausdehnung des Betriebes unter möglichstem Anschluß von Mädchen und Frauen die sich meldenden bisherigen Handweber zu berücksichtigen; c) alle Werke, so weit eben möglich, in Crefeld verarbeiten zu lassen.

Die „Köln. Ztg.“ bemerkt zu derselben Sache: Die Möglichkeit, für die arbeitslos werdenden Handweber im mechanischen Betriebe Arbeit zu finden, wird wesentlich dadurch erschwert, daß in den mechanischen Webereien, besonders im Stoffgewerbe, viele weibliche Arbeitskräfte, auch verheiratete Frauen, beschäftigt werden. Allerdings kann das Seidengewerbe für gewisse Vorrichtungen wie Spulen, Winden, Scheren u. s. w. der feinen und geschickteren weiblichen Hand nicht entziehen; dagegen ist es nicht rüthlich, Mädchen als Weberinnen zu beschäftigen oder gar verheiratete Frauen in den mechanischen Betrieben an den Webstuhl zu stellen. Würde mit den weiblichen Arbeitskräften, wie es die soziale Kommission wünscht, verfahren, so würde nicht nur die in sozialer Hinsicht wichtige Zurückführung der Frau ins Haus und deren Erhaltung für die Familie erreicht, es würde vor allem — und das erscheint im Augenblick als das Nothwendigste und Wünschenswertheste — den beschäftigungslosen Handwebern auf den frei gewordenen Stellen Arbeitsgelegenheit gegeben werden. ... Daß eine solche Maßregel sich nur allmählig und von Fall zu Fall durchsetzen läßt, daß beispielsweise Wittwen und Frauen erkrankter Männer besonders zu behandeln sind, ist natürlich.

Daß man sucht, den Handwebern Beschäftigung in den mechanischen Betrieben zu verschaffen, ist gewiß recht schön. Schade nur, daß das auf Kosten einer anderen Arbeiterkategorie, der Arbeiterinnen, geschehen soll. Was sollen z. B. die ledigen Arbeiterinnen anfangen? Sie würden sich anderen Berufen zuwenden und dort das Angebot vermehren. Es wird aber kaum eine Beruf geben, wo das Angebot von Arbeitskräften nicht die Nachfrage beträchtlich übersteigt. Die Ermittlung der Arbeiterinnen aus den Fabriken würde also wahrscheinlich zur Vermehrung der Prostitution beitragen. Wenn die städtische soziale Kommission von Crefeld sich diese Sachlage recht überlegt, wird sie finden, daß mehr zu thun nöthig ist, als sie vorschlägt. Innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung giebt es freilich kein Radikalmittel gegen die Arbeitslosigkeit, aber die Arbeitslosigkeit wenigstens auf geraume Zeit zu mindern, das ist möglich. Der Weg zu diesem Ziel ist die Verkürzung der Arbeitszeit, und da sich dazu am wenigsten die Textilwarenfabrikanten freiwillig verstehen, ist es erforderlich, daß diese unumgänglich nöthige soziale Maßregel durch Gesetz festgelegt wird, andererseits daß die Hindernisse hinweggeräumt werden, die den Arbeitern und namentlich den Arbeiterinnen auf dem Gebiete des Koalitionsrechtes bei der Wahrung ihrer Interessen entgegenstehen. Der ganze Erfolg des gewiß recht gut gemeinten, aber höchst einseitigen Vorschlages der Crefelder sozialen Kommission kann dagegen nur in einer Verschiebung der Arbeitslosigkeit bestehen.

Zur Lage der Landarbeiter in Ostpreußen. Aus Lehmin in der Mark Brandenburg wird der „Brandenburger Zeitung“ geschrieben: „Jeht leben wir in der goldenen Zeit des Kartoffel-Buddelns, wo jeder darüber schreit, was jeht die ländlichen Arbeiter verdienen. Einen Beweis möge folgendes Beispiel liefern. Unser hiesiges Rittergut zahlt für den Scheffel, d. h. die Kiepe 1 1/2 Scheffel, Kartoffeln zu bundeln 12 Pf. Dabei werden Einnahmen von etwas über 70 Pf., von 45 Pf. und bis zu 45 Pf. herab erzielt. Davon soll nun ein Mann seine Familie ernähren. Der Hauptbestand ist aber darin zu suchen, daß zu etwa 70 bis 80 Subdellern nur zwei Mann sind, welche die Kartoffeln abnehmen, dieselben werden nicht, wie sonst üblich, in Wieten gesammelt, sondern sogleich fortgeführt. Da aber nur vier Kastenwagen vorhanden sind, so entziehen öfters Pausen in der Abnahme, d. h. Verluste an Arbeitszeit, also an Verdienst. So wurde am Freitag befohlen, die Arbeit ruhen zu lassen, und die Aermsten muhten von 10—1/2 Uhr ausgehen und um 4 Uhr ward schon wieder Feierabend geboten. Da ist der hohe Verdienst gewiß kein Wunder. Ebe der letzte abgefertigt ist, d. h. seine Kartoffeln los ist, ist es spät abends. Und da schreibt man in der Stadt: „Auf dem Lande giebt es Arbeit genug, daher hinaus Ihr Arbeitslosen der Stadt aufs Land, bundelt für 45 Pf. pro Tag Kartoffeln, dann könnt Ihr im Winter bei der schlechten Zeit schwelgen.“ Werden die Arbeiter endlich den Schaden der Ueberarbeit einsehen? Ist es da ein Wunder, wenn alles nach der Stadt drängt?

Die Errichtung einer öffentlichen Lesehalle für die Stadt Kiel hatte der Bibliothekar an der dortigen Universität, Dr. Nörrenberg, ins Auge gefaßt. Seiner Aufforderung zu einer gemeinsamen Besprechung über den oben erwähnten Punkt waren Männer aller Stände, vom Universitätsprofessor bis zum einfachen Arbeiter herab, gefolgt und allseitig wurde dem Projekt die wärmste Sympathie entgegengebracht. Eine Ausnahme machte nur ein Stadtrath, der den Traditionen des Magistrats treu blieb, und die Bedürfnisfrage verneinte, was nicht

verwunderlich ist, da ja bekanntlich in Kiel die Arbeiter von der Theilnahme an der städtischen Verwaltung ausgeschlossen sind. Jedoch will das vielfältig zusammengesetzte Komitee sich dennoch an den Magistrat wie an die Stadtverordneten wenden, um dieselben zu veranlassen, eine prinzipielle Stellung dem Projekt entgegenzubringen. Wenn auch vorläufig noch kein eigenes Gebäude zu erlangen ist, ein Schulraum oder eine dazu eingerichtete Turnhalle, die deshalb ihrem eigentlichen Zweck nicht entzogen werden, erfüllen dieselben Dienste.

Kein gutes Beispiel giebt betreffs der Sonntagsruhe auch der bayerische Staat den Privatunternehmern. Die „Münchener Abendzeitung“ berichtet: „Die Sonntagsruhe im Güterdienste wird wegen des sehr gesteigerten Güterverkehrs und wegen des hierdurch hervorgerufenen empfindlichen Wagenmangels demnach in erheblicher Weise beschränkt werden. Da der Getreidetransport ab Passau und Regensburg ein ganz gewaltiger ist, der Kohlentransport schon im nächsten Monate sich bedeutend steigern wird und nicht nur in den Ruhrkohlengebieten, sondern auch in Böhmen und Sachsen, sowie in Oberbayern die Kohlenförderung sehr stark zugenommen hat, nachdem ferner der Brennholztransport, die Beförderung von Bau- und Kuchholz, von Obst, von Bier u. s. w. ganz wesentliche Anforderungen an den Wagenpark stellen und schon von allen Seiten Klagen und Beschwerden über zu späte Bestellung von Beförderungsmitteln einlaufen, denen die Berechtigung nicht abgesprochen werden kann, so erübrigt jetzt nur die Sonntagsruhe einzuschränken, das heißt an Sonn- und Feiertagen Güterzüge behufs raschesten Weitertransportes leerer und geladener Waggons einzulegen. Vorerst dürften auf jeder Route nur ein bis zwei Güterzüge an Sonntagen Nachts resp. Vormittags verkehren; die übrigen werden wie seither eingestelt bleiben, es sei denn, daß sich die Nothwendigkeit ergebe, wegen weiterer Verkehrssteigerung noch weitere Güterzüge einzulegen.“

Die bayerische Staatsbahn-Verwaltung würde sich wahrscheinlich hüten, den Wagenmangel durch die Schmälerung der Sonntagsruhe der Eisenbahn-Bediensteten wett zu machen, wenn nicht die Eisenbahn-Verwaltung Preußens, des „führenden“ deutschen Staats, vorangegangen wäre.

Der Habacht der Schifförheder geht man zu Weide in England. Ein englisches Parlaments-Komitee, das die Frage der Bemannung von Kauffahrtschiffen zu untersuchen hatte, hat seinen Bericht erstattet. Der Majoritätsbericht des Komitees, von dem jener der Minorität bloß in weniger wichtigen Detailfragen abweicht, betont, daß bei gewissen Klassen von Handelsschiffen die Tendenz zur Verringerung der Bemannung sich fühlbar macht, wodurch die Sicherheit der Matrosen gefährdet und ihre Arbeitsverhältnisse wesentlich erschwert werden. Der Bericht empfiehlt daher, daß „Unter-Bemannung“ statutenmäßig als „See-Unthätigkeit“ erklärt werden solle, so daß ungenügend bemannte Schiffe am Auslaufen verhindert werden könnten. Zur gleichmäßigen Handhabung der vorgeschlagenen Bestimmung soll eine Minimalzahl für die Bemannung von Handelsschiffen festgesetzt werden. Bezüglich der Arbeitskräfte im Maschinenraum werden keine ziffermäßigen Vorschläge gemacht, doch empfiehlt der Bericht, als Maximalarbeit pro Tag für einen Heizer das Verheizen von 3 Tonnen Kohle, in tropischen Gegenden von 2 1/2 Tonnen, festzusetzen. — Bekanntlich ist, sagt das „Hamburger Echo“, die „Unter-Bemannung“ der Schiffe auch bei den deutschen Rheedern sehr beliebt.

## Gerichts-Beitrag.

Verbotene Tellerfassungen. Zwei Fälle, in denen die Polizeibehörde von Rixdorf in der Veranstaltung von Tellerfassungen in Versammlungen eine Kollekte, die der behördlichen Genehmigung bedarf, erblickte, unterlag am Donnerstag der Beurtheilung der dritten Strafkammer am Landgericht II als Verurtheilung. Genosse Lindemann war vom Schöffengericht verurtheilt, weil er in einer am 28. April in Rixdorf abgehaltenen Volksversammlung ein Eintrittsgeld, dessen Höhe den Versammlungsbefehl überlassen wurde, erhoben hatte. Er machte in der Anmündung der Versammlung der Behörde zwar die Mittheilung von der Erhebung eines Eintrittsgeldes, erhielt aber weder eine ausdrückliche Genehmigung, noch ein Verbot der Sammlung, weshalb er in gutem Glauben dieselbe vornahm. Der andere Fall betraf eine am 1. Mai gleichfalls in Rixdorf stattgehabte Volksversammlung. Hier hatte der Genosse Meyer, als er zur Ueberwachung der Versammlung das Lokal betrat, das auf dem Teller an der Thür befindliche Geld beschlagnahmt und die Fortsetzung der Tellerfassung verboten. Der Einbrucher Meyer, welcher jetzt erst von einem Versammlungs-Theilnehmer aus seiner Wohnung geholt wurde, gab nun bekannt, daß jeder Versammlungsbefucher ein Eintrittsgeld von fünf Pfennigen zu entrichten habe, weil er, gestützt auf ein früher erlassenes Gerichtsurtheil, annahm, daß hierdurch der Charakter einer Kollekte nicht gegeben sei. Aber auch er wurde vom Schöffengericht zu 30 M. verurtheilt. Beide Urtheile trühten sich auf die Regierungs-Polizei-Verordnung vom 7. Januar 1891, welche die Erhebung eines Eintrittsgeldes bei Versammlungen, wenn die Höhe desselben in das Belieben der Teilnehmer gestellt wird, von der Genehmigung der Orts-Polizei-Behörde abhängig macht. Die Berufungskammer verband die Verhandlung beider Fälle. Rechtsanwalt Heine als Verteidiger Meyer's bestritt die Rechtsgiltigkeit der angezogenen Verordnung, ebenso der Verteidiger Lindemann's, Rechtsanwalt Friedmann. Der Gerichtshof lehnte die Publikation des Urtheils bis zum 22. Oktober aus, um sich erst über die in den gleichen Fällen schon früher ergangenen Urtheile zu informieren.

## Deyesagen und letzte Nachrichten.

Köln, 15. Oktober. (B. Z. B.) Die Eisenbahndirektion in St. Johann-Saarbrücken theilt der „Köln. Ztg.“ in betref des Gerüchtes über einen Eisenbahnunfall mit, daß in der letzten Nacht in Wertzig ein Militär-Sonderzug mit Rekruten auf einen leeren Wagen gestossen ist. Der Zug konnte mit derselben Maschine nach kurzer Zeit weiterfahren. Personen sind nicht verletzt und Materialschaden ist nicht verursacht worden.

Frankfurt a. M., 15. Oktober. (B. Z.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Mannheim, daß der Sparfassenrechner Hierneisel aus Landau wegen Unterschlagung zu 2 1/2 Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurtheilt worden ist.

Frankfurt a. M., 15. Oktober. (B. Z. B.) Die Strafkammer verhandelte heute nochmals über die Fahrkartensunterscheife auf der Hessischen Ludwigsbahn, nachdem das Urtheil vom 16. Mai d. J. vom Reichsgericht theilweise aufgehoben worden war. Von den damals angeklagten 15 Schaffnern und Zugführern befinden sich heute wieder 6 auf der Anklagebank, von denen drei freigesprochen wurden. Die Strafkammer verurtheilte die anderen drei zu je 3 Monaten Gefängnis, erhöhte die übrigen Strafen und erkannte gegen den Schaffner, der sich am schwersten vergangen hat, Christian Müller, auf drei Jahre Zuchthaus.

München, 15. Oktober. (B. Z.) Der Verteidiger Verchold's hat Revision eingelegt.

Bozen, 15. Oktober. (B. Z.) Der 84jährige Beamte Max Saacher stürzte von einer hohen Feldwand auf dem Mendal ab und blieb todt liegen.

Zara, 15. Oktober. (B. Z.) Durch einen Wellenbruch wurden gestern in Lorette drei Häuser zerstört, wobei eine Frau tödtlich verletzt wurde.

## Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Vierter Verhandlungstag.  
Gotha, Donnerstag, den 15. Oktober.  
Vormittags-Sitzung, 9 1/4 Uhr.

Den Vorsitz führt Singer.  
Von der Vertretung der sozialistischen Arbeiterpartei Russisch-Polens ist ein Begrüßungsschreiben eingetroffen.

Die Mandatsprüfungs-Kommission wird mit der Prüfung von Beschwerden beauftragt, die seitens der Genossen Kiepling und Viktorius aus Baden und der Frau Gubela aus Berlin an den Parteitag gerichtet sind.

Auf der Tagesordnung steht die Berichterstattung über den Arbeiterschuttschuss. Diese Materie berühren die Anträge:

55. Parteigenossen in Ladenburg: „Eine Agitation zu entfalten, durch welche die Forderung „die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung unter Mitwirkung der Arbeiterklasse“ gefördert wird.“

56. Parteigenossen in Darmen: Eine sofortige allgemeine Agitation einzuleiten für folgende Forderungen: „1. Verwirklichung des Punktes 4 des Parteiprogramms, 2. Durchführung des Achtstundentages, 3. durchgreifende Maßnahmen gegen die Ausbeutung der Arbeiterklasse durch Hausindustrie und Schwitzsystem.“

70. Parteigenossen in Krefeld: „Die Fraktion hat im Reichstag zu beantragen: Es besetzt keinerlei Kündigung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern, gleichviel welcher Branche.“

71. Parteigenossen des Kreises Zauch-Weizig-Ludewalde-Jüterbog: „Die Reichstagsfraktion soll dahin wirken, daß die Bundesrats-Verordnung vom 1. Januar 1894 (die verlängerte Arbeitszeit jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen in den Ziegeleien) § 139a der Reichs-Gewerbe-Ordnung nicht erneuert wird.“

72. Parteigenossen in Elberfeld: „Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages wird beauftragt, alljährlich einen Antrag auf Einführung des Achtstundentages und die Beseitigung der mittelalterlich-reaktionären Gesinde-Ordnungen einzubringen.“

73. Parteigenossen des 5. und 6. sächsischen Reichstags-Wahlkreises: „Die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag wird beauftragt, aus ihrer Mitte einen ständigen Ausschuss für Arbeiterschuttschuss-Gesetzgebung zu wählen. Dieser Ausschuss hat in besonderen die vom Parteitag bezüglich der Erringung des Achtstundentages gefassten Beschlüsse auszuführen. Der Ausschuss für Arbeiterschuttschuss-Gesetzgebung hat für die Ausarbeitung und Einbringung der einschlägigen gesetzgeberischen Anträge im Reichstag, sowie im Einverständnis mit den respektiven Spezialvertretungen, in den Landtagen und in den Stadtverwaltungen, zu sorgen. — Der Ausschuss entwirft den allgemeinen Agitationsplan für den Achtstundentag und verschafft die nötigen rednerischen Kräfte. Er veröffentlicht Broschüren, Flugblätter und bedient sich des „Vorwärts“ und der „Neuen Zeit“, um durch Artikel und Notizen die Erörterung der einschlägigen Fragen zu fördern und der Parteipresse Agitationsmaterial zu verschaffen. Besonders ist auf die Verarbeitung des bereits vorhandenen Materials über Arbeitszeit, Lohn, Hausindustrie und die sonstigen Arbeiterverhältnisse in Deutschland zu achten und die periodische amtliche Statistik zu verfolgen. Auch sind die Ergebnisse der ausländischen Veröffentlichungen über Arbeiterverhältnisse, gewerkschaftlichen Kampf und sozialpolitische Maßnahmen der Parteipresse zugänglich zu machen. — Der Ausschuss hat sich durch Vermittlung der Gewerkschaften und der Parteipresse Material über die Durchführung der Arbeiterschuttschuss-Gesetze und die Fabrikinspektion resp. die Zustände in den Fabriken und Werkstätten zu verschaffen, dieses Material zu sichten, zu revidieren und parlamentarisch zu verwerten. — Dem nächsten Parteitag hat der Ausschuss Rechenschaft abzulegen von seiner Tätigkeit und Bericht zu erstatten über den Stand der Arbeiterschuttschuss-Gesetzgebung und die Achtstundentags-Bewegung.“

78. Parteigenossen in Karlsruhe, Kiel und des vierten sächsischen Reichstags-Wahlkreises: „In Erwägung, daß eine Einführung des gesetzlichen Achtstundentags nicht nur für die im Handelsgewerbe Angestellten allein, sondern für die gesamte Arbeiterschaft ganz bedeutende Vortheile mit sich bringen würde, erachten wir, daß der diesjährige Parteitag in Gotha sich mit den Vorschlägen der Reichstags-Kommission für Arbeiterstatistik beschäftigt und die Genossen aller Orte verpflichtet werden, die im Handelsgewerbe Angestellten im Kampfe um den Achtstundentags-Lohnschluß zu unterstützen und selbst thätig in die Agitation einzutreten.“

79. Parteigenossen des 5. und 6. sächsischen Reichstags-Wahlkreises:

„Der industrielle Aufschwung, der jetzt in der Steigerung der deutschen Ausfuhr und der raschen Erweiterung der Produktion durch neue Gründungen zum Ausdruck kommt, ist zwar, wie die Prosperitätsperiode der 70er Jahre, nur der Vorläufer der großen Handelskrise, er führt aber für die nächste Zeit zu großen Anhäufungen von Kapital, zur Steigerung der kapitalistischen Profite und zu gleicher Zeit damit zur größeren produktiven Anspannung der Arbeiterklasse, die dem Kapital die Reichthümer zu verschaffen hat. Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, diese wirtschaftliche Situation dazu auszunutzen, um den Arbeitern, anstatt verächtlicher Ausbeutung, verkürzte Arbeitszeit und erhöhte Arbeitslöhne zu erringen.“

Der Parteitag hält den Zeitpunkt für geeignet, um eine allgemeine Agitation für den gesetzlichen achtstündigen Normalarbeitszeit zu eröffnen.

Die Erringung des Achtstundentages ist undenkbar, ohne gleichzeitiges Zusammenwirken der Gewerkschaften und der politischen Arbeiterpartei. Deshalb verweist der Parteitag die sozialdemokratischen Arbeiter auf ihre Pflicht, sich den gewerkschaftlichen Organisationen anzuschließen und für die Fällung der Streiklisten zu sorgen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird beauftragt, einen Gesetzentwurf bezüglich Einführung des Achtstundentages möglichst schon zu Beginn der Winteression im Reichstag einzubringen. Zugleich sollen besondere Anträge gestellt werden um Einführung des Achtstundentages in der Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung, bei den Reichs-Eisenbahnen, auf den Maximalwerken, in der Reichsbunderei, in sämtlichen Militärwerkstätten. Ferner soll beantragt werden, daß die Militärverwaltung und alle anderen unter Kontrolle des Reichs stehenden Betriebsverwaltungen nur mit solchen Unternehmern Geschäftsverträge abzuschließen haben, welche ihren Arbeitern den achtstündigen Arbeitstag gewähren.

Desgleichen sollen in allen Landtagen, in denen es eine sozialdemokratische Vertretung giebt, Anträge gestellt werden auf Einführung des Achtstundentages in den Staatsbetrieben und in den mit dem Staat in geschäftlicher Verbindung stehenden Privatunternehmungen. Besonders sollen dabei die Eisenbahn-Arbeiter berücksichtigt werden. Mehrliche Anträge sollen in den Staatsverwaltungs-Körperschaften resp. Gemeinderäthen eingebracht werden.

Es soll mit aller Energie die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter der Gemeinde- und Staatsbetriebe erstrebt werden. Es ist zugleich, um den gesetzgeberischen Vorschlägen Nachdruck zu verschaffen, eine planmäßige Propaganda durch öffentliche Versammlungen und in der Presse zu entwickeln. Es sollen Agitationskuren der bekannten Redner veranstaltet und Flugblätter herausgegeben werden. Neben der parlamentarischen Aktion muß bei dieser Agitation mit Nachdruck auf die Nothwendigkeit des gewerkschaftlichen Kampfes hingewiesen werden.

Im Falle der Auflösung des Reichstages soll der gesetzliche achtstündige Normalarbeitszeit zur Lösung für die kommenden Reichstagswahlen gemacht werden.

Der Parteitag empfiehlt, bei allen Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern die Reduktion der Arbeitszeit besonders zu berücksichtigen und sie bei allen Streiks unter die Arbeiterforderungen mit aufzunehmen.

80. a) Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Gotha (1896) erkennt die bestehenden Gewerkschaftsorganisationen als eine Nothwehr im wirtschaftlichen Kampfe der Arbeiter gegen die Bedrückung des Unternehmertums u. s. w. den gesamten arbeitenden Bevölkerungsklassen gegenüber an — und erklärt sich als die der arbeitenden Bevölkerung am nächsten stehende politische Partei mit deren Organisation solidarisch.

b) In dem wirtschaftlichen Kampfe der Arbeitergewerkschaften gegen das sich zentralisirende Unternehmertum erkennt die sozialdemokratische Partei die schwierige Lage der Gewerkschaften gegenüber dem zentralisirten Kapital an und empfiehlt den Gewerkschaften hinsichtlich der Opfer, welche von den Gewerkschaften wie der sie unterliegenden Bevölkerung gebracht werden, die sich für die Dauer jedoch als unzulänglich erweisen — zur besseren Wehrfähigkeit eine Organisation zu schaffen, in der die direkten Geldunterstützungen möglichst in Wegfall kommen und statt deren produktive Arbeit als Unterstützung tritt.

81. Parteigenossen in Kassel: „Der Parteitag wolle eine Kommission einsetzen bzw. es der Parteileitung zur Pflicht machen, Erhebungen über die Ausführung der sozialpolitischen Gesetze zu veranstalten und auf Abstellung der vorhandenen Mängel zu dringen.“

Berichterstatter Wurm: Mit dem Fall des Sozialistengesetzes trat eine Wandlung in der Behandlung des Arbeiterschuttschusses ein. Während wir auf den Parteitagen 1890 und 1891 noch das minder große Vergnügen hatten, uns mit denen herumzuplätzen, die Anbahnung von Reformen für einen Unfall erklärten, ist dieser Standpunkt heute schon längst überwunden. Die Partei blieb unerschütterlich ihren alten Grundätzen getreu, sie sagte sich: wir haben nicht nur danach zu streben, daß wir unser Einzelge, die Umgestaltung der kapitalistischen Produktionsweise erreichen, sondern wir müssen auch jeden Augenblick thätig sein, um den Weg zu diesem Ziel zu ebnen. Wir müssen alle Mittel benutzen, um die Arbeiterklasse gegen die Unterdrückung durch den Kapitalismus zu schützen und sie widerstandsfähig für den Kampf zu machen. Das ist aber nur möglich, wenn wir auf allen Gebieten Schritt für Schritt Terrain zu erobern und die politisch und wirtschaftlich Rechtlosen zu schützen suchen. Dieser Schritt ist es, der als Arbeiterschuttschuss unsere Thätigkeit in erster Linie in Anspruch nimmt. Unsere Bewegung in Deutschland ist nach zwei Seiten thätig, nach der politischen und nach der gewerkschaftlichen, und so lange diese beiden Organisationen bestehen, sind von jeder einzelne Mitglieder der Gewerkschaftsbewegung mit Vertretern der politischen Bewegung in Differenzen gerathen über das Gebiet, auf dem sie thätig zu sein haben. Stets hören wir von Seiten der Gewerkschaftler, daß die Politiker sich so wenig um sie kümmern, und die Politiker klagen darüber, daß die Gewerkschaftler sie nicht genügend unterstützen. Wer aber vorurtheillos ist, der muß zugeben, daß es keinen politisch thätigen Genossen giebt, der nicht die Gewerkschaftsbewegung nach Kräften fördert, wohl aber ist das umgekehrte der Fall. (Sehr richtig!) Es giebt Gewerkschaften, die mit ihrer Theilnahme an der politischen Bewegung sehr viel zu wünschen übrig lassen. Wir machen keinen Unterschied, ob wir in gewerkschaftlichen oder politischen Versammlungen reden, uns kommt es nur darauf an, der Sache zu dienen. Eine Grenze wird uns gezogen durch die Gesetzgebung und innerhalb der gewerkschaftlichen Organisation selbst. Während die politische Partei den Kampf zu generalisiren hat, ihn gegen das Unternehmertum in seiner Gesamtheit führt, ist die Thätigkeit der Gewerkschaften eine örtliche. Daraus ergibt sich auch die Unmöglichkeit, den gewerkschaftlichen Kampf zu generalisiren. Eine Reihe von Anträgen geht aber darauf hinaus.

Wenn ich auf die Anträge eingehe, will ich nicht in den Fehler verfallen, den ein Theil unserer Parteipresse begangen hat, das Sachliche mit dem Persönlichen zu vermengen. Es sind zunächst aus Frankfurt und Dresden Vorschläge gemacht worden. Die Frankfurter Vorschläge boten, wie später allgemein anerkannt wurde, nichts Neues, und so weit das Fall war, waren sie undurchführbar. (Vereinzelter Widerspruch.) Es scheint hier noch jemand zu sein, der nicht zugeben will, daß ein Rückzug angetreten ist. Mit Statistiken über die Lohnlage beschäftigen sich ja die Gewerkschaften schon lange, das ist ja etwas ganz Selbstverständliches; der Verfasser scheint gar nicht mit der Geschichte und Thätigkeit der Gewerkschaftsbewegung vertraut zu sein. Wenn in den Frankfurter Vorschlägen (Zwischenruf: Arbeiterschuttschuss! Alles schon erledigt!) — bisher ist nur das Persönliche erledigt — wenn da vorge schlagen wird, die Gewerkschaften sollen Vorschläge für gesetzlichen Arbeiterschuttschuss machen, so ist, abgesehen von vereinzelten Bedenken, die leicht aufzutreiben können, die Gefahr einer Putscherei vorhanden.

Die Vorschläge von Dresden, die Genosse Parvus zuerst in einer Broschüre ausgesprochen, haben viel mehr Verlockendes, sind viel interessanter als die Frankfurter. Bei ruhiger Ueberlegung sehen wir aber doch bald, daß auch sie in den Fehler verfallen, zu generalisiren, allgemeine Vorschriften geben zu wollen, während doch die Gewerkschaften nur von Fall zu Fall, von Ort zu Ort vorgehen können. In dem ersten Theil der Anträge, zu denen sich die Parvus'schen Vorschläge verdichtet haben, wird auf die steigende Konjunktur, auf den wirtschaftlichen Aufschwung in der Kulturwelt, auf das Eintreten der asiatischen Staaten in die Wirtschaftsbewegung als eminenter Faktor hingewiesen und damit motivirt, es sei die Zeit gekommen, mit größerem Nachdruck als bisher für eine Besserung der Mißere der arbeitenden Volks einzutreten, in eine umfassende Agitation für den Achtstundentag nunmehr einzutreten. Wo aber haben bis jetzt die Gewerkschaften Gewehr bei Fuß, wo haben sie stillgestanden, wenn sich eine steigende Konjunktur bemerkbar machte? Im Gegentheil, man mußte ihnen oft eher den Vorwurf machen, daß sie zu heftig vorgegangen sind. (Sehr richtig!) Die Hauptwerk-samkeit der Gewerkschaften besteht nicht in den Lohnkämpfen, die sie führen, um die Unternehmung zu KonzeSSIONen zu zwingen, sondern in ihrem bloßen einfachen Vorhandensein, durch das das Unternehmertum gehindert wird, die Lage der Arbeiterschaft noch weiter herunter zu drücken. Wenn man einer Bewegung neue Bahnen weisen will, muß man die alten kennen, muß man die Thätigkeit der Fraktion verfolgt haben. Im November 1895 haben wir nun einen Antrag eingebracht, der sich mit dem Arbeiterschuttschuss befaßt und den Acht-

stundentag verleiht. Es heißt also offene Thüren einrennen, wenn man von uns die Einbringung eines Gesetzentwurfes fordert. Denn darauf wird man sich wohl nicht feigen wollen, daß gerade wir den Gesetzentwurf einbringen. Für die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes ist die Regierung da. Wir brauchen auch nicht für die Staatswerkstätten den Achtstundentag besonders zu verlangen, wenn wir seine allgemeine Einführung fordern. Es heißt den Parlamentarismus überschätzen, wenn man sich von der Einbringung eines ausgearbeiteten Gesetzentwurfes mehr verspricht, als von Anregungen bei der Staatsberatung. Bei der Staatsberatung aber haben wir befähigt darauf hingewiesen, daß die Staatswerkstätten Musterbetriebe sein sollen. Wir haben in der Staatsberatung mit größtem Nachdruck die Regierungen, im Reichstag und in den Landtagen, wo wir eine Vertretung haben, auf ihr Versprechen hingewiesen, daß die Staatsbetriebe Musteranstalten sein sollen. Genau dasselbe gilt von der planmäßigen Propaganda in öffentlichen Versammlungen und in der Presse für den Achtstundentag, von dem energischen Eintreten für die gewerkschaftliche Propaganda in Staats- und Gemeindebetrieben. Also alle diese Forderungen rennen offene Thüren ein.

Wenn dann Parvus weiter verlangt, daß wir im Falle der Reichstags-Auflösung die Lösung des achtstündigen Normal-Arbeitszeit ausgeben sollen, so heißt das doch die werbende Kraft eines solchen Antrages weit überschätzen. Die Masse der Bevölkerung, die für die Reichstags-Wahlen ausschlaggebend ist, hat vorläufig noch wichtigere Forderungen. Ich erinnere nur daran, wie die Einschränkung des Vereins- und Versammlungrechts, die Beeinträchtigung der Koalitionsfreiheit die Lohnkämpfe der Arbeiter erschwert oder verhindert, ich erinnere ferner daran, wie die Auslegung des Vereinsgesetzes und in manchen Gegenden das Gesetz selbst es den Frauen unmöglich macht, sich zu organisiren und thätig mitzuwirken. Das sind Punkte, die bei der Reichstagswahl viel schwerer ins Gewicht fallen. Man kann doch heute nicht einfach den achtstündigen Normal-Arbeitszeit proklamiren. Glauben Sie wirklich, daß wir die Landbevölkerung gewinnen, wenn wir diese Forderung zur Lösung bei den Wahlen machen? Selbstredend haben wir in den Wahlversammlungen stets alles das vorgebracht, was wir als unser Programm aufgestellt haben und keine unserer Forderungen verschwiegen, wenn wir auch die aktuellen Fragen, z. B. die Gefahren des Militarismus in den Vordergrund gestellt haben. Niemand hat von uns einen Zweifel darüber obwalten lassen, daß wir Sozialisten sind. Daß bei allen Streiks, bei allen Kämpfen die Reduktion der Arbeitszeit zunächst anzustreben ist, ist selbstverständlich. Aber einen Vorwurf dem Genossen Parvus für diese seine sachlichen Vorschläge zu machen, wäre falsch.

Die übrigen Anträge, die zum Parteitag eingelaufen sind, betreffen eine Reihe von Punkten, die ebenfalls längst hundertmal von uns im Reichstag behandelt worden sind. Diese Thematata besonders hervorzuheben, zu verlangen, daß wir uns eine zeitlang besonders damit beschäftigen, heißt andere ebenso wichtige Forderungen zurückstellen.

Die Forderungen des Antrages 66 verwirklichen wir, soweit wir können. Wir agitiren, organisiren, klären auf, aber wir haben mit dem Widerstand des Kapitalismus zu rechnen. Die Beseitigung der elenden Zustände in der Hausindustrie liegt schließlich doch selbst in den Händen der kapitalistischen Entwicklung. Schon sehen wir in einzelnen Industrien, wie das Großkapital selber es ist, daß der übergroßen Ausbeutung in der Hausindustrie entgegentritt. Unsere Aufgabe ist es, Material zu sammeln, das die scheußlichen Zustände in der Hausindustrie aufdeckt. Wir verlangen daher die Ausdehnung der Fabrikinspektion auf die Hausindustrie, die Ausdehnung des Arbeiterschuttschusses auf die Hausindustrie, weil sie das sicherste Mittel ist, das Schwitzsystem zu beseitigen.

Dem Antrag 70 aus Krefeld, der jede Kündigung in Arbeitsverhältnissen ausschließen will, muß ich ablehnend gegenüberstehen, obgleich ich selbst im Reichstage denselben Antrag vertreten habe. Damals sollte in die Gewerbenovelle eine Bestimmung aufgenommen werden, die jede Ausforderung zum Kontraktbruch, zur sofortigen Niederlegung der Arbeit kriminel strafbar machen wollte; und da haben wir denn aus Nothwehr gegen diesen Arbeiterentzug, um die wirksame Forderung von Lohnkämpfen möglich zu machen, verlangt, daß dann überhaupt jede Kündigung abgeschafft werde. Aber hier können wir diesen Standpunkt nicht einnehmen. Wir müssen berücksichtigen, daß der Arbeiter der wirtschaftlich Schwächere ist, daß er den größeren Schaden hat, wenn er plötzlich aus der Arbeit auf die Straße gesetzt wird. In der Praxis hat der Arbeiter schon jetzt in den meisten Fällen die Möglichkeit, wenn er die Arbeit niederlegen will, es zu thun.

Dem Antrag 71 betreffend die Arbeitszeit jugendlicher Arbeiter in Ziegeleien wird die Reichstagsfraktion Folge geben. Wir werden den schädlichen Einfluß der verlängerten Arbeitszeit dieser Klasse von Arbeitern zur Sprache bringen, und ich hoffe, daß der Bundesrat die Verordnung vom 1. Januar 1894 wieder aufhebt, zumal da auch in Beamtenkreisen die Meinung verbreitet ist, daß die verlängerte Arbeitszeit auf die jugendlichen Ziegeleiarbeiter schädlich wirkt. Unsere Fabrikinspektoren, namentlich in Preußen, wo sie zugleich Rektoren sind, haben leider nicht genug Zeit, den Betrieb zu überwachen. Die Art des Betriebes ermöglicht es, schon vorher zu sehen, wenn ein Fabrikinspektor sich naht. Kommt dann der Beamte, so ist alles in Ordnung, er findet keine Gesetzesübertretung vor. Kaum aber hat er den Rücken gekehrt, da geht die alte Geschichte wieder los.

Die Resolution 73 gehört zu denen, die auf Grund der Vorschläge von Parvus entstanden sind. Der darin verlangte ständige Ausschuss der Fraktion für Arbeiterschuttschussgesetzgebung ist in der allein möglichen Form bereits vorhanden. Bereits jetzt tritt in der Fraktion eine Theilung der Arbeit ein. Sobald wir unsere Thätigkeit beginnen, vertheilen wir den Arbeitsstoff unter uns und wählen, wenn es nöthig wird, Unterabtheilungen. Haben wir juristische Angelegenheiten vor uns, so wenden wir uns an unsere Juristen; beschäftigen wir uns mit Arbeiterschuttschussfragen, so wählen wir eine Unterkommission, die das Material sammelt und die Arbeit vorbereitet. Das wird auch in Zukunft geschehen. Wenn die Resolution aber verlangt, daß der ständige Ausschuss seine Thätigkeit auch außerhalb der Fraktion entfaltet, daß er eine besondere Aktion für den Achtstundentag u. s. w. inszenirt, daß er rednerische Kräfte für diese Agitation wirbt, so traut dies Verlangen dem gewünschten Ausschuss geradezu Zauberkraft zu. Woher soll er mehr rednerische Kräfte wehnen, als schon jetzt in der Agitation thätig sind. Schon jetzt wird alles gethan, was sich in dieser Richtung nur thun läßt. Regelmäßig werden Agitationskuren durch Deutschland veranstaltet. Wer den Wunsch hat, einen Reichstags-Abgeordneten als Redner zu erhalten, wendet sich an den Fraktionsvorstand. Täglich bekommt er ein Duzend derartiger Lebensbriefe. (Geltend.) Mehr als jetzt geschieht, kann der ständige Ausschuss auch nicht leisten. Wo ist der Beweis, daß wir nicht unsere Schuldigkeit bisher gethan haben? Wir können viel eher von uns sagen, daß wir mit Arbeit überhäuft sind, als daß wir auf der Wärendung liegen. Wenn man dann weiter vom Ausschuss verlangt, Flugblätter, Broschüren abzufassen, das ganze Material über Arbeitszeit,

Lohn, Hausindustrie und die sonstigen Arbeiterverhältnisse in Deutschland und im Ausland zu beachten und die periodische amtliche Statistik zu verfolgen, so weist man ihm die Tätigkeit eines Arbeitersekretariats zu, wie es in der Schweiz besteht. Wenn der Ausschuss sich als Arbeitersekretariat konstituieren wollte, was bliebe ihm da noch für seine übrigen Aufgaben übrig; wie sollte er die Kräfte zentralisieren, wie sollte er da noch agieren können? Anfänge werden ja auch schon bei uns gemacht, solche Institutionen zu schaffen wie in Nürnberg; aber dergleichen läßt sich nicht einpflanzen, kann sich nur organisch entwickeln, wo die Kräfte und Bedingungen vorhanden sind. Was Gutes in dem Antrag ist, eine Teilung der Arbeit in der Fraktion, das haben wir jetzt schon. Aber das andere, eine Tätigkeit auch außerhalb der Fraktion, ist unbrauchbar.

Zum Antrag 78 betr. den Achtuhr-Ladenschluß, beantragen wir folgende Resolution:

Der gesetzliche Achtuhr-Ladenschluß, wie ihn die Reichskommission für Arbeiterstatistik vorschlug, ist nur ein durchaus ungenügendes Verbot der Nachtarbeit und entspricht keineswegs den berechtigten Ansprüchen der im Handelsgewerbe beschäftigten Personen. Da aber deren kapitalistische Gegnerschaft dieses bishigen Arbeiterschutzes verweigert, weil angeblich durch ihn die Interessen der tausenden, besonders der arbeitenden Bevölkerung benachteiligt würden, erklärt der Parteitag, daß die Arbeiter für die Forderung der im Handelsgewerbe beschäftigten Personen eintreten, die Einführung des gesetzlichen Achtuhr-Ladenschlusses als keine Schädigung ihrer Interessen betrachten und selbstverständlich für den Schutz jeder Arbeiterkategorie eintreten.

Der gesetzliche Achtuhr-Ladenschluß, der jetzt dem Bundesrat vorgelegt ist, ist ein ganz ungenügender Schutz und enthält für alle die, die nicht als Kommu beschäftigt sind, eine große Schädigung, da für diese Leute Ausnahmestimmungen zugelassen sind. Diese Verfüzung ist nicht weiter, als eine Verwässerung des Arbeiterschutzes, und nur eine ganz geringe Abschlagszahlung. Aber getreu unseren Grundsätzen nehmen wir auch die geringste Abschlagszahlung an. Wir haben dies Prinzip bei der Bäckereiverordnung des Bundesrats befolgt, wir werden es auch hier befolgen, wenn wir auch überzeugt sind, daß der den Handelsgewerbetreibenden gewährte Schutz nur minimal ist. Und dabei bringen die Kapitalisten noch das Demagogienstück fertig, sich in den Mantel der Arbeiterfreundlichkeit zu hüllen und zu sagen, es liegt nicht im Interesse der Arbeiter, wenn die Läden um 8 Uhr geschlossen werden. Kein einziger Arbeiter, gleichviel in welchem Beruf er tätig ist, erblickt in dem frühzeitigen Ladenschluß eine Schädigung seiner Interessen. Wir können darauf hinweisen, daß in Württemberg der Achtuhr-Ladenschluß schon existiert, daß eine Anzahl von Konsumvereinen ihn eingeführt haben und die Arbeiter, die es getan haben, damit zufrieden sind. Selbstverständlich bringt der Kapitalismus mit seinem Egoismus und seinen Rücksichtslosigkeiten in der Uebergangszeit Unbequemlichkeiten und Schädigungen einzelner mit sich. Wir treten aber für die gemeinsamen Interessen der Arbeiter im Arbeitsmittel und der Arbeiter in Brot und Glacehandlungen ein. Das Verhalten der Prinzipale, die auch die bescheidensten Forderungen verweigern, wird hoffentlich die Handlungsgehilfen von ihrem Kastendünkel, in dem sie sich zum großen Teil jetzt noch befinden, befreien und sie lehren, daß sie nur ohne Kompromisse, ohne Verschönerung und Rechnungs-träger gegenüber dem Unternehmertum ihre Lage bessern können und zwar durch eine straffe Organisation, durch die sie sich auf denselben Boden stellen, wie die andere Arbeiterschaft. Die organisierten Handlungsgehilfen haben die Vorschläge der Reichskommission für Arbeiterstatistik zurückgewiesen und weitergehende Forderungen gestellt.

Für den Antrag 80 scheint niemand die Vertretung übernehmen zu wollen. Ich glaube, ohne größere Diskussion werden Sie ihn ohne weiteres ablehnen. Wir sollen nach diesem Antrage zur besseren Wehrfähigkeit eine Organisation schaffen, in der die direkten Selbstunterstützungen möglichst in Wegfall kommen und statt deren produktive Arbeit als Unterstützung tritt. Sollen das etwa Produktivgenossenschaften sein? Oder Arbeiterkolonien (Weiterkeit und sehr gut!), in denen wir den gemäßigten Genossen Unterkunft schaffen? Oder sollen die Genossen dem Arbeiter, der sich eine neue Existenz als Händler, als Handwerker schafft, durch Bezug der Waaren unterstützen? Letzteres hat noch am meisten für sich; denn es ist Tatsache, daß es an solcher Unterstützung durch die Genossen noch vielfach mangelt. Die Frage der Produktivgenossenschaften noch zu erörtern, ist auf diesem Parteitag nicht möglich. Unter der jetzigen kapitalistischen Ordnung können die Produktivgenossenschaften kein Kampfmittel für die Arbeiterbefreiung, kein programmatisches Kampfmittel für unsere Forderungen sein. (Beifall.)

Der Antrag 81 betr. Einschüzung einer Kommission zur Sammlung von Material ist zu allgemein. Das Material wird von unserer Presse gesammelt, und wenn es ersichtlich darum zu tun ist, dem steht das Material zur Verfügung. Wenn sich jemand der Mühe unterzieht, das Material zu sichten und zu veröffentlichen, so wird er sich damit den Dank der Partei erwerben. Dem Standpunkt, den wir stets vertreten haben, habe ich Ausdruck gegeben in der Resolution.

102. Der Parteitag erklärt: Die Agitation für den gesetzlichen Arbeiterschutz war und ist eine der wichtigsten Aufgaben der sozialdemokratischen Partei, wie sie dies bereits in ihrem Programm und in den Resolutionen der nationalen und internationalen Kongresse wiederholt ausgesprochen hat. Auch fernerhin wird sie ihre Kraft einsetzen, um durch die politische wie durch die gewerkschaftliche Agitation den gesetzlichen Achtstundentag zu erkämpfen und das Arbeiterrecht zu einem Bollwerk gegen kapitalistische Ausbeutung zu gestalten.

Ich bitte Sie, diese Resolution anzunehmen. Wir wissen, daß wir die Zukunft nur erreichen können, wenn wir in der Gegenwart kämpfen. Wir müssen unsere wirtschaftliche Lage und unsere politische Macht stärken. Das kann aber nur erreicht werden, wenn wir bei jeder Gelegenheit auf dem Posten sind und überall unsere Forderungen vertreten. Dazu gehört der Arbeiterschutz, für den wir eingetreten sind, und für den wir auch ferner agieren werden, so lange wir leben. (Lebhafte Beifall.)

Zu der Resolution 103 „Der gesetzliche...“ liegen zwei Amendements vor. Das erste von Adler-Halberstadt verlangt, an das Ende des ersten Satzes hinter „Personen“ folgende Worte einzuschalten: „auf Verkürzung der Arbeitszeit.“

Von demselben Antragsteller rührt das zweite Amendement her:

Am Schluß der Resolution 103 wird folgender Satz hinzugefügt:

„Deshalb erwartet der Parteitag von der Fraktion bei jeder geeigneten Gelegenheit energisches Eintreten für die Herbeiführung des gesetzlichen Achtuhr-Ladenschlusses als eines Schrittes zur weiteren Verkürzung der Arbeitszeit.“

Außerdem beantragen M o l k e n b u r h und Genossen:

Der Parteitag wolle unter Annahme der Resolution 102 und 103 sämtliche zu diesem Punkte gestellten Anträge für erledigt erklären.“

Eine Anzahl Genossen beantragen:

Die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion wird beauftragt, dem Reichstag einen Antrag auf obligatorische Einführung der Gewerbegerichte vorzulegen.“

S i n g e r: Diesen Antrag werden die Genossen wohl zurückziehen, wenn sie hören, daß die Fraktion einen Antrag auf obligatorische Einführung der Gewerbegerichte bereits eingebracht hat. Da kein Widerspruch erfolgt, erkläre ich den Antrag für erledigt. Die übrigen Anträge und Amendements stehen mit zur Debatte.

Die Diskussion wird eröffnet.

A d l e r - H a l b e r s t a d t: Im Antrag 72 finde ich eine alte

Liebe von mir (Weiterkeit), die Beseitigung der Gesinde-Ordnung. Da diese Forderung aber mit anderen verknüpft ist, die meiner Ansicht nach abgelehnt werden, beantrage ich gesonderte Abstimmung. Nun zu meinen Amendements.

Das Ideal des Achtuhr-Ladenschlusses ist der Achtstundentag. (Widerpruch.) Gerade die Handelsgewerbetreibenden gehören zu den begünstigsten aller Arbeiter. Wie verkürzt man nun ihre Arbeitszeit? Ihre Organisationen sind zu schwach, um eine Verkürzung der Arbeitszeit durchzusetzen. Der einzige Weg zu dieser Verkürzung ist der Achtuhr-Ladenschluß. Das ist eine ungenügende Forderung, und doch hat sie augenblicklich wenig Aussicht auf Verwirklichung, nachdem Verleß sich gegangen ist. Sein Nachfolger wird wohl mehr auf die Stimme der Unternehmer, als auf die schwache Stimme der Kommu und Hausindustrieller hören. Mit um so größerem Nachdruck muß diese Forderung von uns erhoben werden. Erstens läßt der Achtuhr-Ladenschluß ein klein wenig die Arbeitszeit. Zweitens verringert er die Schaar der Unbeschäftigten im Handel, weil durch ihn die Einkaufszeit in den Geschäften zusammengeändert wird und die Prinzipale die Intensivität der Angestellten nicht steigern, sondern mehr Kräfte einstellen müssen. Drittens ist der Achtuhr-Ladenschluß ein Heilmittel für die Verleßten und Lauffenden. Aber er liegt auch im Interesse der allgemeinen Arbeiterbewegung. Noch schließen viele Fabriken um 8 Uhr oder noch später. Sind die Geschäfte um 8 Uhr geschlossen, so empfinden die noch indifferenter Arbeiter den Schaden ihrer langen Arbeitszeit besonders empfindlich. Ein Keil treibt den anderen. Zweitens wird der Achtuhr-Ladenschluß einen früheren Schluß der Arbeitszeit am Sonnabend oder wenigstens die Freitag-Lohnzahlung herbeiführen. Das sind auch kleine Vorteile. Mit der Achtuhr-Ladenschluß-Diga, mit dem Arm in Arm gehen der vorgeschrittenen Elemente der Handelsgewerbetreibenden mit reaktionären Handelsgewerbetreibenden bin ich nicht einverstanden. Dies Rudel muß nicht weiter vordringen.

Die Resolution Wurm's entspricht meinen Anforderungen nicht. Da ich es aber für falsch halte, eine vollständig neue Resolution einzubringen, so habe ich mich mit dem Amendement begnügt. Es wird in der Resolution gesagt, daß der Achtuhr-Ladenschluß nur ein ungenügendes Verbot der Nachtarbeit ist; es ist aber auch eine Verkürzung der Arbeitszeit, freilich nur eine ungenügende, und dieser Ansicht gebe ich in meinem Amendement Ausdruck. Auch der Schlußsatz der Resolution gefällt mir nicht; der Parteitag erklärt darin, daß die Arbeiter für die Forderung der im Handelsgewerbe beschäftigten Personen eintreten, die Einführung des gesetzlichen Achtuhr-Ladenschlusses als keine Schädigung ihrer Interessen betrachten und selbstverständlich für den Schutz jeder Arbeiterkategorie eintreten.

Ja, den Arbeiter möchte ich mal sehen, der nicht für den Schutz jeder Arbeiterkategorie eintritt. Die Resolution geht mir nicht weit genug, ich will, daß der Parteitag auch ein bestimmtes Vertrauen zu der wirklichen Vertretung der Arbeiter ausspricht, und deshalb sage ich in meinem zweiten Amendement, daß der Parteitag von der Fraktion bei jeder geeigneten Gelegenheit energisches Eintreten für die Herbeiführung des gesetzlichen Achtuhr-Ladenschlusses als eines Schrittes zur weiteren Verkürzung der Arbeitszeit verlangt. Ich bin nicht unbescheiden, ich fordere nicht, daß die Fraktion sofort losgeht, wenn sie aber losgeht, dann muß es energisch geschehen. Ich weiß sehr wohl, daß der Achtuhr-Ladenschluß so bald nicht Gesetz wird, und wenn er Gesetz wird, dann ist auch noch nicht viel erreicht. Der Vorteil liegt darin, daß wir die Handlungsgehilfen, wenn wir sie erst für den Achtuhr-Ladenschluß gewonnen haben, auch noch weiter bringen, und — (Stoße des Präsidenten) — ich bin gerade fertig. (Große Weiterkeit.)

L e u e r t - A p o l d a: Die Anträge werden, auch wenn sie abgelehnt werden, doch der Reichstagsfraktion der Kapitalistenklasse gegenüber einen starken Rückhalt geben. Sie legen Zeugnis ab für das Verlangen der großen Massen des Volkes. Zahlen beweisen, daher müssen immer und immer Erhebungen über Arbeitszeit, Arbeitslohn, Arbeitslosigkeit angestellt werden — nicht nur gelegentlich und teilweise, wie bei der Zählung vom 2. Dezember 1895, sondern so, daß der kapitalistischen Klasse ein Spiegelbild der Verhältnisse vorgehalten wird. In der Textilindustrie ist die aufsteigende Konjunktur nicht vorhanden. Die Entwicklung und die Verhältnisse zu beleuchten, muß unsere Aufgabe sein; aber wir dürfen nicht solche Forderungen stellen, wie in dem unerhörten Antrage 80 mit seinen unklaren Forderungen von der Produktivität. Wer solchen Antrag stellt, müßte doch erst etwas länger in der Bewegung stehen und vor allem sie etwas mehr begreifen haben.

S i c h o r n - D r e s d e n: Die aufsteigende Konjunktur besteht, wenn auch einige Genossen sie jetzt leugnen wollen, und die Gewerkschaften müssen sie sich zu nahe machen. Bisher haben sie ihre Kämpfe doch zum Teil in sehr planloser Weise geführt, und das wollen wir ändern. Der Berliner Gewerkschaftskongress hat seine Aufgabe nicht erfüllt. Hinsichtlich der Frankfurter Vorschläge stimme ich Wurm zu; aber die Parvus'schen Vorschläge, denen wir Dresdener Genossen uns angeschlossen haben, habe ich zu vertreten. Die Agitation für den Achtstundentag wird bis jetzt eigentlich nur bei der Maisfeier betrieben, sonst aber im ganzen Jahre geschieht dafür sehr wenig. Wir wollen eine umfassende, planmäßige Agitation, wenn ich auch den Punkt aus unserem Antrage preisgeben will, der den Achtstundentag zum Stichwort bei Reichstags-Auflösungen machen will. Mit spezialisierten Vorschlägen, wie Einführung des Achtstundentages in Staatsbetrieben, kann man doch sehr viel erreichen. Wenn ich die Notwendigkeit der Zwitterstellung zwischen politischer und gewerkschaftlicher Bewegung mit dem Genossen Wurm auch anerkenne, so meine ich doch, daß die Gewerkschaften bestimmte Direktiven für Kämpfe nach gewissen Richtungen hin beschließen; bisher wurden bei einzelnen Streiks die Kräfte vielfach auf Einzelheiten zerpflegt und die Hauptsache aus dem Auge gelassen. Wir wollen ferner einen Ausschuss aus der Fraktion gebildet haben, nicht um neues zu schaffen, sondern die bisherige Tätigkeit auszubauen, damit mehr geschieht als bisher. Das wird aber durch die Resolution, die Wurm vorschlägt, in keiner Weise erreicht. Ich muß sagen, mich hat ebensowenig wie sein Referat die Resolution bedrückt. (Sehr wahr!) Ich hatte erwartet, sie würde wenigstens viele Worte enthalten und gar nichts sagen; statt dessen enthält sie aber wenig Worte und sagt erst recht nichts. (Weiterkeit.)

S t a d t h a g e n: Ich bitte Sie, die beiden Resolutionen Wurm anzunehmen, aber das Amendement Adler, in welchem gefordert wird, daß der Parteitag den Achtuhr-Ladenschluß für eine Verkürzung der Arbeitszeit erklärt, abzulehnen. Was ist denn an dem Vorschlag an den Bundesrat dran? Die Läden sollen nur von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends offen gehalten werden dürfen, es sollen die Handelsgewerbetreibenden nur eine halbe Stunde nach acht Uhr beschäftigt werden dürfen. Die Maximalarbeitszeit würde also 15 1/2 Stunden betragen, und das nennt Genosse Adler eine Verkürzung der Arbeitszeit! Dazu kommt, daß die, die als Vater verwendet werden, zu den Arbeiten herangezogen werden dürfen, die vor Eröffnung oder nach Schluß vorgenommen werden müssen, um den regelmäßigen Betrieb des Geschäfts zu ermöglichen. Jedoch soll die ununterbrochene Ruhe mindestens neun Stunden betragen. Wollen Sie wirklich, daß ein sozialdemokratischer Parteitag erklärt, daß er in diesem Vorschlag eine Verkürzung der Arbeitszeit erblickt? Was in der Resolution Wurm vorgeschlagen ist, ist genügend. Die Handelsgewerbetreibenden können nicht mehr verlangen, als daß die althergebrachte Behauptung der Gegner des Achtuhr-Ladenschlusses, die Arbeiterwelt sei dagegen, in energischer Weise zurückgewiesen wird. Aber wir müssen uns vor einer Ueberschätzung hüten, es gibt in Deutschland Orte, wo der Siebenuhr-Ladenschluß besteht, und da sollen wir die 15stündige Arbeitszeit als eine Verkürzung mit Freuden begrüßen! Dann müßte ja auch die Fraktion jetzt beim Handelsgesetzbuch nicht für unser Programm, sondern für diese geringe

Forderung eintreten. Was die Ausführungen des Genossen Sichorn betrifft, so halte auch ich eine kräftige Agitation für den Achtstundentag für wünschenswert, aber wir können auch nicht darüber abstimmen, ob ein geschäftlicher Ausschuss besteht oder nicht. Ich persönlich bin der Ansicht, daß auf vielen Gebieten ein geschäftlicher Ausschuss besteht, nicht aber auf dem Gebiet der Textil-Industrie. Wir können also den in der Textil-Industrie beschäftigten Arbeitern nicht zurufen: Jetzt ist ein Ausschuss da, nun mal los und für den Achtstundentag eingetreten! Die Einschüzung eines Ausschusses zur Sammlung von Material halte ich für überflüssig, ich fürchte daraus auch Konfusionen zwischen ihm und anderen Organen der Partei. Natürlich freue ich mich, daß diese Frage überhaupt angeregt und daß der Wunsch ausgesprochen ist, es möge mehr Material von den Genossen herangeschafft werden.

Eine ganz außerordentliche Gelegenheit, für den Arbeiterschutz als solchen zu agitieren, bietet uns die Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches. Da ist der Arbeitsvertrag nicht einheitlich geregelt, und die Kommission hat eine Resolution angenommen, daß eine einheitliche Regelung stattfinden soll. Hier ist der Punkt, wo die Parteipresse und die einzelnen Genossen mitwirken können, denn diese Frage ist aktuell. Wir müssen uns doch darüber klar sein, daß wir die Forderungen unseres Programms nicht so nebenher aufgestellt haben, sondern aus der Erkenntnis der wirtschaftlichen Zustände heraus. Das charakteristische unserer heutigen kapitalistischen Produktionsweise ist ja, daß der Arbeiter seine Arbeitskraft als Waare für einen fremden Betrieb verkauft, und von diesem Grundlag, den wir alle unterschreiben müssen, müssen wir bei der Betrachtung von Arbeitsverträgen, Arbeitsrecht und Arbeiterschutz ausgehen. Wenn ich Verkäufer meiner Arbeit bin, so muß ich persönlich frei sein, der Arbeiter darf nicht persönlich gebunden sein; beim Arbeitgeber hingegen ist das nicht nötig, weil ja dessen persönliche Freiheit dadurch nicht beeinträchtigt wird. Aus der wirtschaftlichen Konjunktur folgt nur, daß der Arbeitnehmer jeden Augenblick den Vertrag lösen kann, und nicht, daß die Kündigungsfrei überhaupt aufgehoben wird. In der Konkurrenzkauf, im Schwahsystem und in vielen anderen liegt eine Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit. Der Arbeiter muß frei sein, er muß freies Koalitionsrecht haben, wenn er seine Arbeitskraft verkaufen soll. Wir haben, abgesehen von diesen allgemeinen Erfordernissen, auch damit zu rechnen, daß der rechtlich freie Kapitalist noch nicht frei ist, und deshalb verlangen wir schon vom heutigen Staat, daß er bestimmte Forderungen macht, die durch freie Vereinbarungen nicht verhindert werden dürfen. Dazu gehört vor allem die gesetzliche Reduzierung der Arbeitszeit auf ein vernünftiges Maß. Kleine Ansätze zur Besserung liegen ja in der Gewerbe-Ordnung, ich weise nur hin auf die gleichmäßige Kündigungsfreiheit, auf die Bestimmungen über Lohnzahlungen, auf das Verbot der Nachtarbeit für Frauen und jugendliche Arbeiter, auf die bundesrechtlichen Bestimmungen über den Maximal-Arbeitsstag. Wir haben im Bürgerlichen Gesetzbuch manche weitergehenden Bestimmungen, wir haben z. B. durchgesetzt, daß die Verhältnisse und Läden nicht gefundenes Geschick sein dürfen. Es ist unmöglich, hier auf alle Einzelheiten einzugehen, am besten werden wir vielleicht dem Wunsch weiter Kreise gerecht, wenn wir diesen Punkt auf die Tagesordnung des nächsten Parteitagess setzen und vielleicht einen diesbezüglichen Gesetzentwurf hier debattieren. Das wäre aktuell. Die Frage, ob in einer ganz bestimmten Weise die Agitation in die Wege geleitet werden kann, können wir heute nur anregen. Das ist geschehen und ein Beschluß darüber ist unumgänglich, weil er jetzt doch nicht ausgeführt werden kann. (Beifall.)

B a u d e r t - A p o l d a: Alle Genossen haben den Wunsch, durch Arbeiterschutz ihre Lage zu verbessern, leider sind sie aber nicht eifrig genug. Gesetzesübertritten der Kapitalisten der Parteipresse und der Fraktion mitzuteilen. Dadurch kann man erreicht werden. Von einer Verbesserung der Konjunktur habe ich nichts bemerkt. Redner polemisiert gegen einen Fabrikinspektor, der in seinem Berichte behauptet, das Verlangen nach weiblichen Fabrikinspektoren sei ihm nirgends entgegengetreten und die Arbeiter führten die meisten Unfälle durch Unachtsamkeit selber herbei.

S o m e l h u r g - H a m b u r g: Sollte man das Interesse an dieser Frage nach den leerstehenden Stühlen und der großen Unachtsamkeit der Genossen beurteilen, so muß man sagen: hervorragend ist es nicht. Zum Teil mag dies an Referate liegen, dem die höheren Gesichtspunkte fehlten. Parvus hat recht. Die Agitation für den Achtstundentag sollte bisher der einheitliche Charakter. Auf die Gesetzgebung ist auf Jahre hinaus nicht zu rechnen. Im besten Falle erschließt man sich, im Laufe der Jahre den elf- oder zwölfstündigen Normal-Arbeitsstag einzuführen; die Gewerkschaften sind schon heute viel weiter und die Gesetzgebung hinkt ihnen nach. Nur auf die Gewerkschaften können wir bei der Verkürzung der Arbeitszeit rechnen, deshalb muß eine allgemeine, einheitliche Agitation für die Verkürzung der Arbeitszeit und dazu eine kräftige Propaganda für die Gewerkschaften eingeleitet werden, damit sie diese Aufgabe erfüllen können. (Zustimmung.)

Nach auf zwei andere Fragen des Arbeiterschutzes möchte ich die Aufmerksamkeit der Parteigenossen lenken. Ich meine die Unfallversicherung und die Gewerbe-Inspektion. Mit der Unfallversicherung ist es wahrhaft traurig bestellt. Die Zahlen des Reichs-Versicherungsamtes enthalten ein haarsträubendes Bild. Ich wundere mich, daß dieses ausgezeichnete Agitationsmittel von unseren Rednern nicht mehr benutzt wird. (Lebhafte Zustimmung.) Statt dessen beschäftigt man sich fortwährend mit alten, abgethanen Dingen. Ich habe eine Zusammenstellung der Unfälle in den Jahren 1888 bis 1894 vor mir. Hieran sind in dieser Zeit bei 64 gewerblichen Berufsgenossenschaften 1110442 Unfälle und bei den landwirtschaftlichen 277019 Unfälle, zusammen also 1387461 angemeldet worden. (Hört! hört!) Die wirkliche Ziffer ist dabei noch viel höher, nach meiner Schätzung um mindestens 35 pCt. Von diesen Unfällen haben nicht weniger als 36046 zum Tode des verunglückten Arbeiters geführt. (Hört! hört!) Wenn wir früher auf den Straßen Krüppel sitzen sahen, ohne Beine, ohne Arme, so konnte man annehmen, daß es Kriegsinvaliden waren; die aber, die wir heute sehen, von denen können wir mit Gewißheit annehmen, daß es Opfer der kapitalistischen Produktion sind. (Lebhafte Zustimmung.) Und dabei kann man bei der Lektüre der Berufsgenossenschaften sagen, es wäre für sie besser gewesen, wenn auch sie gleich jeden 36000 bei dem Unfall sofort ihr Leben verloren hätten. Von der Gesamtzahl der Unfälle in den sieben Jahren führten nach den Angaben der Berufsgenossenschaften 14593 zu dauernder und völliger Erwerbsunfähigkeit, 174078 zu dauernder und teilweiser Erwerbsunfähigkeit und 81455 zu vorübergehender Erwerbsunfähigkeit der Verletzten. (Hört! hört!) 22662 Wittwen mit 45929 Kindern waren zu unterstützen. (Hört! hört!) Und diese Unterstützung ist absolut unzulänglich. Das allerditteste Glied verlor sich in diesen Zahlen. (Sehr wahr!) Und diese Zahlen sollten in der Agitation verhandelt werden. Nun haben die Berufsgenossenschaften ja Unfallversicherungskorristen erhalten. Aber werden sie befolgt? Wir haben Konflikt, daß sich im Baugewerbe 75 pCt. der Unternehmer um diese Vorschriften nicht kümmern. Selbst Vertrauensleute der Berufsgenossenschaften haben die Vorschriften nicht durch Ausschuss den Arbeitern zur Kenntnis gebracht. (Hört! hört!) Deshalb kümmern sich die Berufsgenossenschaften nicht um die Befolgung ihrer Vorschriften, die doch in ihrem Interesse zu liegen scheint. Aber das kapitalistische Interesse ist stärker. Eine recht energische Agitation zur Beseitigung dieser Mißstände muß entfaltet werden.

Vorausichtlich hat sich der Reichstag in nächster Zeit mit der Novelle zur Unfallversicherung zu beschäftigen. Gewiß wird unsere Fraktion alles thun, um die trassen Zustände, wie

se jetzt bestehen, zu beseitigen. Wenn wir ihr aber nicht durch eine grobartige Agitation, durch Mittelschaltung aller Lebensstände zu Hilfe kommen, dann wird sie nicht viel gegen ihre kapitalistischen Gegner erreichen. (Sehr wahr!) Verdreht doch diese Gesellschaft — so frech ist sie — sogar, daß die Arbeiter in der Mehrzahl der Fälle selber Schuld an den Unfällen sind (Hört! hört!) —, sogar daß sie selber die Unfälle herbeiführten, um Reichrentner zu werden! (Hört! hört! und lebhafter Beifall.)

Zu gleicher Zeit könnte es nicht schaden, wenn man in der Agitation die §§ 334a und 194 in Erinnerung bringen und sagen würde: so lange nicht eine wirksame Kontrolle eintritt, wird die Zahl der Unfälle steigen. Von 1888 bis 1894 ist die Zahl der Unfälle um 8 pCt. gestiegen, ohne daß diese Steigerung mit der der Arbeit in den betreffenden Berufen in gar keinem Zusammenhang steht. Die Unternehmer erhöhen zwar über unser Kontrollverlangen; aber glauben Sie mir, es ist ihnen unangenehm, sie zittern vor einer Kontrolle unter Mitwirkung von Arbeitern. Die Regierung wird ihr Ohr nicht lange verschließen, sie wird schließlich Mittel und Wege der Abhilfe ergreifen müssen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Singer theilt mit, daß die italienischen Sozialisten den deutschen Genossen in internationaler Solidarität ihren Gruß geschickt haben.

Darauf tritt eine halbstündige Frühstückspause ein. Nach der Pause wird um 12<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr die Debatte über den Arbeiterschutz fortgesetzt.

Timm-Berlin: Wir haben alle Mittel und Wege zu benutzen, die uns zur Verfügung stehen, und versuchen, so viel wie möglich aus dem Gebiete des Arbeiterschutzes zu erreichen. Deshalb sind die Parvus'schen Vorschläge ganz außerordentlich anregend. Etwas anderes ist es aber mit der praktischen Ausführung, mit der Taktik. Für den Achtstundentag, gegen die Hausindustriellen-Ausbeutung und vor allem für das Koalitionsrecht müssen wir mit der größten Energie, bei jeder Gelegenheit eintreten; wir müssen dazu überall Stellung nehmen, wo es aktuell ist. Aber die Vorschläge von Parvus sind ebenjowenig durchführbar wie die Frankfurter. Es lassen sich nicht allgemeine, bestimmte Direktiven für diese Agitation geben; wir müssen uns den Einzelverhältnissen anpassen, wenn wir Erfolge erzielen wollen; wir sind ja durch Gesetze, durch viele Rücksichten eingekerkert. Man soll nicht glauben, daß nur etwas Neues gemacht, nur ein neues Organ geschaffen werden muß, damit es schneller geht. Wir haben ja schon schlimme Erfahrungen gemacht mit umfassenden Kämpfen, wo wir uns über die tatsächlichen Verhältnisse hinwegsetzten haben; hernach kam der Rückschlag und in seinem Gefolge Muthlosigkeit!

Weinheber-Hamburg: Ich schließe mich den Ausführungen des Genossen Bismelburg an und wünsche, daß das, was er erklärt, auch erreicht wird. Die Versicherungsgesetze haben noch sehr viel Mängel, auf deren Beseitigung die Fraktionen hinarbeiten soll, doch ist es nicht zu verlangen, daß die einzelnen Abgeordneten über die zahlreichen Fragen genau unterrichtet sind. Deshalb ist es Pflicht eines jeden Genossen, unsere fraktionsmitglied durch Material zu unterstützen, damit wirklich etwas Gesprochenes zustande kommt. Nehmen Sie die Resolutionen an, sie sagen gerade das, was erforderlich ist.

Hl. Waaber: Die Forderung nach dem Achtstundentag schließt ich noch von einem anderen Gesichtspunkt aus. Den kaufmännischen Angestellten ist es wegen ihrer langen Arbeitszeit gar nicht möglich, sich zu organisieren. Der Achtstundentag gewährt ihnen diese Möglichkeit in etwas und schon deshalb müssen wir dafür eintreten. Unser Ziel muß sein, einen Arbeitsertrag zu schaffen, der den Arbeiter nicht verhinert, von seinem gesetzmäßigen Rechte (Koalitionsfreiheit) Gebrauch zu machen, wie es jetzt die Verquickung der Mietkontrakte für Arbeiterwohnungen mit dem Arbeitsertrag in den Kohlenrevieren zum Beispiel bewirkt. Hieraus müssen wir unsere Aufmerksamkeit mehr als bisher lenken. In das Gebiet des Arbeitsvertrages schlägt auch eine Forderung, die die Hausindustrie berührt und für die Auffklärung der Arbeiterinnen von großer Bedeutung ist. Es ist die Forderung, daß die Unternehmer gesetzlich verpflichtet werden, alle Arbeitsmittel und das ganze Arbeitsmaterial selber zu stellen. Jetzt geben die Näherinnen beispielsweise 38 pCt. ihres Lohnes für Anlagen aus. Dadurch wird für sie ihr niedriger Lohn verschleiert; sie glauben, besser dazustehen, als es tatsächlich der Fall ist. — Derartige Anregungen zu geben, ist die Aufgabe des Parteitag.

Quard: Es ist bereits ausgesprochen worden, daß das dem Genossen Wurm in letzter Stunde aufzubringende Referat nicht befriedigte. Es fehlten die allgemeinen Gesichtspunkte. Genosse Wurm hätte auch mehr auf die vorliegenden Anträge Rücksicht nehmen sollen, die sich in zweifacher Richtung bewegen, einmal auf die Ausdehnung des Arbeiterschutzes auf die Hausindustrie und die Staatsverhältnisse, und andererseits darauf, daß eine ganze Reihe einzelner Berufs mit Arbeiterschutz versehen wird. Ich erlaube mir einen Hinweis dafür, daß wir immer mehr auf einen Spezial-Arbeiterschutz für einzelne Branchen kommen. Wir müssen bei der Erörterung des Arbeiterschutzes von einem höheren Gesichtspunkte ausgehen, auf dem schon Bebel bei der Gewerkschaftsdebatte in Frankfurt hingewiesen hat. Bebel meinte damals, daß die Wirksamkeit der Gewerkschaften durch die soziale Gesetzgebung wesentlich eingeschränkt ist. Aber gerade das Umgekehrte ist richtig, gerade dadurch sind den Gewerkschaften ganz neue Aufgaben zugefallen, da sie jetzt die soziale Gesetzgebung viel sorgfältiger als bisher zu kritisieren haben. Es ist falsch, daß die Aufgabe, Vorschläge zur Verbesserung der sozialen Gesetzgebung zu machen, der politischen Bewegung überlassen bleiben soll. Nein, gerade derjenige, der fortwährend auf der Lauer steht, um Lücken in dem Gesetz zu entdecken, ist auch am besten in der Lage, diese Lücken auszufüllen. Es ist gar nicht nöthig, erst neue Organisationen für diese Aufgaben zu schaffen, diese Organisationen bestehen bereits, sie sind entstanden aus dem naturwüchsigen Bedürfnis der Arbeiter heraus und nicht durch einen Epinitäter. Sie mögen scheitern, Sie mögen! (Fischer: Es scheitert ja niemand. — Große Heiterkeit.) Ich habe ja zu neuen, besseren Vorschlägen aufgefordert, aber abgesehen von dem Vorschlag von Parvus und abgesehen von einem Vorschlage des Genossen Volz auf Schaffung einer gewerkschaftlichen Korrespondenz für die Gewerkschaftsblätter ist mir nichts zu Ohren gekommen. Die Gewerkschaften sollten zunächst in Provinzialverbänden Fühlung nehmen, bis ein größerer Zusammenhalt, zu dem das Bedürfnis vorliegt, sich herausgebildet hat. Die österreichischen Gewerkschaften stehen auf demselben Standpunkt.

Singer (den Redner unterbrechend): Es handelt sich hier nicht darum, die Stellung der Gewerkschaften als solche zu behandeln. So weit die Vorschläge des Redners mit dem Arbeiterschutz zusammenhängen, habe ich ihn reden lassen, aber über die Gewerkschaften können wir hier nicht diskutieren.

Quard (fortfahrend): Die österreichischen Gewerkschaften besaßen sich neben der politischen Partei auf das intensivste mit dem Arbeiterschutz, und es ist niemals zu Koalitionen gekommen. Es ist also kein Grund vorhanden, dies Gespenst heranzubeschwören. Ich schließe mich im übrigen vollständig den Anregungen des Genossen Bismelburg an, die sich ja mit den Frankfurter Vorschlägen im wesentlichen decken. Eine Zersplitterung wird dadurch nicht hervorgerufen, im Gegenteil, es wird eine größere Einheitlichkeit entstehen.

Mollenhuber: Es ist eine nicht neue Erscheinung im wissenschaftlichen und politischen Leben, daß jemand glaubt, mit einem Schlage alle Uebel aus der Welt zu schaffen. Genau so wie die sozialistischen Utopisten aus dem Anfang dieses Jahrhunderts, glauben auch jetzt manche Leute, ein Universalmittel zu finden; und wenn man ungläubig dagegen ist, dann wird man für lässig gehalten. Wenn die Sache nicht vor-

wärts gehen will, dann ist immer einer daran Schuld, natürlich nicht aus den Reihen der Utopisten. Als die Gewerkschaften zur Zeit des wirtschaftlichen Niederganges nicht vorwärts kamen, sollte die Sozialdemokratie daran Schuld sein. Jetzt macht Genosse Parvus den Gewerkschaftlern den Vorwurf, nicht auf dem richtigen Wege zu sein. Ja, wenn sie keine Broschüre schon auf dem Berliner Gewerkschaftskongress gehabt hätten, dann, so glaube er wohl, wäre das Ergebnis befriedigender gewesen. Die Parvus'sche Resolution glaubt auch mit einem Schlage den Achtstundentag erreichen zu können. Ihre Vorschläge klingen ja recht radikal; im Grunde genommen sind sie aber gerade das Gegenteil davon. Wir haben als Sozialdemokraten für die Vergeßlichkeit der Produktionsmittel einzutreten; setzen wir ein Loch zurück, werfen wir uns mittels der Gewerkschaftsbewegung, die auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft die Lage des Arbeiters zu verbessern sucht, anschließend auf die Erreichung des Achtstundentages, dann sind wir eine soziale, bürgerliche Reformpartei, von der die bürgerlichen Parteien ja schon längst träumen, — dann danken wir aber auch als politische Partei ab. Wenn man eine solche Kritik hört, wie die des Genossen Bismelburg, die übrigens ganz vorzüglich war, wenn man da sagt, das muß getan werden und das, dann fragt man sich: ja, weshalb hast du das nicht getan. Wie der Kritik der Unfallversicherung, mit einer Agitation im umfassenden Maße zur Aufdeckung der Schäden der Unfallversicherung ist es kein leichtes Ding. Eine solche große Bewegung läßt sich nicht einfach dekretieren, oder erst dann, wenn die gesamte Arbeiterschaft in den Gewerkschaften organisiert ist und die Organisationen eine solche Macht besitzen, daß sie alles an Schnürchen haben. Daran aber hapert es gerade bei den meisten Gewerkschaften. Es müge uns doch zunächst gefagt werden, wie wir die Massen in die Organisation hineinzubringen. Ohne dies läßt sich nicht dekretieren: die große Bewegung wird nun gemacht und im nächsten Jahr ist sie da! Da will man sich setzen, und wenn es zur Ausführung kommt, wird man geschoben.

Genossin ist es Aufgabe der Sozialdemokratie, für den Arbeiterschutz zu sorgen, gewiß ist es Aufgabe jedes Klassenbewußten Arbeiters, die Gewerkschaften zu stärken, aber wir dürfen nicht ein Stück Sozialismus herausgreifen, sondern müssen unsere ganze Aufgabe in Augen behalten. Durch Vorschläge wird an dem Verlauf der Dinge nichts geändert. Deshalb bleiben solche Vorschläge, die im stillen Kämmerlein geboren werden, immer auf dem Papier stehen. Durch einen Kongressbeschluss läßt sich nicht die ganze Welt auf den Kopf stellen. Und deshalb habe ich beantragt, alle Anträge durch Annahme der Wurm'schen Resolution für erledigt zu erklären. (Bravo.)

Dahleu-Halberstadt: Wenn es nur darauf ankäme, radikale Anträge anzunehmen, um das Ziel, das man sich gesetzt hat, zu erreichen, würden wir es ja sicher thun. Statt seine Kraft darauf zu verwenden, sollte man dafür sorgen, daß das bisher Erreichte gesichert bleibt, wie z. B. die Sonntagssruhe. Was nützt uns ein Ausstand, wenn eine Verkürzung der Arbeitszeit erreicht wird, dauben aber, um ein paar Pfennige mehr zu verdienen, am Sonntag gearbeitet wird? Das Sozialistengesetz ist gefallen; was soll man aber dazu sagen, daß der Vorstand des Holzarbeiter-Verbandes in Lauterberg am Darz sich mit dem Fabrikantenverein dahin einigt, den Preis für einen Mann, der mit Aufopferung für die Interessen der Gewerkschaft aufgetreten, der den Ausstand hochgebracht hat, zu zwingen, binnen vierzehn Tagen außer Landes zu gehen! Es ist das eine Schmach!

Singer: Ich muß namens des Parteitag konstatieren, daß der Redner seine persönliche Meinung ausgesprochen hat. Wir sind hier nicht in der Lage, seine Angaben zu kontrollieren und wir können als Parteitag, das konstatieren, daß der so schwer angegriffenen Gewerkschaft gegenüber ein Urtheil nicht fällen. (Zustimmung.)

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion ist eingegangen. Singer: Wir verhandeln über eine außerordentlich wichtige Materie, über die eine ausgiebige Debatte notwendig ist. Um eine Geschäftsordnungsdebatte zu vermeiden, schlage ich vor, bis halb drei Uhr die Debatte fortzusetzen; dann kann nach der Referent sprechen und wir sind programmäßig um 3 Uhr mit diesem Punkt der Tagesordnung fertig. (Zustimmung.)

#### (Privatdepeschen des „Vorwärts“)

Schmalfeld-Bremerhaven: Die Lage der im Schiffbau beschäftigten Arbeiter ist eine traurige. Wir haben dort sogenannte feste und lose Gänge; bei ersteren, die aus älteren Arbeitern bestehen, ist eine tägliche Arbeitszeit von 18 Stunden nicht selten (Hört!), obgleich genug junge Arbeiter vorhanden sind, die sie ablösen könnten. Noch schlimmer sind die Seelente daran, die vollkommen der Willkür der Aheber und Kapitäne preisgegeben sind, denn sobald ein Schiff den Hafen verlassen hat, ist es nur noch ein großes Fragezeichen. Man weiß nicht, was aus ihm passiert. Und wie werden solche Fälle, die zur Kenntnis des See-Amts gelangen, abgehandelt. Ein Mann springt über Bord, natürlich nicht aus Wollust, sondern weil er die Arbeit und die Behandlung nicht ertragen kann. Das See-Amt kommt zu dem Schluß, es liegt kein Verschulden der Vorgesetzten vor, es hat nicht festgestellt werden können, was den Mann dazu veranlaßt hat. So wurde, um nur ein Beispiel zu erwähnen, auf einem Schiff ein Matrose in geradezu unmenschlicher Weise behandelt; den rohen Patron von erstem Steuermann hat sein Schicksal ereilt, er wurde zu acht Jahren Zuchthaus verurtheilt, aber der Kapitän, der alle Brutalitäten mit angesehen hatte, wurde vorläufig auf freiem Fuß gelassen, er ging mit seinem Schiff nach Ostasien, und er hatte Glück. Wie die Chronik meldet, starb er zu rechter Zeit. Natürlich glaubte kein Mensch daran. Der zweite Steuermann, der von vornehmer Herkunft war, wurde ständisch verfolgt und als bereits der Sterbdruck hinter ihm erloschen war, fuhr er noch in einer Drochse in Bremerhaven herum. Die See-Ordnung ist nach meiner Ansicht nicht auf freie Arbeiter, sondern auf mittelalterliche Galeeren-Sklaven zugeschnitten. (Sehr richtig!) Die Reichstagsaktion wird ja zu dem jetzt endlich erscheinenden neuen Entwurf einer Seemannsordnung Stellung zu nehmen haben. Es wäre erwünscht, daß Bebel oder sonst einer sich an Ort und Stelle begibt, um sich von den Verhältnissen zu überzeugen. Die Beanspruchung ist eine mangelhafte. Man scheint oft vorher zu wissen, wenn der Reichskommissar erscheinen wird. Auch erstreckt sich die Aussicht nur auf das Meere, nicht aber auf die inneren Räume, wo ungesünder Zustände bestehen. Selbst die Kost ist auf den Schiffen eine unglaublich schlechte. Änderungen müssen unbedingt vorgenommen werden. (Beifall.)

Reiter: Als das Unfallversicherungs-Gesetz erlassen wurde, wurde mit einem wahren Feuerschein seitens der Unternehmer im Baugewerbe ein Erlaß, Druck und Anhängung von Unfallversicherungs-Vorschriften gegangen. In jeder Nummer des Innungsblattes des Vorstandesmitglied der Berliner Gewerkschaft, des „Baumeisters“ Felsch, war davon die Rede. Bald zeigte sich, woher diese Arbeiterfreundlichkeit rührte. Die Herren Unternehmer bildeten sich nämlich ein, daß mit der Anhebung recht scharfer Unfallversicherungs-Vorschriften die Unfallversicherung beseitigen können. Man würde dann dem verunglückten Arbeiter sagen können: da hängen ja die Vorschriften, weshalb hast du sie überschritten? Dadurch machte aber das Reichs-Versicherungsamt, das, wie ich anerkenne, das Vertrauen der Arbeiter einigermaßen verdient, einen Strich und verlangte nicht nur die Anhebung, sondern auch die Gewähr für eine strenge Durchführung der Unfallversicherungs-Vorschriften; da machten die Unternehmer eine Kalkulation, daß dadurch Störungen, Verzögerungen auf den Bauten erfolgen. Einige Pfennige Lohn mehr für manche Arbeiten würden gefagt werden müssen und sie zahlten lieber die Unfallkosten und entfernten wieder die Unfallversicherungs-Vorschriften. Das Unternehmertum denkt nicht

an die Knochen der Arbeiter, sondern nur an seinen Profit. Nun ist es aber die Pflicht der Arbeiter, für die Durchführung der Unfallversicherungs-Vorschriften zu sorgen. Das Material müßte der Organisation, der Partei und Fachpresse mitgetheilt werden. Leider geschieht das nur sehr selten.

Das gleiche müßte auch hinsichtlich der landwirtschaftlichen Arbeiter geschehen. (Sehr wahr!) Das verhält man immer. Je komplizierter die landwirtschaftlichen Maschinen werden, desto mehr nehmen auch auf dem Lande die Unfälle zu. Ferner müßte in bezug auf die Wohnungs- und Verhältnisse z. B. Material gegeben werden. Ich als Redakteur des Teltower „Volkblatt“ habe damit keine guten Erfahrungen gemacht.

Der Indifferentismus der Genossen muß beseitigt werden. Aber durch die vorliegenden Anträge wird das nicht erreicht. Unleugbar ist ja die gegenwärtige Konjunktur eine aufsteigende. Aber es kann trotzdem nicht gesagt werden, daß die Lage der Arbeiter, ja selbst die der Betriebsunternehmer dadurch gebessert ist. Es wird mit niedrigeren Preisen gearbeitet als früher und dadurch eine viel schärfere Anspannung der Arbeiter herbeigeführt. Der Antrag, wonach in die Forderungen jedes Lohnkampfes die Reduktion der Arbeitszeit aufgenommen werden soll, verlangt eine Unmöglichkeit. Es muß einer jeden Organisation, einer jeden Gewerkschaft überlassen werden, was sie zu fordern für notwendig hält, sonst würden wir zum großen Theil unsere Lohnbewegungen erfolglos machen. (Beifall.)

Begien-Hamburg: Die Strömung in der Partei, die dahin geführt hat, diesen Punkt auf die Tagesordnung des Parteitag zu setzen, ist zu begrüßen. Sie geht nach zwei Richtungen. Einmal sind es die Quard'schen Vorschläge, die Anlaß zu Erörterungen geben, andererseits sind es die Parvus-Artikel. Quard will die Aktion der Gewerkschaften in umfangreichem Maße auf den Arbeiterschutz, auf die Sozialpolitik lenken, Parvus will den Kampf um den Achtstundentag in den Mittelpunkt der Parteithätigkeit rücken. Was nun die Quard'schen Vorschläge betrifft, so halte ich es für absolut erforderlich, daß die Gewerkschaften das ihnen so naheliegende Gebiet der Sozialpolitik behandeln. Keine Körperschaft ist geeigneter dazu. Die Gewerkschaften müssen unbedingt Sozialpolitik treiben, dagegen bin ich nicht der Meinung, daß die Gewerkschaften Parteipolitik treiben sollen. Im wirtschaftlichen Kampfe gilt es, alle Kräfte zusammenzufassen, ohne nach dem politischen Glaubensbekenntnis des einzelnen zu fragen. Die Sozialpolitik ist ja nicht Eigentum der sozialdemokratischen Partei. Sozialpolitik kann man treiben, ohne Sozialdemokrat zu sein. Sozialpolitik treiben ja auch alle anderen Parteien, wenn auch nur nach dem Grundsatz: Wachs mir den Pelz, aber mach ihn nicht naß. Die Sozialdemokratie treibt am konsequentesten Sozialpolitik. Nach der Lage der Gesetzgebung können sich die Gewerkschaften nicht so mit Sozialpolitik befassen. Sobald sie aber mehr Bewegungsfreiheit durch Fortfall des Verbotes des in Verbindungstretens von Vereinen erhalten, werden sie sich mit oder ohne Parteitag beschluß mit sozialpolitischen Angelegenheiten befassen. Quard's Meinung, daß die Gewerkschaften schon jetzt Träger der Sozialpolitik sein können, halte ich für irrig, weil die Kartelle in einzelnen Städten zusammengefaßt sind aus den Zweigvereinen der zentralisierten Gewerkschaften, also nicht außerhalb, sondern innerhalb der Organisation stehen.

Nun zu Parvus. Die Erörterung seiner Vorschläge auf dem Parteitage halte ich für äußerst zweckmäßig. Aber daran ist nicht zu denken, daß durch eine Agitation der Achtstundentag erzwungen werden wird. Gesetze sind nach meiner Anschauung nur der Stempel auf bestehende Verhältnisse. Solange die Gewerkschaften nicht durch den wirtschaftlichen Kampf eine Verkürzung der Arbeitszeit erzwungen haben, ist an einen gesetzlichen Normalarbeitstag nicht zu denken. Die Agitation im Sinne von Parvus kann also, wenn sie etwas erreichen will, zu nichts anderem führen, als zu einer Verstärkung der gewerkschaftlichen Organisation. Auch ein wirkliches Koalitionsrecht kann, wie es in England gewesen, nur durch die Organisation erzwungen werden. Die englischen Arbeiter haben die Koalitionsfreiheit nicht erhalten, weil die gesetzgebende Körperschaft das Bedürfnis eingesehen hatte, sondern weil die englischen Arbeiter ihre geheimen Organisationen trotz des Verbotes aufrecht erhielten. Wenn die Erörterungen der Parvus'schen Vorschläge auf dem Parteitage zu einer Verstärkung der Organisationen führen, so würde ich dieses Resultat mit Freuden begrüßen. Für verkehrt aber halte ich es, etwa den Arbeitern einreden zu wollen, sie könnten durch bloße Agitation den Achtstundentag erringen. Versammlungen, Agitieren, Protestieren nützt nichts! Die Organisation ist alles!

Beims-Goslar: Wir sollten doch mehr als bisher auch an die ländlichen Arbeiter denken und energischer als bisher für den ländlichen Arbeiterschutz eintreten und gegen die Gesinde-Ordnung Front machen. Ich erinnere an den Anspruch vom vorigen Parteitage, es wäre gut, wenn wir erst ein Jugendbauernrecht unter uns hätten! Die Bewegung ist auf dem Lande längst vorhanden. Wenn auch nicht allgemeine Direktiven gegeben werden können für die Agitation auf dem Lande, so ist doch eine ausgiebige Erörterung unter den Genossen dringend notwendig. Namentlich richte ich auch einen Appell an die anwesenden Vertreter der Parteipresse.

Singer: Entsprechend unserer Verabredung ist hiemit der Schluß der Diskussion herbeigeführt; es ist vorher noch ein genügend unterfägter Antrag des Genossen Eichhorn eingegangen, der nachher mit zur Abstimmung stehen wird.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird beauftragt, besondere Anträge zu stellen auf Einführung des Achtstundentages in der Reichspost- und Reichs-Telegraphenverwaltung, bei den Reichseisenbahnen, auf den Marineversteuern, in der Reichsdruckerei, in sämtlichen Militärwerkstätten, ferner soll beantragt werden, daß die Militärverwaltung und alle anderen unter Kontrolle des Reichs stehenden Betriebsverwaltungen nur mit solchen Unternehmern Geschäftsverträge anzuschließen haben, welche ihren Arbeitern den achtstündigen Arbeitstag gewähren.

Bismelburg (persönlich): Genosse Weinheber warf mir vor, daß ich meine heutigen Vorschläge nicht schon in Hamburg gemacht habe. Wenn er die Verhandlungen in Hamburger Gewerkschaftskartell und die Berichte des „Hamburger Echo“ verfolgt hätte, so würde er wissen, daß wir uns in Hamburg schon seit zwei Jahren ernsthaft mit der Frage beschäftigt haben.

Eichhorn: Mollenhuber nannte die Dresdener Genossen und Parvus Utopisten. Ein Universalmittel sollen die Parvus'schen Vorschläge nicht sein.

Singer: Das war aber nicht persönlich. Das Schlusswort zum Arbeiterschutz hat

Wurm: Mein Referat ist mehrfach bemängelt worden; ich habe es aber nicht für nöthig gehalten, selbstverständliche Dinge vorzubringen, die täglich in der Presse erörtert werden. Mein Streben ging dahin, zu untersuchen, wie sich die gewerkschaftliche und die politische Bewegung zu der sozialen Gesetzgebung stellen hat. Mein einziger Fehler, die höhere Gesichtspunkte in meinem Referat vernicht haben, hat selbst höhere Gesichtspunkte vorgebracht. Besonders hat mich das interessiert, was Genosse Bismelburg gegen mich gesagt hat, denn das Material, was er gegen mich anführte, ist einem Artikel entnommen, den ich selbst im März im „Vorwärts“ veröffentlicht habe. (Große Heiterkeit.) In der ganzen Debatte ist nichts Neues gesagt. All die schönen Vorschläge zerfielen in nichts, wenn man sie zerprüft. Wie wenig nützlich die Ausführungen von Quard sind, hat Begien bewiesen, der den Genossen einen Arbeiterschutz überweisen will, der ihnen den Pelz wäschen, sie aber nicht naß machen soll. Wir können keinen künstlichen Unterschied zwischen Sozialpolitik und Parteipolitik machen. (Sehr richtig!) Wir sind Sozialdemokraten und

treiben deshalb soziale Parteipolitik oder parteigehähe Sozialpolitik. Wenn andere Parteien uns Palliativmittel vorschlagen, so nehmen wir natürlich, was wir bekommen können, aber wir bestehen darauf, daß wir weit mehr haben wollen, und legen uns nicht auf den Bannensprung. Die Hauptfrage für uns ist die: wie ist es möglich, durch eine neue Form der Agitation mehr Schwingung in die Sache zu bringen? Und in diesem Punkte hat die Debatte das zu Tage Geforderte, was ich bereits vorher gesagt habe, daß nämlich derartige Dinge sich nicht erzwingen lassen. Wie leicht es ist, eine Vegetation zu entfachen, haben wir ja bei der Agrarfrage gesehen, wo wir Erfolge bekommen haben, die für uns keineswegs ermuthigend waren. (Beifall und Widerspruch.) Genau so würde es uns auf diesem Gebiete gehen. Die Vorschläge von Parvus sind die einzigen, die neue Gedanken enthalten, leider aber Gedanken, die wir nicht ableiten können. Das Arbeitersekretariat ist ja für die Partei sehr wünschenswerth, augenblicklich aber können wir es noch nicht schaffen, und es wäre unpraktisch, wollten wir es aus der Fraktion heraus bilden. Vorläufig ist es uns nur möglich, unsere Presse dadurch zu unterstützen, daß die einzelnen Gewerkschaften ihre Mittheilungen über die Zustände in ihren Berufen aufnehmen lassen. Dazu brauchen wir aber keine neuen Beschlüsse; das kann auf Grund der alten Beschlüsse geschehen, wenn jeder seine Schuldigkeit thut. Mit Recht ist hervorgehoben, daß wir die Landarbeiter bei unseren Vorschlägen zu wenig berücksichtigen. Material haben wir ja in hinreichender Menge; und wenn die Genossen das annehmen wollen, so hätten sie genügenden Agitationsstoff. Die Region sehr richtig hervorgehoben hat, hat ja jede Agitation nur den einen Zweck, unsere Organisation politisch und gewerkschaftlich zu stärken. Mit dem Vorbringen von Thatsachen allein ist nichts erreicht, wenn es uns nicht gelingt, die Leute dauernd an uns zu fesseln und damit eine Macht zu schaffen.

Den Antrag Eichhorn bitte ich abzulehnen, denn wir haben schon längst davon Abstand genommen, unsere Wünsche, die nicht erreichbar sind, in Form von Anträgen vorzubringen. Es ist viel besser, wenn wir uns bei den Staatsberatungen, wo wir uns ja genügend ausprechen können, über solche Fragen verbreiten. So ist z. B. der Antrag auf Verbesserung der Kontrolle der Werkstätten von uns längst eingebracht. Er ist aber noch nicht zur Verhandlung gekommen und es wird auch nicht dazu kommen. Wohl aber war es uns möglich, bei der Debatte über die Fabrikinspektoren die Sache zur Sprache zu bringen. An der Abstimmung über den Antrag liegt uns nichts, denn wir wissen ja, daß unsere Gegner nichts davon wissen wollen. Bleiben wir beim alten! Die Fraktion wird wie bisher so auch in Zukunft bei jeder Gelegenheit für den Arbeiterschuß eintreten. Unterstehen sie uns nur mit Material und nehmen sie unsere Resolution an. In der Resolution betr. den Achtuhr-Rudenschluß habe ich zum Schluß eine reaktionelle Aenderung vorgenommen und statt „für den Schuß jeder Arbeiterkategorie“ gesagt „für diesen wie für jeden Schuß einer Arbeiterkategorie.“ (Beifall.)

Personlich bemerkt Bömelburg, daß er seine Anwesenheit nicht dem „Vorwärts“, sondern den Mittheilungen des Reichs-Versicherungsamts entnommen und erst am letzten Sonnabend ausgearbeitet hat.

Burm erwidert, daß das Material bekannt war, und daß er nicht voraussetzen konnte, daß Bömelburg erst am letzten Sonnabend das anarbeiten würde, das schon vor längerer Zeit in der Parteipresse gestanden hat.

Die Abstimmung ergibt die Annahme der beiden von Burm vorgeschlagenen Resolutionen unter Ablehnung der Amendements Adler's. Ebenso wird der Antrag Wolfendub, der Parteitag wolle durch Annahme der Resolutionen sämtliche zum Punkt Arbeiterschuß gestellten Anträge für erledigt erklären, mit großer Mehrheit angenommen.

Damit ist dieser Punkt erledigt. Eingegangen ist ein Begrüßungstelegramm der sozialdemokratischen Partei Kroatiens. Schluß 8 Uhr.

Aus geht die folgende Berichtigung zu:  
Im „Vorwärts“ lese ich: „In persönlicher Bemerkung nimmt Limm-Werlin seine scharfen Ausdrücke gegen Quard zurück.“ Das beruht auf einem Irrthum des Berichterstatters. Ich habe Dr. Quard gegenüber keinen Ausdruck gebraucht, den zurückzunehmen ich Veranlassung gehabt hätte. Im Gegentheil, um den Ton zu charakterisieren, den der sonst so empfindliche Genosse Dr. Quard in der Debatte anschlug, habe ich konstatiert, daß er gegen Parteigenossen Ausdrücke wie „Demagogenthum“, „faule Redensarten“, „uneheliche Kampfesweise“ u. s. w. fortgesetzt gebraucht. Zurückgenommen habe ich nur den Ausdruck „Winkelblätchen“ in Bezug auf die „Saalfelder Zeitung“.

### Lokales.

Die juristische Sprechstunde fällt für diese Woche aus. Nächste Sprechstunde am Montag, den 19. Oktober, 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr abends.

Die städtische Tiefbau-Deputation hat in ihrer gestrigen Sitzung einige Beschlüsse von allgemeinem Interesse gefaßt. Zunächst gelangte die vielumstrittene Frage der Befestigung eines Theiles des Gegrundstückes an der Schönhauser und der Pappel-Allee zur Verhandlung. Es wurde beschloffen, von diesem Grundstücke eine langgestreckte Parzelle im Werthe von 64 000 M. zu erwerben, um diese im Verkehrsinteresse zum Straßenland zu verwenden. Zu dem gleichen Zwecke ist der Erwerb von Grundbesitz an der Ecke der Bringen-Allee und der Soldinerstraße behufs Regulirung des südlichen Theiles der letzteren erforderlich; es sollen daher mit dem Eigentümer des fraglichen Gegrundstückes Verhandlungen eingeleitet werden. Ferner soll auch an der Weidenammer Brücke eine häßliche Passage beseitigt werden. Endlich wurde beschloffen, die Memelerstraße nach deren Neu-Regulirung mit Baumanpflanzungen versehen zu lassen.

Ueber die Berliner Gewerkschafts-Bäckerei (Genossenschaft mit beschränkter Haftung) ist das Konkursverfahren eingeleitet. Veranlassung zu diesem Verfahren soll der Zusammenbruch einer größeren Mühle gegeben haben, mit welcher die Genossenschaft in Geschäftsverbindung stand.

Mit der Inangriffnahme der Kanalisation des 11. Radialsystems soll, wie wir hören, bereits im nächsten Frühjahr begonnen werden.

In den Kreisen der Droschkenfahrer ist eine Bewegung zu Gunsten einer Regulirung der Sonntagsruhe im Gange. Die Kutscher berufen sich darauf, daß, wenn sie einmal einen freien Tag haben wollten, sie dies nicht nur gleich den Angestellten der Verkehrsanstalten mit dem Ausfall eines vollen Tageslohnes büßen müßten, sondern ihren Arbeitgebern außerdem für den Verdienstverlust Ersatz zu leisten gezwungen sind. Das geschieht, indem sie entweder die Entschädigung aus eigener Tasche bezahlen, oder das Versäumte dadurch nachholen, daß sie 24 oder gar 36 Stunden hintereinander im Dienst sind. Die Kutscher verlangen, daß jeder zweite Sonntag freigegeben werde. — Angehts der den Bedarf weit übersteigenden Zahl der Droschken ließe sich dieser Vorschlag ohne Schädigung des öffentlichen Interesses wohl leicht durchführen, meint ein hiesiges Blatt. Wie manche verlässliche Arbeiterforderung ließe sich ohne Schädigung des öffentlichen Interesses durchführen, wenn die von der bürgerlichen Presse fast immer gewerkschaftlich in Schutz genommene Profitguth der Unternehmer nicht im Wege wäre.

Botanischer Garten. Der Kaiser hat der Stadtgemeinde Berlin behufs Erwerbung der zur bebauungsmäßigen Herstellung der Grunewaldstraße auf der Strecke von der Potsdamerstraße bis zur Eikhofstraße erforderlichen Flächen das Enteignungsrecht

verliehen. So wird uns vom Rathhause gemeldet. Ist damit das Schicksal des botanischen Gartens besiegelt? Die in Frage stehende Seite der Grunewaldstraße ist ein Theil des Botanischen Gartens und bis auf einige ganz kleine Parzellen, die enteignet werden sollen, unbebaut. Eine offizielle Erklärung thäte noth.

Verleitung zum Diebstahl. Im „General-Anzeiger“ des „Berliner Tageblatt“ vom 14. Oktober befindet sich folgendes Inserat eines Geschäftes in der Mühlstraße: Für Kaffe suche zuverlässiges junges Mädchen, Anfangsgehalt 3 monatlich 12 Mark. Was ist das anderes als eine Provokation zur Unehrlichkeit?

Die An- und Abmeldungen des Gewerbes in Berlin werden zum großen Theil irrtümlicher Weise an das Gewerbegericht, Breitestraße 20a gerichtet; hierdurch entsteht der genannten Behörde eine unnötige Arbeitslast, für den Absender eventuell Unannehmlichkeiten wegen verspäteter Kenntnissgabe. Einzig zuständig in dieser Hinsicht ist die königliche Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern, Abtheilung für Gewerbesteuer, Kleine Präfidentenstr. 7.

Die durch den Tod des Majors a. D. v. Bornstedt erledigte Stelle eines Direktors am Untersuchungsgefängnis wird durch den bisherigen Stadtvoigt-Direktor Ederet befehligt werden. An seine Stelle tritt der Gefängnis-Direktor v. Hamilton aus Benthin.

In der Aula der Universität Berlin fand gestern Mittag in reichlicher Festsitzung die feierliche Uebergabe des Rektorats an den neuen Rektor Geh. Justizrath Prof. Brunner unter dem üblichen Brimborium statt. Von Interesse sind einige statistische Daten aus dem letzten Jahre der Universität. Der Besuch der Universität war sehr groß; es wurden immatriculirt 324 Theologen, 1548 Juristen, 893 Mediziner und 1282 in der philosophischen Fakultät, zusammen 4047. Abgegangen sind 450 Theologen, 1444 Juristen, 794 Mediziner und 1028 in der philosophischen Fakultät. 13 Studenten verstarben. Es promovirten in den theologischen Fakultät 2, darunter einer honoris causa, in der juristischen Fakultät 9 und einer honoris causa, in der medizinischen Fakultät 136, in der philosophischen 79 und einer honoris causa. Die Gesamtzahl der Promotionen betrug somit 228. Bekraft wurden 9 Studierende, drei wegen Herausforderung zum Kampfe, einer wegen öffentlicher Beleidigung eines Schutzmanns, einer wegen öffentlicher Beleidigung eines Beamten, zwei wegen Mißhandlung von Kommissionen, und zwei wegen Vergehens gegen die akademische Sitte und Ordnung.

Mit der blanken Waffe haben Schupfente gestern den Widerstand eines Geisteskranken gebrochen, der aus der städtischen Irrenanstalt Herberge beurlaubt worden ist, aber dahin zurückbesördert werden sollte. Der berüchtigte Geisteskranker Oskar Schickel hat sich nach seiner Beurlaubung aus der Irrenanstalt als Rechtskonsulent etablirt. Verschiedene Schwindereien waren zur Anzeige gekommen, die Polizei verhaftete den Rücktransport in die Irrenanstalt, die Schupfente vernichteten seiner aber nicht habhaft zu werden, weil seine Mutter ihn versteckte. Gestern Abend wurde aber das Haus Brunnenstr. 50, wo Mutter und Sohn wohnten, umstellt und Beamte drangen in die Wohnung. Die Mutter rief: „Oskar, riegele dich ein!“ Das that der Gesuchte im Nebenzimmer. Ein herbeigeholter Schloffer öffnete die Thür, aber nun drang Schickel mit einem Stuhle auf die Beamten ein. Erst nachdem er einige Hiebe über den Kopf erhalten hatte, konnte er gebändigt werden. Der Transport des blutenden Menschen nach der Wache führte einen großen Anlauf herbei.

Preussische Jagdwilderei. Die königlichen Parforcejagden, die früher stets bis zum Tage der Hunderttag in der Potsdamer Forst vom Jagdschloß Stern oder vom Forsthaus Plantagenhaus aus und erst dann im Grunewald von der Saubucht aus abgehalten wurden, werden der „Potsd. Corr.“ zufolge von jetzt ab auf Befehl des Kaisers ausschließlich im Grunewald abgehalten. Veranlassung dazu haben Beschwerden von Neu-Langerwischer und anderen Jagdpächtern gegeben darüber, daß die geheuten Wildschweine in ihre Gebiete eindringen und dort verfolgt wurden. Auch ist es mehrfach vorgekommen, daß die Wildschweine in unsfriedliche Privatbesitzungen, ja sogar einmal in ein Wirtshaus (Wadermannshöhe bei Potsdam) und auf einen Kirchhof liefen und dort verfolgt wurden. Alles dies kann in dem mit einem Wildgatter umgebenen und nur nach der Pappel zu offenen Grunewald nicht vorkommen. Ständig könnten die Parforcejagden indessen für die Eisenbahn werden; haben doch schon in früheren Jahren die Jäger öfter halten müssen, weil die Jagd ihren Weg über den Bahndörper nahm.

In der National-Galerie wird die Erneuerung der Säle jetzt in Angriff genommen. Es sind dafür 65 000 M. bewilligt. Zunächst ist die Rotunde im Erdgeschos mit den strahlenförmig davon ausgehenden Räumen gepflastert.

Zur schnelleren Eintreibung von Miethdrückständen hat der Grundbesitzer-Verein zu Hixdorf beschloffen, für seine Mitglieder eigene Boten anzustellen. Man soll in anderen Städten mit diesem System der Eintreibung sehr gute Erfahrungen gemacht haben, und deshalb hofft der Verein, damit auch in Hixdorf den Miethsausfällen etwas zu steuern. Sind die Boten etwa mit Gummischläuchen bewaffnet?

Eine Verwechslung von Flaschen, die schon so oft unheilvoll geworden ist, hat schon wieder ein Menschenleben gefordert. Der 44 Jahre alte Klempner August Stippelohls aus der Brangelstraße 140, der in einer Gattlererei der Dresdenerstraße arbeitete, hatte am Dienstag Abend eine Flasche Bier neben einer Flasche mit Salzsäure, die er zur Arbeit gebrauchte, in der Werkstatt aufgestellt. Als er nun gelegentlich einen Schluck Bier nehmen wollte, griff er die Flasche mit der Salzsäure und that unglücklicherweise einen starken Zug, bevor er die Verwechslung merkte. Mit schweren inneren Verbrennungen wurde er sofort in das Krankenhaus Bethanien gebracht. Die Kunst der Ärzte konnte ihn jedoch nicht mehr retten; der Verunglückte ist seinen Verletzungen erlegen.

Aus dem Volksbericht vom 15. Oktober. Mittwoch früh fand an der Ecke des Platzes Am Lustgarten und der Schloßfreiheit ein Zusammenstoß zwischen einem Omnibus und einer Droschke statt, wobei das Droschkenfaher ein Bein brach. Das Thier wurde in einem Transportwagen nach der Zentral-Kopf-Schlächterei gebracht. — An der Ecke der Juvalden- und Bergstraße fiel nachmittags der Arbeiter Ludwig Siewart beim Abpringen von einem in der Fahrt befindlichen Kohlenwagen hin, gerieth unter die Räder und zog sich eine Quetschung des Oberschenkels zu. — Abends erkrankte vor dem Hause Belle-Alliancestraße 90 der 33 jährige Schmied Otto Brinkmann an einem Schlaganfall und mußte nach dem Krankenhaus am Urban gebracht werden. — In der Nacht zum Donnerstag wurde der 56 Jahre alte Kleiner Robert Jäckel an der Ecke der Straße Unter den Linden und der Friedrichstraße durch eine Droschke erster Klasse überfahren und am Kopfe und an der Hand erheblich verletzt.

### Gewerbe-Ausstellung 1896.

Der Schluß der Gewerbe-Ausstellung erfolgte gestern Nachmittag 4 Uhr unter eindrucksvollem Zeremoniell. Der Besuch am gestrigen Tage war infolge des auf 2 Karat erhöhten Eintrittsgeldes recht mäßig. Wie mitgeteilt wird, erhielten die Mitglieder des Arbeitsausschusses bei der Schlußfeier Orden: Kommerzienrath Röhrenmann den Rothen Adlerorden IV. Klasse und die Herren Goldberger und Felsch den Kronenorden III. Klasse. Außerdem wurden ertheilt: 28 goldene, 80 silberne und 300 Bronze-Medaillen.

Ein Gedenkblatt an die Berliner Gewerbe-Ausstellung ist soeben im Verlage von Julius Eckstein u. Co., Leipzigstr. 103,

erschienen. Die Verlagsfirma hat vor einigen Monaten erst durch ein Reichstags-Gedenkblatt ihre künstlerische und technische Tüchtigkeit dokumentirt, und man muß gestehen, daß das neue Werk in dieser Beziehung den Ruf von Eckstein u. Co. vollauf befestigt. Ob an dem geistigen Gehalt des Kunstblattes jedermann seine Freude hat, muß allerdings bezweifelt werden. Die Reverenz vor der Monarchie und der hohen Protektion, die der Ausstellung zu theil geworden, mag nach bürgerlichen Begriffen unumgänglich sein, ob sie jedermanns Beifall findet, ist fraglich. Dies schließt aber nicht aus, daß man im objektiven Urtheil der künstlerischen Ausführung des Blattes volle Anerkennung zollt. Recht geschickt weiß die Verlagsanstalt der Eitelkeit des einzelnen Ausstellers dadurch Rechnung zu tragen, daß sie die Eintragung eines jeden Namens in das Mittelfeld des Gedenkblattes bewirkt.

### Kunst und Wissenschaft.

Von der Andree'schen Nordpol-Expedition. Andree ist der „R. Z.“ zufolge genehmigt, sich an stelle eines seiner beiden Begleiter bei der auf nächstes Jahr verschobenen Ballon-Expedition zum Nordpol einen anderen Teilnehmer zu suchen, denn der Meteorologe Dr. Ekholm hat (wie schon gemeldet) ihm abgesagt. Der Grund liegt in Meinungsverschiedenheiten über die Berechnungen der Leistungsfähigkeit des Ballons. Während auf Grund der Feinerkeit mit den Zeugproben angefertigten Versuche der Gasverlust als ganz geringfügig geschätzt wurde, war er bei den Versuchen mit dem gefüllten Ballon auf Spitzbergen so erheblich, daß Ekholm die Dichtigkeit des Ballons nicht für ausreichend erachtet und es für Hazardspiel erklärt, die Reise mit dem Ballon zu machen, wenn er sich im nächsten Jahre wieder im selben Zustand befindet. Andree ist anderer Meinung und will sich allein auch im nächsten Jahre die Entscheidung über die Brauchbarkeit des Ballons vorbehalten, wogegen Dr. Ekholm verlangt, daß die Reise nur angetreten werden solle, wenn beide über den Zustand des Ballons einig seien. Da Andree hierauf nicht einging, zog sich Ekholm zurück. Es haben sich bereits verschiedene Bewerber, darunter einer aus dem Auslande, gemeldet.

### Vermischtes.

Aus Köln wird gemeldet: Bezüglich der Gerüchte über einen Eisenbahnzusammenstoß zweier Militärszüge theilt die lgl. Eisenbahndirektion St. Johann der „Kölnischen Zeitung“ mit, daß außer dem am 3. Oktober mitgetheilten Zusammenstoß bei Neunkirchen dort von einem Eisenbahnunfall nichts bekannt sei. Das Gerücht ist dadurch entstanden, daß gestern Abend eine einständige Verspätung des Pariser Schnellzuges infolge Geleise-Höhlung ohne sonstigen Unfall eingetreten ist.

Die aus Hamburg gebrachte Mittheilung, daß der Expedient des dortigen „Fremdenblattes“ sich erschossen habe, nachdem eine Unterschlagung von 150 000 M. entdeckt worden wäre, ist der genannten Zeitung zufolge un wahr.

Ein Ausstand der Dienstmädchen. Der „Oldesloer Ldb.“ schreibt: Ein eigenartiger Streit erhob seit dem 1. d. M. die Gemüther der Eimwohner von Groß-Neudorf bei Beegen; sämtliche Dienstmädchen daselbst weigern sich nämlich seit dem genannten Datum, nach Feierabend Karloffeln zu schälen.

Die aus Osnabrück gemeldete, beträgt die Zahl der bei dem Sturm in den letzten Tagen ums Leben gekommenen Fischer 18. Viele Fischerboote sind noch auf dem Meere; man befürchtet, daß noch mehr Verluste vorgekommen sind.

Eine neue Ausstellung in Bordeaux. Unter dieser Epithete lesen wir in der „Ab. Westf.-Ztg.“ über einen frechen Ausstellungschwandel folgendes: Durch ein in mangelhaftem Deutsch abgefaßtes Schreiben wird uns von einem hochachtend gezeichneten „Direktor“ angezeigt, daß am 15. November d. J. in Bordeaux eine Ausstellung eröffnet werden soll, zu der man „sämtliche Produkte für Volksernährung, Konserven, Speisewaren, Bäckereiwaren, Milchwaren, Weine, Spirituosen, Liqueure, Biere, Mineralwässer, chemische Produkte, Produkte für Hygiene und so weiter“ zulassen will. Gleichzeitig werden wir gebeten, von dieser edlen Absicht unseren Lesern Kenntniß zu geben, was wir hiermit in gebührender Weise thun. Die Auswahl der Gegenstände zeigt ohne Frage von Geschmack: Schwaaren, Weine, Spirituosen, Liköre, Biere! — das übrige ist natürlich Dekoration einschließend des „u. s. w.“, es müßte denn sein, daß jemand, auf den dies Zeichen ganz besonders einwirkt, dem Herrn Direktor mit einer Gänsefederpazette oder einigen Löffeln Kaviar aufwartet. Sämtliche Sachen sind per Post zu schicken in Paketen, deren Gewicht 5 Kilo nicht übersteigt. Eine rührende Beseidenheit! Da diejenigen, welche nicht alle werden, eben niemals alle werden, so ist es nicht zweifelhaft, daß das Direktorium der „Exposition et Concours International (Alimentation, Hygiène, Viticulture, Pomologie) Bordeaux 1896“ Stoff in Hülle und Fülle haben wird, um sich und noch einer ganzen Anzahl von Personen, die den Herren anverwandt und zugehörig sind, eine Reihe von schönen Tagen zu machen. Um eine gerechte Ertheilung der Auszeichnungen zu sichern, so heißt es wörtlich in dem Prospekt, „sollen die Produkte per Nation klassirt und durch ein internationales Preisgericht geprüft werden. Die Auszeichnungen bestehen aus Diplomen vom Grand-Prix, Ehren Diplomen und Diplomen von goldenen, silbernen und Bronzemedailles.“ Medaillen selbst sollen also nicht zur Vertheilung gelangen. Jedermann, dessen Produkte sich das internationale Preisrichter-Kollegium hat läßlich munden lassen, bekommt nur so einen Wisp von Diplom, auf Grund dessen er sich selbst das verleierte Ehrenzeichen der internationalen Ausstellung in Bordeaux anfertigen lassen kann. Von einer Dauer dieser famosen Ausstellung, von der die „Interessenten“ gewiß auch gern gehört hätten, ist in dem Prospekt keine Rede. Wie wir vermuten, liegt eine bestimmte Frist dafür auch gar nicht im Plane der Unternehmer. Sie wird sich einfach nach dem Appetit und der Verdauungsbhätigkeit, die die Direktion und die Preisrichter entwickeln, richten. Wir meinen, ein dreifacher Schwindel ist selten beachtigt worden und die französische Polizei sollte die erste sein, die die internationale Ausstellung in Bordeaux 1896, womöglich noch vor ihrer Eröffnung besichtigt.

Wie hoch vermag ein Vogel zu fliegen? Bei astronomischen Beobachtungen sah Hr. West, so berichtet die illustrierte Zeitschrift „Natur und Haus“, durch das Fernrohr auf der Mondscheibe Wandervogel sich projizieren. Die flügeltragenden Vögel gebrauchen 7 bis 8 Sekunden, um vor der hellen Scheibe vorbeizufliegen. Aus seinen Messungen konnte Herr West feststellen, daß die Thiere in einer Höhe von wenigstens 8000 Metern und höchstens 15 000 Metern geflogen waren.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde fällt für diese Woche aus. Nächste Sprechstunde am Montag, den 19. Oktober, 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr abends.

Nachrichte. Uns ist keine Schrift bekannt, die sich von sozialdemokratischem Standpunkte mit den Anschauungen Nietzsche's auseinandersetzt. Die „Neue Zeit“ hat dieses Thema öfters gestreift.

B. M. 10. Frage a) können wir nicht beantworten. b) Unter je 1000 Personen sind in Deutschland und Großbritannien und Irland 490 männlich, 510 weiblich. In Frankreich ist das Verhältnis der männlichen zu den weiblichen wie 498 zu 502, und in den Vereinigten Staaten von Amerika kommen auf 509 Männer bloß 491 Frauen.

H. G. Besten Dank für die freundliche Berichtigung durch ihr „Männchen“.

## Bur Affäre Mohrmann

veröffentlicht unser in Bant erscheinendes Bruderorgan, das „Norddeutsche Volksblatt“, weiteres Material. Bekanntlich hatte der Artillerist Joh. Mohrmann vom hannoverschen Feldartillerie-Regiment Nr. 25 (Oldenburg) den Unteroffizier Kemmert wegen Mißhandlung des Rekruten Lützen angeklagt; da sowohl der Rekrut wie der Unteroffizier die Mißhandlung leugneten und die Zeugen Mohrmann's ihre früheren Aussagen zurücknahmen, weiter einer der Hauptbelastungszeugen sich erhängte, so wurde Mohrmann der Prozeß gemacht und er vom Kriegsgericht wegen „wissentlicher falscher Anschuldigung eines Vorgesetzten“ zu 3 Jahren 3 Monaten Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust verurtheilt. Nachdem Mohrmann bereits 1 Jahr 4 Monate der schrecklichen Strafe verbüßt hatte, gelang es ihm, im Wiedererfassungverfahren den Wahrheitsbeweis zu liefern; er wurde demgemäß aus dem Zuchthause entlassen, jedoch nicht freigesprochen, sondern es wurde die verbüßte Strafe für Begleitklagen in Anrechnung gebracht und der Ehrverlust in Höhe von zwei Jahren ausreicht erhalten, während der Rekrut Lützen wegen Meineid zu einem Jahr Gefängniß, der Unteroffizier Kemmert aber nur zu 4 Monaten Festung verurtheilt wurde. Troßdem Kemmert in dem Wiedererfassungverfahren der Mißhandlung des Rekruten Lützen überführt worden ist, versuchte er kürzlich in einem Eingeklagten, das die Oldenburger „Nachrichten für Stadt und Land“ veröffentlichten, sein Vergehen alzu leugnen, wobei er Mohrmann bezichtigt, die Anzeige nur aus Rache darüber erstattet zu haben, weil er wegen Ueberschreitung eine Arreststrafe erlitten hatte; der von Mohrmann genannte Belastungszeuge, der sich erhängte, als er seine Aussage beschwören sollte, sei ein Opfer Mohrmann's geworden u. s. w. Auf diesen Angriff hat nun Mohrmann der Redaktion des „Norddeutschen Volksblattes“ weiteres Material über den Unteroffizier Kemmert übergeben, hinsichtlich dessen er wünscht, daß die Gerichte sich damit beschäftigen werden, wobei er den Wahrheitsbeweis antreten wolle. Aus diesem Material veröffentlicht das „Norddeutsche Volksblatt“ folgende Einzelheiten:

Eines Tages schlug der Unteroffizier Kemmert dem Rekruten Meier mit der Faust demselben ins Gesicht, daß ihm das Blut aus Nase und Mund quoll. Der Rekrut Hagelmann wurde mit häufigen Ohrfeigen so traktiert, daß derselbe längere Zeit mit angeschwollenem Kopf herumlag; ferner sind noch geschlagen worden die Rekruten Lünig, Niemann und Hase. Den Rekruten Ennen ließ der Unteroffizier wiederholt über die Latierbäume springen, wobei derselbe dann fast regelmäßig zu Fall kam und zwischen die Pferde stürzte. Hierbei weinte Ennen oft wie ein Kind; wollte er nicht sofort springen, so wurde er hierzu von Kemmert mit den Worten: „Verfluchter Hund, willst Du springen!“ getrieben. Einmal sagte häufig zu den Kameraden: der Unteroffizier soll mich nicht mehr lange quälen. Ferner wurden die Rekruten oft spät in der Nacht zum Stubeninventarschreiben kommandirt; Licht und Petroleum, was während dieser Zeit verbraucht wurde, mußten dieselben dann von ihrer Pöhlung bezahlen. Die Rekruten Hagelmann und Mohrmann ließ der Unteroffizier Schweißreden mit Anbeuge machen, ebenfalls spät abends nach dem Dienst, und als dieselben diese Prozedur zu lange ausstielten, stellte er auf den Schemel noch einen zweiten. Desgleichen verfuhr er mit den Rekruten Ennen und Ehlers; hier stellte er auf den Schemel einmal einen Wasserkrug, ein anderes Mal eine brennende Lampe und dann einen Spiegel, welche Gegenstände beim Sinken des Schemels herunterfielen und zerbrachen. Der Unteroffizier gab dann den Rekruten auf, die Sachen wieder zu erheben. Außer den hier genannten Fällen sollen noch andere Mißhandlungen vorgekommen sein.

Das „Norddeutsche Volksblatt“ giebt der Hoffnung Raum, daß unsere Abgeordneten im Reichstage Gelegenheit nehmen werden, die Affäre Mohrmann zur Sprache zu bringen.

Das wird sicherlich geschehen. Aber ob besondere Erfolge damit erreicht werden, bleibt abzuwarten, denn, wie auch der Fall Kemmert wieder zeigt, haben nicht einmal die bekanntesten Erlasse des Kaisers, des Herzogs Georg zu Sachsen, des bayerischen Kriegsministers das Vorkommen von Soldatenmißhandlungen verhindern können. Die Soldatenmißhandlungen sind eine Folge des jetzigen militärischen Systems, das im unweigerlichen Gehorsam des Untergebenen gegen den Oberen die Hauptstütze der Heeresorganisation erblickt. Eben deshalb konnte es seinerzeit in Sachsen ein Unteroffizier z. V. wegen, Soldaten das Anstehen von Fußlappen zumuthen. Es versteht sich, daß im Heere ein größeres Maß von Gehorsam nöthig ist, als im bürgerlichen Leben. Aber daraus resultirt

auch die Pflicht des Staates, der unermesslichen Gewalt der militärischen Oberen ein Gegengewicht zu geben in Gestalt eines mit allen möglichen Garantien ausgestatteten Beschwerderechts und in der Oeffentlichkeit des Strafverfahrens, die nur ausgeschlossen werden soll, insoweit es sich etwa um seguelle Vorgänge und um Punkte handelt, durch deren öffentliche Erörterung das Interesse der Landesverteidigung in Gefahr läme. Die in Aussicht stehende Reform des Militär-Strafprozesses wird nach allem, was darüber verlautet, gerade in Beziehung auf die Oeffentlichkeit des Verfahrens nichts ausreichendes thun. Aber „an der Oeffentlichkeit liegt alles; sie ist der Kernpunkt der ganzen Reformen. Sie ist es, welche dafür sorgt, daß alle Einrichtungen für die Rechtspflege sachgemäß getroffen werden, so daß die Anwendung des Gesetzes auf die zweckmäßigste und reichste Weise erfolgen kann.“ So sagt der württembergische General-Major z. P. Pfister in einer Broschüre, und er fügt hinzu: „Das heute lebende Geschlecht, demokratisch in Sitten und Gedanken, schwer zu befriedigen in seinen Ansprüchen, drängt sich in alle Zweige des öffentlichen Lebens ein; nichts soll geschehen, ohne daß es seinen Antheil hätte, bei jedem Vorgange will es mit zu Rathe gehen; es begnügt sich keineswegs mit den Resultaten. Und mit recht.“

In Preussens Militärkreisen hört man solche Worte natürlich nicht gern. Wer von diesen Kreisen sich aber den Vorfall mit dem Unteroffizier Kemmert und seinen Opfern recht überlegt, wird finden, daß der württembergische General-Major allerdings die Wahrheit gesagt hat.

## Lokales.

Das Rasiren soll theurer werden. In der kürzlich unter dieser Marke gebrachten Meldung erhalten wir aus den Kreisen der organisirten Barbiergehilfen eine überaus beachtenswerthe Zuschrift: In dem Organ der Innung wurden die Barbiergehilfen immer damit vertröstet, daß ihre Forderungen erst auf Erfüllung rechnen könnten, wenn die Meister selber sich „ein behagliches bürgerliches Dasein“ errungen hätten. Bisher hat man mit ansehendem nicht völlig zureichendem Erfolge nur versucht, durch Sehlingszüchtung und raffigieriger Ausbeutung der Gehilfen und Lehrlinge diesem hehren Ziele näher zu kommen. Das Barbiergehandwerk auf eine einigermaßen kulturwürdige Höhe zu bringen, haben sich nur sehr wenige Geschäftsinhaber bestrbt, und was immerhin zu sagen nöthig ist, auch nicht bestreben können. Eine große Zahl Barbiergehilfen werden bis heute mit 22 bis 23 Jahren überflüssig und trachten, sich auf Borg die Anstellung zu einem eigenen Geschäft anzuschaffen. In einem derartig primitiven Betriebe mangelt es meistens am Nothwendigsten, vor allem natürlich an der Wäsche. Namentlich in den sog. Sechserbuden wird ein Lappen Duzenden von Kunden an den Hals gesteckt und bei Duzenden von Kunden zum Abtrocknen benützt; und die Puderquaste oder an deren Stelle ein Bündchen Watte thut oft so lange Dienst, bis es vor Schmutz starrt. Allmählig wird man auch in Salontreffern auf die widerwärtigen Krankheiten aufmerksam, die als Haar- und Bartflechte oder noch etwas schlimmeres den Menschen verunstalten. Statt das Publikum an eine rationelle Haar- und Bartpflege zu gewöhnen, sichtet ein großer Theil der Barbier lieber im Trüben und sucht einestheils durch allerhand Schwindelpraktiken die Kundenschaft zu betrügen und andererseits durch Ausbeutung der Arbeitskräfte und Niederdrücken der Preise sich über Wasser zu halten. Glaubt man doch zum Theil sogar schon ein Geschäft damit zu machen, daß man die Bezahlung in das Geliebte des Kunden stellt; vielleicht, daß einer so generös ist, mehr als einen Sechser auf den Tisch zu legen! Ferner trachten die Barbiermeister mit redlichem Bemühen, das Trinkgeld, auf das die Gehilfen bei ihren drei bis höchstens sechs Mark Wochenverdienst bis jetzt leider angewiesen sind, für sich einzuheimsen. Mächtige doch Innungsmeister Volkskläger den genialen Vorschlag, daß dem Kunden nach der Minutenzahl, die der Gehilfe an ihm verwendet, der Preis für das Barbieren berechnet werden solle.

Den armseligen Meisterregimenten von heute kann selbst eine gute Gehilfenorganisation kaum nennenswerthe Vortheile bringen; umgekehrt ist es den Meistern nicht gut möglich, das sie aus den Knochen der Gehilfen und Lehrlinge mehr noch herauszuschinden, als jetzt schon geschieht. Daher kommt man endlich auf die verzweifelte Idee, dem Kunden bessere Bezahlung zu fordern. Ob dieser Plan gelingen wird, muß bei der großen Konkurrenz zweifelhaft erscheinen. Im Interesse der Kunden liegt es, in den Barbiergehäften Zustände erstreben zu helfen, welche eine rationelle, den Grundfäden der Hygiene entsprechende Bedienung garantiren; eine Besserung der Lage der Gehilfen läßt sich —

was offen zugestanden werden muß — erst erzielen, wenn an Stelle der heutigen, erbärmlich vegetirenden Barbierbetriebe kapitalistische Unternehmungen getreten sind. Manche Anzeichen deuten darauf hin, daß in nicht allzu ferner Zeit auch in diesem Gewerbe eine Umwälzung in dem gedachten Sinne eintritt.

Der „Revolver-Attentäter“ Emil Liebe, der nach dem ursprünglichen Reporterbericht sogar des Doppelraubmord-Verfuchs an Straßenbahn-Angestellten schuldig war, erschien gestern auf unserer Redaktion, um uns eine Aufklärung über den wahren Sachverhalt der graufigen Geschichte vom Sonnabend Abend zu geben. Liebe ist nämlich vorgestern Nachmittag wieder aus der Haft entlassen worden, nachdem sich herausgestellt hat, daß die Affäre im Straßenbahn-Wagen auf nichts als auf eine leichtfertige Fahrlässigkeit zurückzuführen ist. Er berichtet folgendes: Am letzten Sonnabend hatte ich um halb sechs Uhr Feierabend gemacht und war dann zu dem mir bekannten Restaurateur Piesch in der Kolbertstraße gegangen. Um 11 Uhr abends ging ich von dort nach dem Görlicher Bahnhof, um nach Treptow zu fahren; der Bahnbeamte theilte mir jedoch mit, daß der Zug soeben abgelassen sei und rieth mir, den elektrischen Wagen zu benutzen. Ich befolgte diesen Rath, stieg an der Ecke der Wiener- und Grünauerstraße auf den Vorderpertron des nächsten Wagens und stellte mich links vom Wagenführer auf. Bald gerieth ich mit diesem in ein Gespräch, in welchem ich mittheilte, daß ich ein paar Glas Bier zu viel getrunken hätte. Der Wagenführer meinte, ich solle mich nur recht fest halten, der Wagen werde bald schneller fahren. Darauf hielt ich mit meiner linken Hand die in der Rocktasche steckende Frühstückstasche fest, während der Revolver, den ich in meiner rechten Rocktasche trug, ebenfalls von mir umflammt wurde. Am Schließlichen Busch, Ecke der Köppliker Landstraße schlennderte der Wagen plötzlich, und dies war die Ursache, daß ich rückwärts flog und dabei die Hände mit sammt dem Inhalt aus der Rocktasche riß. Ich schlug mit dem rechten Ellenbogen auf die eiserne Thür, worauf sich mein Revolver, den ich übrigens schußfrei geglaubt hatte, zu meinem Schrecken entließ. Der Wagenführer sagte „Sie schießen ja auf mich“ und hielt sofort an. Ich war starr vor Schrecken und konnte kein Wort erwidern. Der Kondukteur, der inzwischen nach dem Vorderpertron gekommen war, brachte mich mit den Worten „Wenn Sie schießen, müssen wir Sie verhaften lassen“, nach dem Innern des Wagens. Bald darauf wurde ich einem Gendarmen übergeben. Bei der Disposition stellte es sich heraus, daß ich versehentlich nur fünf von den Patronen im Revolver entladen hatte, die sechste hatte ohne mein Wissen und Willen das ganze Unglück angerichtet. Sonntags kamen die Straßenbahnbeamten, auf die ich angeblich den Raubmordversuch verübt hatte, zu mir und holten sich meine Adresse; am selben Tage noch wurde ich nach dem Alexanderplatz gebracht, weil ich vor dem Polizeikommissar den hier mitgetheilten Thatbestand bekundete. Am Montag kam ich nach dem Untersuchungsgefängniß in Moabit; nachdem der Untersuchungsrichter mich am Mittwoch verhört hatte, wurde ich nachmittags 3 Uhr wieder in Freiheit gesetzt.

So hat sich die Angelegenheit nach den Bekundungen des Gärtners Liebe abgespielt; der Umstand, daß der Beschäftigte sich wieder auf freiem Fuße befindet, läßt darauf schließen, daß diese Angaben der Wahrheit entsprechen. Der Fall lehrt wieder, daß bei einiger Phantasie ein wunderliches Spiel des Zufalls gar leicht zu einer großen, das Publikum beunruhigenden Morthat auszuwaschen kann. Allerdings kommt bei dem Unglücksfall des Gärtners Liebe das eine in Betracht, daß die hier und da auch unter Arbeitern grassirende Unsitte, mit dem Besitz eines Schießwaffens zu prunken, sich einmal schlimmer gerächt hat. Das Progen mit Nordwaffen sollte man in diesen Zeiten ruhiger anderen Leuten überlassen.

Sie sind es nicht gewesen! Wir erhalten folgende Zuschrift: In der Nummer 236 des „Vorwärts“ vom 8. Oktober brachten Sie einen Artikel, den Dienstvertrag der Markthallen-Beamten betreffend, darin befand sich der Satz: „In Markthalle V sahen die Angestellten leider zu spät ihren Fehler ein; sie wandten sich am 5. Oktober an einen Rechtsanwalt mit der Frage, ob die Unterschrift nicht rückgängig gemacht werden könnte. Dieser hielt jedoch nunmehr, nachdem die Thorheit begangen worden, jedes Streben, die Unterschrift ungültig zu machen, für verfehlt.“ Dieses ist, was die Unterzeichneten betrifft, vollständig aus der Luft gegriffen; wir haben weder vor noch nach der Unterschrift um Rath gefragt oder fragen lassen. Auf Grund des Pressegesetzes fordern wir, Vorstehendes in einer der nächsten Nummern Ihres Blattes zu veröffentlichen. Berlin, den 12. Oktober 1896. Emil Greve, Aufseher, Markthalle V. E. Hansch, desgleichen. R. Rückmann, Wächter.

Nach ohne Berufung auf das Pressegesetz hätten wir uns vor-

## Rienzi.

Der letzte der edmischen Volkstribunen. Roman von Edward Lytton Bulwer.

Der junge Ritter hielt vor der Kirche an und wartete, bis die Mönche die Treppe an derselben hinabstiegen.

„Heilige Väter,“ redete er sie an, „hättet Ihr wohl die Güte, mir zu sagen, wie ich auf dem nächsten Wege nach dem Kloster St. Maria Dei Pozzi komme?“

„Sohn,“ sagte eines von diesen maskirten Gespenstern — so erschienen Sie in ihren langen Gewändern und ihrer Verummung — „Sohn, sehe Deinen Weg fort und Gott sei mit Dir! Räuber und Taugenichtse haufen vielleicht jetzt in dem heiligen Kloster, von dem Du sprichst. Die Abtissin ist todt und manche Schwelger schläft mit ihr. Die anderen Nonnen sind vor der Seuche geflohen.“

Adrian erschrak und die düstere Prozeßion zog bei ihm vorbei, mit feierlichem Gesang in den verdödeten Straßen das Lied anstimmend:

Bei der Mutter und dem Sohn,  
Deinen Gnade unser Lohn,  
Schüh' uns Sänder vor dem Weh'  
Miserere, domine!

Adrian ritt der Prozeßion nach und redete die Mönche, nachdem sie ihren Gesang beendet hatten, nochmals an. „Heilige Väter, weist mich nicht so ab. Vielleicht kann ich über die Eins, die ich suche, in dem Kloster noch etwas erfahren. Sagt mir, welchen Weg ich dahin einschlagen muß.“

„Störe uns nicht, mein Sohn,“ erwiderte einer von den Mönchen. „Es ist eine böse Vorbedeutung für Dich, daß Du die Diener des Herrn in ihrem Gottesdienste unterbrichst.“

„Entschuldigt. Ich will Buße thun, viele Messen bezahlen, aber ich suche meine theure Freundin, ich bitte Euch, sagt mir den Weg.“

„Halte Dich rechts bis zur ersten Brücke. Jenseits der

dritten Brücke wirst Du das Kloster am Ufer des Arno finden,“ sagte ein anderer Mönch.

„Gott segne Euch, heiliger Vater!“ stammelte der Ritter und spornete sein Pferd nach der ihm angewiesenen Richtung. Die Mönche begannen ihren Gesang wieder. Mit dem Klange der Hufe seines Rosses ertönten in die Ohren des Ritters die klagenden Worte:

Miserere, domine!

Ungeduldig und halb in Verzweiflung sprengte Adrian mit verhängtem Zügel durch die Straßen. Er kam über den Marktplatz; er war einfarbig wie eine Wüste, und eben so alle jene Straßen, in denen das Feldgeschrei der Welfen und Gibellinen so oft ertönt hatte. Jetzt hatte das Grab alles vereinigt, den Welfen und Gibellinen, die Spuren des Ritters und die Kräfte des Bettlers. In jener Todesstille wäre selbst der wilde Lärm des bürgerlichen Kampfes eine Wohlthat gewesen. Die erste Brücke, die zweite und die dritte waren erreicht und Adrian hielt endlich vor den Mauern des Klosters. Er band sein ermüdetes Pferd an das Gitter, dessen Thor, halb aus seinen Angeln gerissen, weit offen stand, ging über den Hof, erreichte die Thüre des Gebäudes, kam zu dem Sprachgitter, das jetzt nicht mehr eine Scheidewand von der profanen Welt bildete, und als er hier einen Augenblick verweilte, um wieder zu Athem zu kommen, ertönte wildes Gelächter und lauter Gesang, mit Schreien und Pfäfen vermischt, in sein Ohr. Er stieß eine Thüre auf, trat in einen langen Gang und kam, durch den wilden Lärm geleitet, in das Refektorium. In jenem Versammlungsorte der heucheligen Bräute des Himmels sah er jetzt, um einen runden Tisch sitzend, eine seltsame Gesellschaft, die auf den ersten Blick aus Mitgliedern von allen Ständen zu bestehen schien, denn einige trugen grobe Kleider von Zwillich oder waren in Lumpen gehüllt. Andere erschienen geschmückt mit Seide und Sammt, mit den kostbarsten Federn und reich gestickten Mänteln. Aber ein zweiter Blick genügte, um sich zu überzeugen, daß sie alle derselben Klasse angehörten,

und daß der glänzende Staat nur aus unbewachten Palästen oder herrenlosen Waaerenlagern gerauscht war, denn unter den kostbarsten mit Juwelen besetzten Barets sah man gemeine wilde Gesichter, über welche die langen ungekämmten Haare herabhingen, wodurch die Banditen von Profession jetzt zu erkennen waren, indem diese Paarfüße ihnen oft als Maske dienen konnte. In dem wilden Gelage sah man auch mehrere Frauenzimmer, junge und von mittlerem Alter, schöne und häßliche, und Adrian fühlte einen frommen Schauer, als er die losen Gewänder und unverhüllten Nacken unzuchtiger Weibsbilder in solcher Nähe mit den heiligen Kleidern und den Rosenkränzen der Nonnen erblickte. Der Tisch war in Fülle mit Speisen, mit Weinflaschen und mit goldenen und silbernen Gefäßen, die meist ursprünglich heiligen Gebräuchen geweiht waren, bedeckt. Als der junge Römer, wie gefesselt durch diesen Anblick an der Schwelle stehen blieb, rief ihm ein Mann zu, welcher der Vorsitzer des Gelages zu sein schien, ein starker, von der Sonne gebräunter Barocke mit einer breiten Schmarre über dem Gesicht, welche, indem sie sich über die ganze linke Wange bis auf die Unterlippe zog, seinen gemeinen Zügen einen noch abschreckenderen Ausdruck gab:

„Kommt! tretet ein! was steht Ihr da so verblüfft? Wir sind gastfreundliche Gesellen und heißen jeden willkommen. Hier giebt es Wein, köstliche Speisen und Frauenzimmer. Des Bischofs Wein, und der Abtissin Frauenzimmer!“

Singt fröhlich hier dem königlichen Lode,  
Der mit dem Hauch ein Heer zerstreut,  
Um den Palast zu plündern, Kerker öffnet,  
Und ehrliche Leute von dem Strick befreit,  
Paßt die Mächtigen sich fürchten, hoch lebe die Pest!  
Wenn der Reiche todt, feiert der Arme ein Fest!  
Hoch lebe die Pest! Wehete sie immer nur  
Den Schurken von der Reitt, die Romme vom Schwur,  
Dem Schließer bring' sie Tod, den Gefangenen gebe sie Loß,  
Hurrah, Du Urdenkmal, wie ist Dein Segen groß!

(Fortsetzung folgt.)

pflichtet gefühlt, den genannten Herren in ihrem eigenen Interesse die Spalten unseres Blattes zu öffnen und dadurch gleichzeitig der Bewegung zu nützen. Es ist ja gar nicht zu vernachlässigen, daß es bei den beamteten Proletariern im Punkte der Solidarität noch weit mehr hapert, als bei dem großen Heer der nicht mit einer Uniform gefegneten Ausgebeuteten.

Die Ringbahn-Station „Ausstellung“ wurde in der Nacht vom 15. zum 16. d. M. nach Schluß des Betriebes für den öffentlichen Verkehr geschlossen. Vom 16. d. M. ab werden die nur für den Ausstellungsverkehr eingerichteten Stadt-, Ring- und Vorortzüge nicht mehr verkehren.

Nach Unterschlagung von 70 000 Mark ist der in Schöneberg wohnhafte Buchhalter der Berliner Diskontobank, Namens Mehre, anscheinend flüchtig geworden. Er ist seit Dienstag verschwunden und hat in einem aus Berlin adressirten Brief von seiner aller Mittel entblühten Frau Abschied genommen. Man glaubt, daß M. das Geld verspekuliert hat.

Die Vertheilung von Reklamezetteln in den Wagen der Stadt- und Ringbahn wie auch der Vorort- und Fernzüge ist verboten worden. Die Dienststellen sind angewiesen worden, darauf zu achten, daß dieser „Anflug“ nicht mehr stattfindet. Zunderhandelnde Personen sollen zur Bestrafung gemeldet werden.

Ein trübes Ende nahm vorgestern früh für das Gastwirth Wolfische Ehepaar aus der Wallstr. 30 eine Festlichkeit. Wolff und Frau waren nach Schluß ihres Geschäftes um 1/2 12 Uhr noch in den Deutschen Hof in der Ludauerstraße gegangen, wo ein Wohlthätigkeitsfest stattfand. Als sie von dort zwischen 3 und 4 Uhr gestern früh heimkehrten, bot sich ihnen ein entsetzlicher Anblick. Auf dem Hofe lag bewußtlos ihr vier Jahre altes Söhnchen Otto, der aus einem Fenster des zweiten Stockes herabgefiel war. Niemand im Hause hatte davon etwas gemerkt. Das Dienstmädchen hatte abends den kleinen Otto und ein zweites Kind wie gewöhnlich zu Bette gebracht und sich dann in der Küche neben der Schlafstube selbst zur Ruhe gelegt. Es wurde erst wieder nach, als die Dienstherrschaft mit dem verunglückten Kinde in die Wohnung kam. Otto ist nach dem Ortsbefunde in der Nacht leise aufgestanden, in das an die Schlafstube anstoßende Wohnzimmer gegangen, in dem ein Nachtlicht brannte, hat das Fenster aufgeriegelt und ist bei dem Versuche, sich hinauszulehnen, in die Tiefe hinabgefiel. Der Kleine hat sich einen Schädelbruch zugezogen und liegt im Krankenhaus noch bewußtlos.

Im Untersuchungsgefängnisse zu Moabit fand gestern Vormittag 10 1/2 Uhr ein Selbstmord statt. Einer der Untersuchungsgefangenen stürzte sich über die Gallerie des dritten Stockwerks auf den Flur der Rotunde hinab und verstarb nach wenigen Minuten.

Ein eigenartiger Bau-Unfall hat sich am Mittwoch Nachmittag um 2 Uhr auf dem Grundstück Unter den Linden 6a zugetragen. Der 47 Jahre alte Arbeiter Gustav Nirdorf aus der Weberstraße 10 war hier bei einem Abbruch beschäftigt und nahm die Balken in Empfang, die aus dem nächsthöheren Geschloß herabgelassen wurden. Dabei verwickelte er sich unten in das Tau, wurde mit hochgezogen, stürzte dann wieder herunter und wurde von einem nachfallenden Balken getroffen, der ihm den Knochen des linken Oberschenkels durchschlug. Der Verunglückte mußte mit einer Droschke in ein Krankenhaus gebracht werden.

Eine schwere Brandverletzung des rechten Auges erlitt vorgestern in einem Lokal der Friedrichstraße 14 wohnende Kaufmann Saarfeld. Der junge Mann weilte mit einigen Bekannten zusammen in dem erwähnten Restaurant. Einer seiner Freunde wollte sich eine Zigarre anzünden; als er mit einem schwedischen Streichhölzchen die Reißfläche einer Schachtel berührte, entzündete sich die Kuppe, gleichzeitig von dem Holz lospringend und flog dem S. ins Auge, dessen Pupille sofort durchgebrannt wurde. Der Verunglückte nahm sofort ärztliche Hilfe in Anspruch, doch dürfte dem Auge die Sehkraft schwerlich erhalten bleiben.

Disslos aufgefunden wurde in der vergangenen Nacht die unverheiratete Luise Rante aus der Friedrichstraße 177 vor dem Hause Neue Wilhelmstraße 28. Sie blutete stark aus einer erheblichen Wundwunde am Kopfe. Ein Schuhmann des 3. Reviers brachte sie in ein Krankenhaus. Wie sie zu der Verletzung gekommen ist, weiß man nicht.

Von ihrem Manne ist die 53 Jahre alte Frau Auguste Jurzig geb. Kromer aus der Forsterstraße 88 schwer verletz worden. Diese lebt getrennt von ihrem Manne, dem Arbeiter Jurzig, der in der Schmiedestraße 228a wohnt. Als die Frau dort ihre Kinder, die dem Manne belassen sind, besuchen wollte, kam es zu einem Streite, bei dem sie von Jurzig so schwer mißhandelt wurde, daß man sie vorgestern Nachmittag in ein Krankenhaus bringen mußte.

Einen plötzlichen Tod fand gestern die 42jährige Wittwe Schneider aus Breslau, welche zum Besuche der Gewerbe-Ausstellung in Berlin weilte. Frau Sch. war erst am Dienstag Abend hier eingetroffen und hatte bei ihrer in der Alexanderstraße wohnenden Schwester Logis genommen. Gestern früh wollte die Fremde sich nach der Gewerbe-Ausstellung begeben und sie hatte sich zum Ausgehen fertig gemacht, als sie plötzlich von einem heftigen Unwohlsein befallen wurde, sie auf einen Stuhl niederließ und dortselbst nach wenigen Minuten verschied. Ein Herzschlag hatte, wie ein hinzugezogener Arzt konstatierte, ihrem Leben ein Ende gesetzt.

Feuerbericht. Zwei große Brände, die gleichzeitig gestern Vormittag zur Meldung kamen, haben der Feuerwehre viel Arbeit gemacht. Gegen 10 Uhr brach in der Landsbergerstr. 11 in der Klempner- und Buchbinder-Fabrik von Trost u. Münninger Feuer aus. Bei Anbruch der Feuerwehre unter der persönlichen Leitung des Branddirektors Wiersberg stand das Quergebäude in hellen Flammen. Zwei Arbeiter, die wegen der Verqualmung die Treppen nicht mehr passieren konnten, wurden von der Feuerwehre über die Dächer in Sicherheit gebracht. Bei den Lösungsarbeiten, die mehrere Stunden in Anspruch nahmen, zeichneten sich drei Volontäre, der Pionieroffizier Reddemann, der Schornsteinfeger Gölthner und der Feuermann Aschenburger, die hier ihre Ausbildung im Feuerlöschdienste genießen, besonders aus. Nicht ganz so großen Schaden richtete ein Brand in der Adlerstr. 156 an. Dort brannte der Dachstuhl, wobei eine Menge Hausrath der Miether verbrannte. Erst nach mehrstündiger Thätigkeit konnte die Feuerwehre wieder abrücken.

Von der preussischen Verstromung. Nach landrätlicher Verfügung sollen in den Kreisen Teltow und Niederbarnim öffentliche Laugmusiken fortan im Winter nur bis 10 Uhr, im Sommer bis 11 Uhr abends geduldet werden. Die Gastwirthe werden durch diese Verfügung um so mehr betroffen, als schon seit einem halben Jahre die Sonnabendstänke verboten sind. Man gedenkt gegen diese neue Beschränkung des Gastwirthsgewerbes Einspruch zu erheben. Es schadet nichts, daß auch die der Sozialdemokratie feindlichen Wirths einmal die Herrlichkeit des Polizeistaats zu spüren bekommen.

Arbeitszeitverkürzung auf der Dampf-Strassenbahn? Für das Fahrpersonal der Dampf-Strassenbahn soll der neue Winter-Fahrplan eine wesentliche Dienstzeitverkürzung gebracht haben. Während früher das Personal darüber klagte, daß es bis zu 14, ja 17 Stunden auf dem Posten ausdauern müsse, beträgt vom 1. d. M. an die längste Dienstzeit nur noch 12 bis 13 Stunden, und zwar auch für die bisher darin am schlechtesten gestellt gewesenenen Schaffner der Wagen. Ganz freie Tage werden im Monat aber nur zwei gewährt. Dafür jedoch erfolgt jetzt

häufiger eine frühzeitige Ablösung nachmittags um 8 Uhr nach einem Dienst von 6 bis 8 Stunden. Inwiefern diese Meldungen richtig sind, vermögen wir nicht zu sagen.

Eine direkte Verbindung Rixdorf mit der Hochbahn durch eine elektrische Bahnanlage ist von den Wohnern dieses Ortes bereits im Jahre 1893 bei der Firma Siemens u. Halske angeregt und von dieser auch zugesagt worden. Bis her jedoch ist seitens der Firma nichts geschehen, was darauf schließen lassen könnte, daß sie ihr Versprechen auch zu erfüllen gedenkt. Der Rixdorfer Grundbesitzerverein will dies Versprechen bei der Firma in Erinnerung bringen.

## Gewerbe-Ausstellung 1896.

Die Büreaus des Arbeits-Ausschusses und sämtlicher Verwaltungs-Abtheilungen der Ausstellung befinden sich von Montag, den 19. ab Zimmerstraße 34. Nur die Platz-Inspektion verbleibt noch auf dem Ausstellungsgelände; sie befindet sich im Chemiegebäude. Von heute an ist dieses Bureau, wie das gesamte Ausstellungsgelände nur von 8-5 Uhr für das Hin- und Herkommen von Ausstellungsobjekten geöffnet. Von diesem Tage an ist sowohl das Rauschen, wie die Benutzung künstlichen Lichtes irgend welcher Art auf dem gesamten Ausstellungsgelände strengstens verboten, sämtliche Arbeiten dürfen nur bei Tageslicht vorgenommen werden.

Mit dem Abriß der Ausstellung wird bereits heute begonnen werden. Es wird zunächst das Verkehrsmittel der Ausstellung, die elektrische Rundbahn, mit ihren gesammelten Ueberführungen beseitigt und die Trasse derselben sofort planirt werden, um die Fahrwege wiederherzustellen und für die Zubrücke eine möglichst schnelle Passage zu schaffen. Mit dem Abriß der Gebäude, soweit diese der Ausstellung als solcher gedient haben, wird am 20. d. M. begonnen werden. Dagegen werden die Ausstellungshallen, welche auf dem Wege der Treptower Chaussee stehen, am 16. respektive 17. soweit wie möglich, entleert. Das Verwaltungsgebäude wird bis zum 26. Oktober stehen bleiben und bis zu diesem Termin die Platz-Inspektion in demselben verbleiben. Den sanitären Dienst während des Abbrisses übernimmt wieder die Berliner Sanitätswachen-Vereinigung, welche im Oktober noch in ihrem alten Pavillon bleibt und für die zum November ein neues Gebäude errichtet wird. Die Ausfahrt der Ausstellungsgegenstände u. s. w. soll am 20. d. M. beendet sein. Für die Zeit des Abbrisses der Baulichkeiten gelten innerhalb des Ausstellungsterrains dieselben Bestimmungen, welche zur Zeit des Aufbaues getroffen waren.

Erwartung und Erfüllung. Noch ehe die Gewerbe-Ausstellung zu bestehen aufgehört hat, ist ein Unternehmen von der Bildfläche verschwunden, welches seinerzeit speziell für die ersten ins Leben gerufen worden war, und das nach der riesigen Wellen zu urtheilen, die dafür gemacht wurde, von hervorragender Bedeutung für den ganzen Berliner Fremdenverkehr sein sollte. Es handelt sich um die in der Alexanderstraße eingerichtet gewesene „Zentralstelle für den Berliner Fremden-Verkehr“. Dieselbe hat bereits Ende vorigen Monats den Konkurs angemeldet, der aber wegen nicht vorhandener Masse abgelehnt worden ist. Zu den trauernden Hinterbliebenen gehören nicht nur eine ganze Reihe von Papierlieferanten, Druckerien und Restaurateuren, sondern auch zum größeren Theil die Angestellten des Instituts. Schon Ende Februar dieses Jahres gerieth das im September vorigen Jahres gegründete Unternehmen in Zahlungsstockung. Eine unausführbare Idee folgte der anderen. Und die heute ertheilten Mittheilungen morgen schon wieder annullirt. Ende April mietete die Zentralstelle auf einen Monat 60 möblirte Zimmer für eine Gesamtmiethen von 4000 M. Da aber von der geringen Zahl von dreihundert Fremden, welche das Institut während der Dauer seines Bestehens im ganzen zu führen und verpflegen hatte, im Mai sich nur 20 seiner Hilfe bedienten und selbst von diesen wenigen fast keines der gemieteten Zimmer benutzt wurde, so mußten die Vermieter mit kleinen Zahlungen abgefunden werden. Das Stammkapital, das bis heute noch nicht voll eingezahlt ist, betrug nicht mehr als 20 000 M., wovon allein zwei Geschäftsführer, deren Wage expl. Spesen monatlich 900 M. betrug, sowie 20 Angestellte besoldet werden sollten. Die Eröffnung des Konkurses hätte geschicklich schon Anfang März erfolgen müssen; und da dies nicht geschehen ist, werden nun die Gläubiger, denen durch die Verzögerung die Möglichkeit der Deckung ihrer Forderungen benommen ist, die damalige Geschäftsleitung haftbar machen.

## Kunst und Wissenschaft.

Im Schiller-Theater wird heute das Moser'sche Lustspiel „Der Bureaunkrat“ wiederholt. In der Sonntag Abend stattfindenden Aufführung von „Viel Lärm um Nichts“ debütiert Fräulein Marie Grindel vom Stadt-Theater in Frankfurt a. M. Der Einakter „Mänchenhausen“ von Schnizer und Fiebig und der Restroy'sche Posse „Der Jerrissen“ gehen morgen zum ersten Mal in Scene. Der Beethoven-Abend, den das Schiller-Theater am Sonntag, den 18. d. Mts., im Bürgerpavillon des Rathhauses veranstaltet, fährt in die seit zwei Jahren fortgesetzten Dichter- und Liederdichter-Abende ein neues Element ein. Da sich von dem grandiosen Schaffen Beethovens's kein genügendes Bild ohne Heranziehung von Instrumentalmusik geben läßt, werden diesmal auch Geiger und Cellisten mitwirken. Den Organpart hat Herr Edmund Holzheuer, die Cellopart Herr Philipp Roth übernommen. Es wirken ferner an diesem Abend noch mit die Klaviervirtuosin Fräulein Gb. Lehmann und die Sängerin Frau König. Den einleitenden Vortrag hält Herr Dr. Karl Crebs.

Franenstudium. Der Andrang der Frauen zum Universitätsstudium ist dem „V. Z.“ zufolge diesmal in Berlin anscheinend besonders stark. Es haben sich beim Universitätsstudium schon jetzt gegen 40 Damen gemeldet. In den Vordergrund treten hierbei der Zahl nach die Ausländerinnen; die meisten kommen von Amerika. Eine dieser Frauen, die hier alle nur als Gasthörerinnen zugelassen werden, hat in Amerika sogar schon akademische Vorlesungen gehalten.

## Gerichts-Beilage.

Dem gestern bereits erwähnten Prozeß, den der Magistrat im Kampfe mit einem Hilfsarbeiter gewonnen hat, liegt folgender Sachverhalt zu grunde. Der Militärärzter Korth war seit dem 30. Mai 1895 bei dem hiesigen Magistrat als Bureau-Hilfsarbeiter beschäftigt. Nachdem er dann zur Ablegung der Prüfung als Magistratsassistent aufgefordert war, hatte er zwar zuerst die nötigen Schritte dazu unternommen, schließlich aber die Prüfung verweigert. Der Magistrat kündigte ihm nunmehr auf grund der schriftlich ausgemachten Kündigungsfrist, indem er ihm zugleich eine Stelle als Steuererheber oder Hilfsarbeiter in gleicher Gehaltsgröße anbot. R. lehnte dies ab und klagte schließlich auf weitere Zahlung des früheren Gehalts, da er weder die Prüfung abzulegen, noch eine andere minderwertige, wenn auch mit gleichem Gehalt ausgestattete Stellung anzunehmen brauchte. Die verklagte Stadtgemeinde bestritt, daß eine Anstellung als Gemeindebeamter und eine Entlassung aus dem städtischen Dienst im allgemeinen vorliege. Der Kläger sei nur im Vorbereitungsdienst beschäftigt gewesen, und eine Entlassung über seine feste Anstellung sei stets vorbehalten geblieben. In erster Instanz wurde nach dem Klage-Antrage erkannt. Das Kammergericht aber hob gestern die Vorentscheidung auf und wies den Kläger kostenpflichtig ab. Der Magistrat — so wurde ausgeführt — sei zweifellos berechtigt, Personen auf Probefristzeit an-

zunehmen. Auch der Kläger sei, gleich anderen Militärärztern, nur auf Probe angestellt gewesen. Allerdings sei er sechs Jahre lang beschäftigt worden, und in dieser langen Zeitdauer liege eine Aehnlichkeit mit dem Falle Kallh, der in seinem Tathatsache aber mit dem jetzigen nicht übereinstimme. Hier sei von dem Kläger zu einer Zeit, wo die Probezeit noch nicht beendet war, die Ablegung einer Prüfung verlangt worden. Dies habe er zunächst nicht abgelehnt, sondern sich mehrfach zum Prüfungstermin eingefunden und dann erst die Ablegung der Prüfung verweigert. Die Probefristzeit sollte aber erst durch die Prüfung beendet werden. Dadurch, daß Kläger zunächst auf das Verlangen des Magistrats einging, habe er auch selbst zugegeben, daß er sich selbst noch als in der Probefristzeit befindlich gehalten habe. Nach alledem sei der Senat der Ansicht, daß die Probefristzeit nicht in eine feste Anstellung übergegangen und der Magistrat zur Kündigung berechtigt gewesen sei.

In Frankfurt a. M. hat die Strafkammer den Kriminalschußmann May wegen Kuppelrei zu zwei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurtheilt. Es handelte sich um Unterthückung der Wirthin des Eisenbahnhofs, welches zweifelhaften Personen als Absteigequartier diente. Der Hausbursche Schmal wurde wegen Beihilfe zur Kuppelrei zu zwei Monaten Gefängnis verurtheilt. Die Wirthin ist seit vorgestern verschwunden.

## Versammlungen.

Die Parteigenossen des 5. Wahlkreises waren am Dienstag bei Buske, Grenadierstraße, versammelt, um zunächst den Bericht über die Parteikonferenz, den die Genossen Teufert und Piepmann erstatteten, entgegenzunehmen. Beide Redner gaben in erschöpfender Weise die gesprochenen Verhandlungen der Konferenz wieder, dabei betonend, daß sie in verschiedenen Fällen mit den gefaßten Beschlüssen und mit der Behandlung einzelner Fragen nicht zufrieden sind. In Sachen der Fregate-Arbeiter sowohl als auch in der Frage des Nachtr. -Adenschlusses sei die Erörterung eine ungenügende gewesen und demzufolge das Ergebniß nicht befriedigend. Namentlich aber bezüglich der Lokalfrage habe sich eine unbegründete Voreingenommenheit gegen die Berliner Genossen geltend gemacht, worauf auch die ablehnende Haltung der auswärtigen Genossen gegenüber den berechtigten Wünschen der Berliner Genossen theilweise zurückzuführen ist. In der Diskussion, an der sich die Genossen Naash, Drescher, Regge, Teufert, Piepmann und andere betheiligten, wurde wiederholt hervorgehoben, daß die Lokalfrage nicht eher von der Tagesordnung verschwinden werde, bis eine richtige Lösung derselben, wozu die von Böhsch gestellte Resolution geeignet erschien, vorgenommen ist. Drescher wünscht weiter, um eine Majorität in Zukunft zu vermeiden, eine Regelung der Delegirtenzahl nach Maßgabe der Größe des Kreises. Hierauf berichtete Genosse Hennig über die Thätigkeit der Agitationskommission der Provinz Brandenburg, die, wie der Redner anführte, trotz des Kollisions eine recht erfolgreiche war, und fodern Gen. B. u. s. e. als Mitglied der Lokalkommission. In den Ausführungen über die Lokalverhältnisse kritisirte der Redner das Verhalten des freimüthigen Vorstandes des Handwerkervereins, der den Oekonom kontraktlich hindert, das Lokal für die Sozialdemokratie freizugeben. Des weiteren giebt der Redner bekannt, daß der derzeitige Inhaber des Stein'schen Lokals in der Hofenthalerstraße ebenso wie der Gastwirth Müller in der Johannisstraße nach langer Verzögerung und allerlei Ausschüchten die Unterdrückung zur Freigabe des Lokals verweigert haben. Nach kurzer Debatte gelangte ein Antrag zur Annahme, wonach sich die Versammlung mit der eventuellen Freigabe der Philharmonie, Kroll und Konzerthaus als Kunstinstitute einverstanden erklärt, daß aber die Abhaltung von Vergnügungen in den genannten Etablissements unter allen Umständen unterbleibe. Ein Antrag, gleich dem 6. Kreis zu der am Sonntag stattfindenden Konferenz drei Genossen außer der Lokalkommission zu delegiren, wurde abgelehnt. Als Mitglied der Agitationskommission der Provinz Brandenburg wurden Genosse Hennig, als Mitglieder der Lokalkommission die Genossen Späth und B. u. s. e. einstimmig wiedergewählt. Zum Schluß theilt Naash mit, daß am Montag, den 19. Oktober eine Versammlung mit dem Thema: „Handlungsgehilfen und Sozialdemokratie“ bei Keller in der Koppstraße stattfinden wird, wozu er die Genossen zum regen Besuch einladet.

Arbeiter-Gildungsfeier. Freitag Abend 9 Uhr bis 10 1/2 Uhr: Sächsische Schule, Waldemarstr. 11: Natur-Erkenntniß (Witte) und modernes Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Wissenschaft und biblische Uebersetzung. Die Einwirkung der Erde aus ihrer betragenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Lichtes in der Naturgeschichte (Lamarck-Tarwin). Das Seelenproblem. Wissenschaft und Materialismus. (Warten-Tarwin). Das Seelenproblem. Herr Dr. G. J. J. — Nord-Schule, Warten-Tarwin. 11: Natur-Erkenntniß (Witte) und modernes Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Wissenschaft und biblische Uebersetzung. Die Einwirkung der Erde aus ihrer betragenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Lichtes in der Naturgeschichte (Lamarck-Tarwin). Das Seelenproblem. Wissenschaft und Materialismus. (Warten-Tarwin). Das Seelenproblem. Herr Dr. G. J. J. — Nord-Schule, Warten-Tarwin. 11: Natur-Erkenntniß (Witte) und modernes Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Wissenschaft und biblische Uebersetzung. Die Einwirkung der Erde aus ihrer betragenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Lichtes in der Naturgeschichte (Lamarck-Tarwin). Das Seelenproblem. Wissenschaft und Materialismus. (Warten-Tarwin). Das Seelenproblem. Herr Dr. G. J. J. — Nord-Schule, Warten-Tarwin. 11: Natur-Erkenntniß (Witte) und modernes Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Wissenschaft und biblische Uebersetzung. Die Einwirkung der Erde aus ihrer betragenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Lichtes in der Naturgeschichte (Lamarck-Tarwin). Das Seelenproblem. Wissenschaft und Materialismus. (Warten-Tarwin). Das Seelenproblem. Herr Dr. G. J. J. — Nord-Schule, Warten-Tarwin. 11: Natur-Erkenntniß (Witte) und modernes Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Wissenschaft und biblische Uebersetzung. Die Einwirkung der Erde aus ihrer betragenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Lichtes in der Naturgeschichte (Lamarck-Tarwin). Das Seelenproblem. Wissenschaft und Materialismus. (Warten-Tarwin). Das Seelenproblem. Herr Dr. G. J. J. — Nord-Schule, Warten-Tarwin. 11: Natur-Erkenntniß (Witte) und modernes Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Wissenschaft und biblische Uebersetzung. Die Einwirkung der Erde aus ihrer betragenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Lichtes in der Naturgeschichte (Lamarck-Tarwin). Das Seelenproblem. Wissenschaft und Materialismus. (Warten-Tarwin). Das Seelenproblem. Herr Dr. G. J. J. — Nord-Schule, Warten-Tarwin. 11: Natur-Erkenntniß (Witte) und modernes Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Wissenschaft und biblische Uebersetzung. Die Einwirkung der Erde aus ihrer betragenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Lichtes in der Naturgeschichte (Lamarck-Tarwin). Das Seelenproblem. Wissenschaft und Materialismus. (Warten-Tarwin). Das Seelenproblem. Herr Dr. G. J. J. — Nord-Schule, Warten-Tarwin. 11: Natur-Erkenntniß (Witte) und modernes Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Wissenschaft und biblische Uebersetzung. Die Einwirkung der Erde aus ihrer betragenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Lichtes in der Naturgeschichte (Lamarck-Tarwin). Das Seelenproblem. Wissenschaft und Materialismus. (Warten-Tarwin). Das Seelenproblem. Herr Dr. G. J. J. — Nord-Schule, Warten-Tarwin. 11: Natur-Erkenntniß (Witte) und modernes Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Wissenschaft und biblische Uebersetzung. Die Einwirkung der Erde aus ihrer betragenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Lichtes in der Naturgeschichte (Lamarck-Tarwin). Das Seelenproblem. Wissenschaft und Materialismus. (Warten-Tarwin). Das Seelenproblem. Herr Dr. G. J. J. — Nord-Schule, Warten-Tarwin. 11: Natur-Erkenntniß (Witte) und modernes Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Wissenschaft und biblische Uebersetzung. Die Einwirkung der Erde aus ihrer betragenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Lichtes in der Naturgeschichte (Lamarck-Tarwin). Das Seelenproblem. Wissenschaft und Materialismus. (Warten-Tarwin). Das Seelenproblem. Herr Dr. G. J. J. — Nord-Schule, Warten-Tarwin. 11: Natur-Erkenntniß (Witte) und modernes Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Wissenschaft und biblische Uebersetzung. Die Einwirkung der Erde aus ihrer betragenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Lichtes in der Naturgeschichte (Lamarck-Tarwin). Das Seelenproblem. Wissenschaft und Materialismus. (Warten-Tarwin). Das Seelenproblem. Herr Dr. G. J. J. — Nord-Schule, Warten-Tarwin. 11: Natur-Erkenntniß (Witte) und modernes Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Wissenschaft und biblische Uebersetzung. Die Einwirkung der Erde aus ihrer betragenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Lichtes in der Naturgeschichte (Lamarck-Tarwin). Das Seelenproblem. Wissenschaft und Materialismus. (Warten-Tarwin). Das Seelenproblem. Herr Dr. G. J. J. — Nord-Schule, Warten-Tarwin. 11: Natur-Erkenntniß (Witte) und modernes Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Wissenschaft und biblische Uebersetzung. Die Einwirkung der Erde aus ihrer betragenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Lichtes in der Naturgeschichte (Lamarck-Tarwin). Das Seelenproblem. Wissenschaft und Materialismus. (Warten-Tarwin). Das Seelenproblem. Herr Dr. G. J. J. — Nord-Schule, Warten-Tarwin. 11: Natur-Erkenntniß (Witte) und modernes Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Wissenschaft und biblische Uebersetzung. Die Einwirkung der Erde aus ihrer betragenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Lichtes in der Naturgeschichte (Lamarck-Tarwin). Das Seelenproblem. Wissenschaft und Materialismus. (Warten-Tarwin). Das Seelenproblem. Herr Dr. G. J. J. — Nord-Schule, Warten-Tarwin. 11: Natur-Erkenntniß (Witte) und modernes Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Wissenschaft und biblische Uebersetzung. Die Einwirkung der Erde aus ihrer betragenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Lichtes in der Naturgeschichte (Lamarck-Tarwin). Das Seelenproblem. Wissenschaft und Materialismus. (Warten-Tarwin). Das Seelenproblem. Herr Dr. G. J. J. — Nord-Schule, Warten-Tarwin. 11: Natur-Erkenntniß (Witte) und modernes Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Wissenschaft und biblische Uebersetzung. Die Einwirkung der Erde aus ihrer betragenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Lichtes in der Naturgeschichte (Lamarck-Tarwin). Das Seelenproblem. Wissenschaft und Materialismus. (Warten-Tarwin). Das Seelenproblem. Herr Dr. G. J. J. — Nord-Schule, Warten-Tarwin. 11: Natur-Erkenntniß (Witte) und modernes Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Wissenschaft und biblische Uebersetzung. Die Einwirkung der Erde aus ihrer betragenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Lichtes in der Naturgeschichte (Lamarck-Tarwin). Das Seelenproblem. Wissenschaft und Materialismus. (Warten-Tarwin). Das Seelenproblem. Herr Dr. G. J. J. — Nord-Schule, Warten-Tarwin. 11: Natur-Erkenntniß (Witte) und modernes Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Wissenschaft und biblische Uebersetzung. Die Einwirkung der Erde aus ihrer betragenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Lichtes in der Naturgeschichte (Lamarck-Tarwin). Das Seelenproblem. Wissenschaft und Materialismus. (Warten-Tarwin). Das Seelenproblem. Herr Dr. G. J. J. — Nord-Schule, Warten-Tarwin. 11: Natur-Erkenntniß (Witte) und modernes Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Wissenschaft und biblische Uebersetzung. Die Einwirkung der Erde aus ihrer betragenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Lichtes in der Naturgeschichte (Lamarck-Tarwin). Das Seelenproblem. Wissenschaft und Materialismus. (Warten-Tarwin). Das Seelenproblem. Herr Dr. G. J. J. — Nord-Schule, Warten-Tarwin. 11: Natur-Erkenntniß (Witte) und modernes Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Wissenschaft und biblische Uebersetzung. Die Einwirkung der Erde aus ihrer betragenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Lichtes in der Naturgeschichte (Lamarck-Tarwin). Das Seelenproblem. Wissenschaft und Materialismus. (Warten-Tarwin). Das Seelenproblem. Herr Dr. G. J. J. — Nord-Schule, Warten-Tarwin. 11: Natur-Erkenntniß (Witte) und modernes Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Wissenschaft und biblische Uebersetzung. Die Einwirkung der Erde aus ihrer betragenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Lichtes in der Naturgeschichte (Lamarck-Tarwin). Das Seelenproblem. Wissenschaft und Materialismus. (Warten-Tarwin). Das Seelenproblem. Herr Dr. G. J. J. — Nord-Schule, Warten-Tarwin. 11: Natur-Erkenntniß (Witte) und modernes Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Wissenschaft und biblische Uebersetzung. Die Einwirkung der Erde aus ihrer betragenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Lichtes in der Naturgeschichte (Lamarck-Tarwin). Das Seelenproblem. Wissenschaft und Materialismus. (Warten-Tarwin). Das Seelenproblem. Herr Dr. G. J. J. — Nord-Schule, Warten-Tarwin. 11: Natur-Erkenntniß (Witte) und modernes Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Wissenschaft und biblische Uebersetzung. Die Einwirkung der Erde aus ihrer betragenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Lichtes in der Naturgeschichte (Lamarck-Tarwin). Das Seelenproblem. Wissenschaft und Materialismus. (Warten-Tarwin). Das Seelenproblem. Herr Dr. G. J. J. — Nord-Schule, Warten-Tarwin. 11: Natur-Erkenntniß (Witte) und modernes Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Wissenschaft und biblische Uebersetzung. Die Einwirkung der Erde aus ihrer betragenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Lichtes in der Naturgeschichte (Lamarck-Tarwin). Das Seelenproblem. Wissenschaft und Materialismus. (Warten-Tarwin). Das Seelenproblem. Herr Dr. G. J. J. — Nord-Schule, Warten-Tarwin. 11: Natur-Erkenntniß (Witte) und modernes Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Wissenschaft und biblische Uebersetzung. Die Einwirkung der Erde aus ihrer betragenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Lichtes in der Naturgeschichte (Lamarck-Tarwin). Das Seelenproblem. Wissenschaft und Materialismus. (Warten-Tarwin). Das Seelenproblem. Herr Dr. G. J. J. — Nord-Schule, Warten-Tarwin. 11: Natur-Erkenntniß (Witte) und modernes Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Wissenschaft und biblische Uebersetzung. Die Einwirkung der Erde aus ihrer betragenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Lichtes in der Naturgeschichte (Lamarck-Tarwin). Das Seelenproblem. Wissenschaft und Materialismus. (Warten-Tarwin). Das Seelenproblem. Herr Dr. G. J. J. — Nord-Schule, Warten-Tarwin. 11: Natur-Erkenntniß (Witte) und modernes Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Wissenschaft und biblische Uebersetzung. Die Einwirkung der Erde aus ihrer betragenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Lichtes in der Naturgeschichte (Lamarck-Tarwin). Das Seelenproblem. Wissenschaft und Materialismus. (Warten-Tarwin). Das Seelenproblem. Herr Dr. G. J. J. — Nord-Schule, Warten-Tarwin. 11: Natur-Erkenntniß (Witte) und modernes Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Wissenschaft und biblische Uebersetzung. Die Einwirkung der Erde aus ihrer betragenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Lichtes in der Naturgeschichte (Lamarck-Tarwin). Das Seelenproblem. Wissenschaft und Materialismus. (Warten-Tarwin). Das Seelenproblem. Herr Dr. G. J. J. — Nord-Schule, Warten-Tarwin. 11: Natur-Erkenntniß (Witte) und modernes Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Wissenschaft und biblische Uebersetzung. Die Einwirkung der Erde aus ihrer betragenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Lichtes in der Naturgeschichte (Lamarck-Tarwin). Das Seelenproblem. Wissenschaft und Materialismus. (Warten-Tarwin). Das Seelenproblem. Herr Dr. G. J. J. — Nord-Schule, Warten-Tarwin. 11: Natur-Erkenntniß (Witte) und modernes Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Wissenschaft und biblische Uebersetzung. Die Einwirkung der Erde aus ihrer betragenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Lichtes in der Naturgeschichte (Lamarck-Tarwin). Das Seelenproblem. Wissenschaft und Materialismus. (Warten-Tarwin). Das Seelenproblem. Herr Dr. G. J. J. — Nord-Schule, Warten-Tarwin. 11: Natur-Erkenntniß (Witte) und modernes Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Wissenschaft und biblische Uebersetzung. Die Einwirkung der Erde aus ihrer betragenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Lichtes in der Naturgeschichte (Lamarck-Tarwin). Das Seelenproblem. Wissenschaft und Materialismus. (Warten-Tarwin). Das Seelenproblem. Herr Dr. G. J. J. — Nord-Schule, Warten-Tarwin. 11: Natur-Erkenntniß (Witte) und modernes Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Wissenschaft und biblische Uebersetzung. Die Einwirkung der Erde aus ihrer betragenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Lichtes in der Naturgeschichte (Lamarck-Tarwin). Das Seelenproblem. Wissenschaft und Materialismus. (Warten-Tarwin). Das Seelenproblem. Herr Dr. G. J. J. — Nord-Schule, Warten-Tarwin. 11: Natur-Erkenntniß (Witte) und modernes Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Wissenschaft und biblische Uebersetzung. Die Einwirkung der Erde aus ihrer betragenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Lichtes in der Naturgeschichte (Lamarck-Tarwin). Das Seelenproblem. Wissenschaft und Materialismus. (Warten-Tarwin). Das Seelenproblem. Herr Dr. G. J. J. — Nord-Schule, Warten-Tarwin. 11: Natur-Erkenntniß (Witte) und modernes Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Wissenschaft und biblische Uebersetzung. Die Einwirkung der Erde aus ihrer betragenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Lichtes in der Naturgeschichte (Lamarck-Tarwin). Das Seelenproblem. Wissenschaft und Materialismus. (Warten-Tarwin). Das Seelenproblem. Herr Dr. G. J. J. — Nord-Schule, Warten-Tarwin. 11: Natur-Erkenntniß (Witte) und modernes Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Wissenschaft und biblische Uebersetzung. Die Einwirkung der Erde aus ihrer betragenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Lichtes in der Naturgeschichte (Lamarck-Tarwin). Das Seelenproblem. Wissenschaft und Materialismus. (Warten-Tarwin). Das Seelenproblem. Herr Dr. G. J. J. — Nord-Schule, Warten-Tarwin. 11: Natur-Erkenntniß (Witte) und modernes Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Wissenschaft und biblische Uebersetzung. Die Einwirkung der Erde aus ihrer betragenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Lichtes in der Naturgeschichte (Lamarck-Tarwin). Das Seelenproblem. Wissenschaft und Materialismus. (Warten-Tarwin). Das Seelenproblem. Herr Dr. G. J. J. — Nord-Schule, Warten-Tarwin. 11: Natur-Erkenntniß (Witte) und modernes Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Wissenschaft und biblische Uebersetzung. Die Einwirkung der Erde aus ihrer betragenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Lichtes in der Naturgeschichte (Lamarck-Tarwin). Das Seelenproblem. Wissenschaft und Materialismus. (Warten-Tarwin). Das Seelenproblem. Herr Dr. G. J. J. — Nord-Schule, Warten-Tarwin. 11: Natur-Erkenntniß (Witte) und modernes Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Wissenschaft und biblische Uebersetzung. Die Einwirkung der Erde aus ihrer betragenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Lichtes in der Naturgeschichte (Lamarck-Tarwin). Das Seelenproblem. Wissenschaft und Materialismus. (Warten-Tarwin). Das Seelenproblem. Herr Dr. G. J. J. — Nord-Schule, Warten-Tarwin. 11: Natur-Erkenntniß (Witte) und modernes Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Wissenschaft und biblische Uebersetzung. Die Einwirkung der Erde aus ihrer betragenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Lichtes in der Naturgeschichte (Lamarck-Tarwin). Das Seelenproblem. Wissenschaft und Materialismus. (Warten-Tarwin). Das Seelenproblem. Herr Dr. G. J. J. — Nord-Schule, Warten-Tarwin. 11: Natur-Erkenntniß (Witte) und modernes Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Wissenschaft und biblische Uebersetzung. Die Einwirkung der Erde aus ihrer betragenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Lichtes in der Naturgeschichte (Lamarck-Tarwin). Das Seelenproblem. Wissenschaft und Materialismus. (Warten-Tarwin). Das Seelenproblem. Herr Dr. G. J. J. — Nord-Schule, Warten-Tarwin. 11: Natur-Erkenntniß (Witte) und modernes Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Wissenschaft und biblische Uebersetzung. Die Einwirkung der Erde aus ihrer betragenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Lichtes in der Naturgeschichte (Lamarck-Tarwin). Das Seelenproblem. Wissenschaft und Materialismus. (Warten-Tarwin). Das Seelenproblem. Herr Dr. G. J. J. — Nord-Schule, Warten-Tarwin. 11: Natur-Erkenntniß (Witte) und modernes Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Wissenschaft und biblische Uebersetzung. Die Einwirkung der Erde aus ihrer betragenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Lichtes in der Naturgeschichte (Lamarck-Tarwin). Das Seelenproblem. Wissenschaft und Materialismus. (Warten-Tarwin). Das Seelenproblem. Herr Dr. G. J. J. — Nord-Schule, Warten-Tarwin. 11: Natur-Erkenntniß (Witte) und modernes Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Wissenschaft und biblische Uebersetzung. Die Einwirkung der Erde aus ihrer betragenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Lichtes in der Naturgeschichte (Lamarck-Tarwin). Das Seelenproblem. Wissenschaft und Materialismus. (Warten-Tarwin). Das Seelenproblem. Herr Dr. G. J. J. — Nord-Schule, Warten-Tarwin. 11: Natur-Erkenntniß (Witte) und modernes Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Wissenschaft und biblische Uebersetzung. Die Einwirkung der Erde aus ihrer betragenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Lichtes in der Naturgeschichte (Lamarck-Tarwin). Das Seelenproblem. Wissenschaft und Materialismus. (Warten-Tarwin). Das Seelenproblem. Herr Dr. G. J. J. — Nord-Schule, Warten-Tarwin. 11: Natur-Erkenntniß (Witte) und modernes Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Wissenschaft und biblische Uebersetzung. Die Einwirkung der Erde aus ihrer betragenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Lichtes in der Naturgeschichte (Lamarck-Tarwin). Das Seelenproblem. Wissenschaft und Materialismus. (Warten-Tarwin). Das Seelenproblem. Herr Dr. G. J. J. — Nord-Schule, Warten-Tarwin. 11: Natur-Erkenntniß (Witte) und modernes Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Wissenschaft und biblische Uebersetzung. Die Einwirkung der Erde aus ihrer betragenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Lichtes in der Naturgeschichte (Lamarck-Tarwin). Das Seelenproblem. Wissenschaft und Materialismus. (Warten-Tarwin). Das Seelenproblem. Herr Dr. G. J. J. — Nord-Schule, Warten-Tarwin. 11: Natur-Erkenntniß (Witte) und modernes Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Wissenschaft und biblische Uebersetzung. Die Einwirkung der Erde aus ihrer betragenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Lichtes in der Naturgeschichte (Lamarck-Tarwin). Das Seelenproblem. Wissenschaft und Materialismus. (Warten-Tarwin). Das Seelenproblem. Herr Dr. G. J. J. — Nord-Schule, Warten-Tarwin. 11: Natur-Erkenntniß (Witte) und modernes Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Wissenschaft und biblische Uebersetzung. Die Einwirkung der Erde aus ihrer betragenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Lichtes in der Naturgeschichte (Lamarck-Tarwin). Das Seelenproblem. Wissenschaft und Materialismus. (Warten-Tarwin). Das Seelenproblem. Herr Dr. G. J. J. — Nord-Schule, Warten-Tarwin. 11: Natur-Erkenntniß (Witte) und modernes Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Wissenschaft und biblische Uebersetzung. Die Einwirkung der Erde aus ihrer betragenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Lichtes in der Naturgeschichte (Lamarck-Tarwin). Das Seelenproblem. Wissenschaft und Materialismus. (Warten-Tarwin). Das Seelenproblem. Herr Dr. G. J. J. — Nord-Schule, Warten-Tarwin. 11: Natur-Erkenntniß (Witte) und modernes Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Wissenschaft und biblische Uebersetzung. Die Einwirkung der Erde aus ihrer betragenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Lichtes in der Naturgeschichte (Lamarck-Tarwin). Das Seelenproblem. Wissenschaft und Materialismus. (Warten-Tarwin). Das Seelenproblem. Herr Dr. G. J. J. — Nord-Schule, Warten-Tarwin. 11: Natur-Erkenntniß (Witte) und modernes Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Wissenschaft und biblische Uebersetzung. Die Einwirkung der Erde aus ihrer betragenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Lichtes in der Naturgeschichte (Lamarck-Tarwin). Das Seelenproblem. Wissenschaft und Materialismus. (Warten-Tarwin). Das Seelenproblem. Herr Dr. G. J. J. — Nord-Schule, Warten-Tarwin. 11: Natur-Erkenntniß (Witte) und modernes Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Wissenschaft und biblische Uebersetzung. Die Einwirkung der Erde aus ihrer betragenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Lichtes in der Naturgeschichte (Lamarck-Tarwin). Das Seelenproblem. Wissenschaft und Materialismus. (Warten-Tarwin). Das Seelenproblem. Herr Dr. G. J. J. — Nord-Schule, Warten-Tarwin. 11: Natur-Erkenntniß (Witte) und modernes Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Wissenschaft und biblische Uebersetzung. Die Einwirkung der Erde aus ihrer betragenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Lichtes in der Naturgeschichte (Lamarck-Tarwin). Das Seelenproblem. Wissenschaft und Materialismus. (Warten-Tarwin). Das Seelenproblem. Herr Dr. G. J. J. — Nord-Schule, Warten-Tarwin. 11: Natur-Erkenntniß (Witte) und modernes Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Wissenschaft und biblische Uebersetzung. Die Einwirkung der Erde aus ihrer betragenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einwirkung des Lichtes in der Naturgeschichte (Lamarck-Tarwin). Das Seelenproblem. Wissenschaft und Materialismus. (



**Deutscher Holzarbeiter-Verband.** (Zahlstelle Berlin.)  
**West und Südwest: Bezirksversammlung**  
 am Montag, den 19. Oktober, abends 8 Uhr, bei Zubeil, Lindenstr. 106.  
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Rein über: Nationalökonomie.  
 2. Diskussion. 3. Berichtangelegenheiten.  
 Folgende Werkstellen sind besonders eingeladen: Slavonow, Bülow-  
 straße 57; Siwert, Grunewaldstr. 116; Goffow, Zeltowstr. 53;  
 Schirmer, Steglitzerstraße; Werth, Gleditschstr. 26; Gens u. Komp.  
 Jalouffefabrik, Belgierstraße.  
 Um pünktliches Erscheinen wird dringend ersucht.  
 Gentr, Freitag, bei Schöning, Sitzung der Ortsverwaltung.  
 Köpnickstr. 68:

**Tischler - Verein.**  
 Sonnabend, den 17. Oktober, abends 9 Uhr, Melchiorstr. 15:  
**General-Versammlung.**  
 Tagesordnung: 189/2  
 1. Abrechnung vom 3. Vierteljahr 1896. 2. Abrechnung der Bibliothekare.  
 3. Abrechnung betr. des Urania-Besuchs und Vereinsangelegenheiten.  
 Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

**Fachverein der Stellmacher Berlins und Umgegend.**  
 Sonntag, den 18. Oktober, vormittags 9 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Babel, Rosenthalerstr. 57:  
**General-Versammlung.**  
 Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal 1896. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. 189/2  
 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

**Freie Vereinigung der Bau-Anschläger Berlins und Umgegend.**  
 Am Sonntag, den 18. Oktober, vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Buske, Grenadierstr. 83:  
**Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 Sassenbericht. Aufnahme neuer Mitglieder. Verschiedenes und Fragelasten.  
 83/2 Der Vorstand.

**Der Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute** feiert sein diesjähriges  
**Herbst-Bergnügen**  
 am Sonnabend, den 17. Oktober in Jösl's Festsälen, Andreasstraße 21, wozu die Mitglieder, Freunde und Gönner des Vereins freundlichst eingeladen werden, recht zahlreich zu erscheinen. Während der Kaffeepause wird die Theatergesellschaft Steplowitz für Unterhaltungen Sorge tragen.  
 Billets für Herren à 50 Pf., für Damen à 25 Pf. sind bei den unterzeichneten Komiteemitgliedern vorher zu haben: **Stiebb**, Mariendorferstr. 2, Seitenstr. 4 Tr.; **Menzel**, Frankfurter Allee 147; **Schulz**, Pappel-Allee 5a, Quergeb. 3 Tr.; **Kraft**, Trautstr. 12, rechter Aufgang 3 Tr.; **Schwang**, Wriezenerstr. 24, v. 3 Tr.; **Brünzel**, Wilsnackerstr. 61, Siff. 3 Tr.; **Voigt**, Schwedterstr. 22, Quergeb. 3 Tr.; **Schneider**, Plan-Wer 31, Hof 2 Tr.; **Petermann**, Reinholdendorferstr. 65, v. 4 Tr. Außerdem bei den Herren **Sandelow**, Langestr. 18, im Restaurant; und **Schmidt**, Münchebergerstr. 28, im Restaurant.  
 Anfang 8 1/2 Uhr.  
 Das Komitee. J. A.: August Stiebb, Mariendorferstr. 2.

155/1  
  
**Samariter-Kursus**  
 für Arbeiter u. Arbeiterinnen  
 (für erste Hilfe bei Unglücksfällen).  
 Montag, den 19. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Deuthstraße 22:  
**Vortrag**  
 des Herrn Dr. Friedberg über Anatomie u. Physiologie (Bau u. Lebensfähigkeit) des menschlichen Körpers. Aufnahme neuer Teilnehmer. Herren und Damen haben als Gäste Zutritt. Der Vorstand.

Am Dienstag Morgen entriß mir der Tod meine liebe Frau Agnes geb. Kunzendorf. Um stille Theilnahme bittet  
 9455 **Adolf Kuring.**  
 Die Beerdigung findet heute, Freitag, nachmittags 4 Uhr, auf dem Emmaus-Kirchhof (Witz) statt.  
 Am Mittwoch, den 14. Oktober cr., abends 7 1/2 Uhr, verchied sanft nach längerer Krankheit unser herzenguter Vater, Schwieger- und Großvater, der frühere Werkführer der Silberwaaren-Fabrik von Volkold u. Sohn  
**Karl Wegener**  
 im 77. Lebensjahre. 9486  
 Die tiefbetrübten Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 18. Oktober, nachmittags, von der Leichenhalle des Dreifaltigkeits-Kirchhofs (Bergmannstraße) aus statt.

**Hirschfleisch** 4 Pf. 25, 30, 40 Pf.  
 Blatt 40 u. 50 Pf.  
 Neue 70 Pf.  
**Gänse** 50, 55, 60 Pf.  
 auch aufgeschlachtet.  
**Hühner, Enten, Tauben.**  
 Wild- und Geflügel-Handlung  
**A. Ritschl**  
 jetzt 61. Dresdenerstr. 61 part.  
 vis-à-vis

Die weltbekannte  
**Bettfedern-Fabrik**  
 Gustav Kufzig, Berlin S., Feinestr. 46.  
 versendet gegen Nachnahme (nicht unter 10 M.) garant. neue vorz. (10 Jahre Bettfedern, 1 Pf. 25 Pf. Halbbaunen, 2 Pf. 2. 1.25, bewährte Halbbaunen, 3 Pf. 2. 1.75, vorzügliche Daunenn. 4 Pf. 2. 2.25.  
 Von diesen Daunenn genügen 3 Pfund zum größten Oberbett.  
 Verpackung wird nicht berechnet.

**Arbeiter-Bildungsschule.**  
 Zu Ehren der 100. Wiederkehr des Geburtstages des Dichters Platen veranstaltet die Arbeiter-Bildungsschule am Sonntag, den 18. Oktober, abends 6 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20, einen  
**Vortrag** des Schriftstellers **Heinrich Schulz** über:  
**Platen's Bedeutung für die deutsche Literatur,**  
 sowie **Deklamationen** Platen'scher Gedichte. 4/5  
 Nach dem Vortrag findet **geselliges Beisammensein** mit **Tanz** statt, zu dem nur noch Mitglieder mit ihren Angehörigen Zutritt haben.  
 Eintritt 10 Pf.  
 Um zahlreichen Besuch seitens der Mitglieder und Freunde der Schule bittet  
 Der Vorstand.

**Achtung! Zimmerer.**  
**Berein der Zimmerer Berlins u. Umgegend.**  
**3. General-Versammlung**  
 am Sonntag, 18. Oktober, vorm. 10 Uhr, bei Cohn, Feuthstr. 21-22.  
 Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal 1896. 2. Bericht des Vorstandes. 3. Bericht der Rechtschutzkommission. 4. Wahl des gesammten Vorstandes. 5. Abrechnung vom Stiftungsfest. 6. Bericht der Zehnerkommission. Kameraden! Die Tagesordnung ist so wichtig, daß es unbedingt nötig ist, rechtzeitig und zahlreich zu erscheinen. Zur Wahl des Vorstandes muß jedes Mitglied anwesend sein. 257/1  
 Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand. J. A.: Ernst Döfl.

**Naturärztliche Vorträge,**  
 für Männer und Frauen sehr wichtig, verständlich erklärt am künstl., lebensgroßen, auseinandernehmbaren Menschen, von **O. Grundmann**, prakt. Naturheilkundiger, Charlottenburg. Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei Jösl, Andreasstr. 21, über:  
**Ein Blick in das Innere des Menschen.**  
 Entree 10 Pf.  
 Jeder Verein sollte diesen Vortrag halten lassen.

**Schäftebrande!** **Verein deutscher Schuhmacher.**  
 Filiale V. 169/5  
 Sonnabend, den 17. Oktober, abends 9 Uhr, **Versammlung**, bei Babel, Rosenthalerstr. 57:  
 Tagesordnung: Vortrag des Genossen **Sassenbach**: Der neueste Versuch zur Rettung des Handwerks.  
 Den geehrten Vereinen, Freunden und Bekannten zur Mittheilung, daß ich den „**Wedding-Park**“, Müllerstr. 178, übernommen habe. Ich halte obiges Lokal zu Festlichkeiten jeder Art und Versammlungen angelegentlich empfohlen und soll es mein Bestreben sein, das mich beachrende Publikum in jeder Weise zufrieden zu stellen.  
 165L. Achtungsvoll **Wilhelm Trapp.**  
 NB. Im November sind noch einige Sonnabende frei für Gesellschaften.

**Benno Stabernack's Vereinshaus,**  
 Inselstrasse 10 (früher Schaffer's Salon).  
 Empfehle meinen neu renovirten Saal (250 Personen fassend), sowie Vereinszimmer zu Festlichkeiten, Versammlungen, Arbeitsnachweisen, Zahlstellen etc.

**Das Schuhwaaren-Verkaufshaus (8 Schaufenster) S. Selbiger, 40 Landsbergerstr. 40**  
 (Ecke Fickmannstraße)  
 verkauft von heute ab:  
**Herrenkiesel**, gut und dauerhaft gearbeitet, Mk. 4,50, 5,50, 6,50 u. s. w.  
**Damenkiesel** zum Knöpfen, auch Gummizüge, Mk. 4, 4,50, 5,30, 6,20 u. s. w.  
**Einsegnungskiesel** zu staunend billigen Preisen.  
 Schuhmacher erhalten, wie immer bei Dubend-Abnahme, 5 pEt. Rabatt.  
**S. Selbiger, 40, Landsbergerstr. 40** (Ecke Fickmannstraße).

**Medicin. Ungarwein**  
 beste Qualität, à Literflasche 2,10 M., 5 Literfl. 9,25 M.  
**Alter Portwein und Malaga** (Bajarele) à Fl. 1,50 M. 10 Fl. 13,50 M.  
**Medic. Panillac** (abgelagerter Bordeaux) à Fl. 1,50 M. 10 Fl. 14,— M.  
**Ananas-Bowle, Pfirsich-Bowle** à Fl. 3/4 Liter 60 Pf.  
**Eugen Neumann & Co.,**  
 Belle-Allianceplatz 6a. Neue Friedrichstr. 81. Oranienstr. 190. Genthinerstr. 29.  
 Potsdam: Bäckerstr. 7. Charlottenburg: Kaiser Friedrichstr. 48.

mit **Hüte** Kontrollmarke  
 (nur aus der Genossenschafts-Fabrik bezogen) verkauft im einzelnen zu Engrospreisen billiger als jede Konkurrenz  
**Oscar Arnold, Hut-Engros-Geschäft,**  
 116 Dresdenerstr. 116 am Oranienplatz.  
 Kein Laden.

**R. Buske** (früher Seefeldt), Grenadierstraße 33. Säte für 100-500 Personen, Vereinszimmer noch einige gute Sonnabende und Sonntage zu vergeben.  
**Unsinn!!**  
 Ich es, viel Geld für Hüte auszugeben, man erhält auch zu billigen Preisen gute und elegante Hüte, z. B.:  
 Knabenfilzhüte von 1,— M. an  
 Herrenfilzhüte „ 1,50 „ „  
 Cylinderhüte „ 4,— „ „  
 Haarfilzhüte „ 4,80 „ „  
 Chapeau elague, Plüsch-Hüte, Loden- u. Jagdhüte enorm billig im Einzelverkauf  
 bei **Arnold & Eggert**, Gut-Engros-Lager, Waldemarstr. 44. portiere rechts im Komptoir. Kein Laden.  
 Nur moderne Waare in großer Auswahl.

**Strickmaschinen**  
 aus der Dresdener Strickmaschinen-Fabrik sind die besten und ein leichter Erwerbungsweig für Männer, Frauen u. Posam.-Geschäfte. Erlernen leicht und gratis. Arbeit wird nachgewiesen. Verkauf zu Fabrikpreisen. Lager bei dem Vertreter **H. Gomburger**, Heiligegeiststr. 49, Berlin. 59478  
 Allen meinen alten Kunden, Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich **Zur Drachenburg** Vor dem Schliesischen Thor No. 1. u. 2 heute übernommen habe.  
**Hermann Otto**, früher „Karpfentisch“, Troptow.

**Spezial-Bericht** der Musik-Instrum.-Fabrik **The Lowendall Star Works.**  
**L. Löwenthal.**  
 121, Reichenbergerstrasse 30.  
 Elektrische Bohrn, Pferdebahn, Omnibus passen meine Fabrik.  
**Musik-Instrumente.**  
**Einzel-Verkauf** zu regulären Fabrik-Preisen.  
 Violinen . . . . . von M. 2,25  
 Violinkasten . . . . . „ 2,25  
 Violinbogen . . . . . „ 0,45  
 Violoncellos . . . . . „ 15,00  
 Contra-Bässe, 4sait. „ 34,00  
**Alle Arten der besten Saiten** enorm billig.  
 Zither-Saiten auf Seide.  
 Prim, Concert, Elegie, 8 Pf. 9 Pf. 10 Pf.  
 Zithern (Prim) . . . . . M. 7,00 (Concert) „ 8,50  
 Harfen-Concert m. Neu-silber-Mech. 36sait. „ 28,50  
 Arion-Concert m. Neu-silber-Mech. 36sait. „ 32,—  
 Mandolinen m. Mech. „ 6,75  
 Gitarren m. Mech. „ 5,00  
 Mundharmonikas unermessl. Ausw. von M. 0,10  
 Ziehharmonikas „ 2,00  
 Ocarinas „ 0,35  
 Piccolos, Grenadill „ 1,00  
 Concert-Flöten . . . . . „ 2,75  
 Accord-Zithern, 6 Man. „ 7,25  
 Stah-Notenpulte, eiserne Bronzirt.  
 Für alles, was ins Fach d. Musik-instrumente gehört, halte ich das grösste Lager der Residenz. Mit meinen Preisen wird ein jeder Käufer einverstanden sein. Unantastbar fest, aber billig.  
**Ueber 30 Jahre etablirt.**  
 15 Pf. Fahrgehalt-Verzüt.  
**Möbel** Küstriner Platz, Ostbahn-Gebäude. Theil.

**Wohl fühlt sich** bei heftiger Witterung, wer **Brunnenstrasse 110** (neben dem Pferdebahn-Depot) bei **Ignatz Sello** bezieht anerkannt guten Rum, 1/2 Flasche inkl. von 90 Pf. an, vorz. M. Wein-Extrakt, 1/2 Fl. inkl. von 1,10 M. an, Ingwers, Pfeffer-ming, 2c. ff. Vitore (1/2 Literflasche) inkl. 1,10 M., 1/2 Literflasche inkl. 55 Pf., Stonsdorfer inkl. Orig.-Fl. (1/2 Liter) à 80 Pf., Halb und Halb, feinste Vitd-mischung, per 1/2 Champagner-Flasche inkl. 90 Pf., alten Nordhäuser per Liter 50 Pf., medic. Ungarwein Orig.-Fl. (1/2 Liter) inkl. von 90 Pf. an, sowie sämtliche Sorten Weine, Cognacs, u. s. w., Spirituosen auch im Einzel-verkauf nur zu Engrospreisen. Billigste Bezugsquelle. 58938\*  
 Bitte genau auf No. 110 Brunnenstrasse No. 110 zu achten.  
 Fernsprecher Amt III, 1211.

**Sophstoffe** auch **Reste** in **Rips, Damast, Cröpe, Phantastie, Gobelins** und **Plüsch** spottbillig!  
**Proben franko!** in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.  
**Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstrasse 158.**

Kaufen Sie Ihre Arbeitsbekleidung nur in der Fabrikniederlage von **Conrad Flach & Co.,** Neus Jakobstr. 7  
**Spezialgeschäft** für **Maschinen-Apparate, Anzüge, Gewerkschaftskittel, Lederhosen u. Flanellhemden.** 8586  
**Rohtabak.**  
 Grösste Auswahl! Billigste Preise. Sämtliche Fabrikations-Maschinen.  
**Heinrich Franck,** Nr. 185, Brunnenstrasse Nr. 185.

**Restaurant u. Festsäle** von **J. Wernau**  
**Schwedter-Strasse 23/24.**  
 Den Vereinen, Clubs, Gesellschaften etc. empfehle ich meine auf das eleganteste eingerichteten großen u. kleinen Säle u. Vereinszimmer von 80, 100, 200 bis 500 Personen fassend, zu Versammlungen, Sitzungen, Arbeitsnachweisen, Hochzeiten und Festlichkeiten jeder Art. 2 verdeckte Kegelbahnen.  
 59158\* **J. Wernau.**

**Arbeitsmarkt.**  
 Zentral-Arbeitsnachweis der **Töpfer Deutschlands, Berlin, Rosenthalerstr. 57** und **Gormannstr. 29.** 195/4  
 Fortgesetzt erhalten täglich Ofenfejer, Werkflubenarbeiter wie Scheibentöpfer Arbeit in Berlin, wie nach außerhalb unentgeltlich nachgewiesen.  
 Tächt. Drechsler auf Schirmfächer, hoher Lohn, verlangt! 940b  
**Pah, Bellealliancestr. 62.**  
 Eine ältere Frau sucht Stellung bei kleineren Kinder oder bei älterem Herrn. Zu erfragen Rummelsburg, Färber-schmidstr. 19, 3 Tr. bei Scholz.  
 Farbigmacher verlangt 946b  
**H. Viehstädt, Stallschreiberstr. 18.**  
 Möbelbeizer  
 sofort verlangt **Feldmann u. Wegner, Bellealliancestr. 84.** 947b  
 Wandfägen-Schneider, z. Brennholz schneiden, der auch and. Arbeit m. verr. f. Holzgesch. v. Schung, Bneisenaustr. 50.  
 Einem Theil der heutigen Auflage liegt ein Prospekt des Verkaufshauses **Jacques Cohn, Müllerstr. 182** bei.